Asylanten: Anpassung Fehlanzeige Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 30. Oktober 2015 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ihre Hand wollte niemand ergreifen: Angela Merkel auf dem EU-Sondertreffen in Brüssel Bild: pa

Es geht »an die Existenz«

Asylkrise: Merkels Desaster in Brüssel verschärft die Ratlosigkeit in Berlin

Bei den EU-Partnern ist Kanzlerin Merkel in der Asylkrise abgeblitzt. Bei Politikern breiten sich Nervosität und Aggression aus.

Je stärker ihre Losung „Wir schaffen das!" unter Beschuss geriet, desto eindringlicher wich Kanzlerin Angela Merkel auf die Einschränkung aus, dass die Asylflut „natürlich nur gemeinsam in Europa" zu stemmen sei. Das EU-Sondertreffen in Brüssel am vergangenen Sonntag sollte den Durchbruch zur „europäischen Solidarität" bringen.

Das Treffen endete im Desaster. In teils heftigem Streit schoben die Regierungsvertreter die Verantwortung hin und her. In der EU ist sich jeder selbst der Nächste. Deutschland bleibt auf den Folgen der von Merkel selbst mit angefachten Zuwanderungswelle weitgehend allein sitzen. Selbst die bereits vereinbarte Verteilung von 160000 Asylsuchenden in der EU steckt fest: Kaum 1000 wurden bisher in andere Länder gebracht.

Schon wird über ein mögliches Auseinanderbrechen der EU infolge der neuen Völkerwanderung gesprochen. In den übrigen EU-Nationen breitet sich zunehmend Wut über die Deutschen aus, die das Tor zu einer Massenflut aus vornehmlich islamischen Ländern aufgestoßen hätten, welche Millionen Bürger in ganz Europa in Furcht versetzt.

In Europa isoliert und im eigenen Land mit den Resultaten der eigenen „Willkommens"-Politik vollkommen überfordert, gebärden sich führende Politiker der Bundesrepublik immer aggressiver. Die kaum zu ertragene Heftigkeit, die verbale Gewalt, mit der die Mächtigen auf Pegida oder die AfD einhämmern, steht in keinem Verhältnis zur relativen Ohnmächtigkeit der Bürgerbewegung oder der jungen Partei.

> Verbale Gewalt gegen Andersdenkende zeigt brutale Wirkung

Bei den Attacken scheinen alle Schamgrenzen gefallen zu sein. Als Reaktion auf Gewalttaten gegen AfD-Politiker höhnt SPD-Bundesvize Ralf Stegner, die Betroffenen sollten sich nicht wie „Opfer" aufführen.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag sind Unbekannte in die Büro- und auch die Privaträume des AfD-Chefs von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, eingedrungen und haben die Räume verwüstet. Unter Poggenburgs Kopfkissen deponierten sie ein Porträt des Politikers mit einem roten Fadenkreuz. In Göttingen wurde der Ortschef der AfD-Hochschulgruppe, Lars Steinke, überfallen, geschlagen und bedroht. Das Auto der EU-Abgeordneten Beatrix von Storch wurde angezündet.

Dennoch überbieten sich etablierte Politiker weiter in Hasstiraden gegen die AfD. Damit heizen sie die ohnehin hochentzündliche Stimmung bewusst weiter an. Warum? Vielleicht beginnen jene Politiker zu ahnen, in welch katastrophale Situation sie unser Land gebracht haben. Womöglich fürchten sie mittlerweile sogar, von der Entwicklung selbst hinweg gefegt zu werden, und schlagen daher wie von Sinnen um sich. Der moderate CSU-Chef Horst Seehofer räumt offen ein, dass die Krise „an die Existenz von CDU und CSU" gehe. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Schiefe Bilder

Wie in den meisten Landespressegesetzen steht auch in dem von Schleswig-Holstein: „Die Presse erfüllt dadurch eine öffentliche Aufgabe, dass sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt und Kritik übt. Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe dienenden Auskünfte zu erteilen. Allgemeine Anordnungen, die einer Behörde Auskünfte an die Presse verbieten, sind unzulässig." So weit die schöne Theorie.

Zur Praxis: Im nördlichsten Bundesland erstellt das Landeskriminalamt seit dem 1. September regelmäßige „Lagebilder Flüchtlingsthematik". Allein in den ersten sieben Wochen wurden auf diese Weise 733 Straftaten dokumentiert, welche die Polizei als „relevante Ereignisse" wertet. Erfahren hat die Öffentlichkeit davon: nichts. Denn die Berichte sind als „Verschlusssache" eingestuft. Auf Nachfrage der „Kieler Nachrichten" erklärte ein Polizeisprecher, dass die Lagebilder nicht die Wirklichkeit widerspiegelten, weil sie noch keiner „Datenqualitätsprüfung" unterzogen worden seien. Eine bemerkenswert dumme Antwort, denn das hieße, dass die Polizei detaillierte Berichte verfasst, die nicht auf Tatsachen beruhen. Schiefe Bilder also. Ein anderer Beamter hat die Katze dann aus dem Sack gelassen. Es geht um Vertuschung. Er hat die Redaktion aufgefordert, nicht über die Lagebilder zu berichten. Begründung: „Sie zündeln!" Medien, die wahrheitsgemäß über die rasant steigende Kriminalität in Zusammenhang mit der Zuwanderung berichten, zündeln also. Das offenbart ein besorgniserregendes Verständnis eines Trägers hoheitlicher Gewalt von der normierten „öffentlichen Aufgabe" der Medien.

Erdbeben mit Erdrutsch

Wahltriumpf der PiS in Polen – Deutsche Minderheit besorgt

Ein Erdbeben hat Polen erschüttert. Die Stimmung hat sich total verändert." – So sieht es Bernard Gaida, Vorsitzender des VdG, des Verbandes der deutschen Bevölkerungsgruppe in Polen. Aus der Parlamentswahl am vergangenen Sonntag ist die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Parteichef Jaroslaw Kaczynski und Spitzenkandidatin Beata Szydlo als Siegerin hervorgegangen und hat sogar die absolute Mehrheit im Sejm, dem polnischen Parlament, gewonnen. Die liberalkonservative Bürgerplattform der bisherigen Regierungschefin Ewa Kopacz musste erdrutschartige Verluste hinnehmen.

Die PiS hatte im Wahlkampf die Asylpolitik der Europäischen Union scharf kritisiert. Eine Zwangsquote zur Aufnahme von Asylsuchenden, wie sie Brüssel

> »Sie haben viel zu viele Rechte«

und die deutsche Bundesregierung fordern, lehnt die Partei strikt ab. Das kam bei den polnischen Wählern, die ebenso besorgt wie ratlos auf die Zustände im deutschen Nachbarland blicken, ebenso gut an wie die Forderung nach einer moralischen Erneuerung des Staates, einer selbstbewussteren Außenpolitik und dem Ausbau des Sozialstaates.

Für die deutsche Volksgruppe mit ihren mehreren hunderttausend Angehörigen hat der PiS-Wahlsieg möglicherweise bittere Konsequenzen. Noch gut in Erinnerung ist eine Kaczynski-Rede vor einigen Jahren im schlesischen Oppeln, als der PiS-Parteichef frontal die deutsche Volksgruppe angriff. Sie habe „viel zu viele Rechte", schimpfte er. Bernard Gaida bemüht sich unterdes um Schadensbegrenzung: „Wir sollten jetzt nicht in Panik geraten. Eine 180-Grad-Wende wird es auch von der PiS nicht geben", hofft er. *FH*

(Mehr zur Situation der Deutschen in Polen siehe Seite 14)

»Angriffsziel Asylunterkunft«

Hauptsächlich Verbalattacken, kaum Gewalttaten

Politiker und Medien sprechen von einer „Welle von Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge", Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) von einer „abscheulichen Bilanz" an Straftaten. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) nannte Anfang vergangener Woche die Zahl von „bislang über 520 Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte", von denen „mindestens 475 eindeutig rechtsextremistisch" gewesen seien. Angesichts der zunehmenden „rechtsextremistisch motivierten Gewalt gegen Flüchtlinge" will die Bundesregierung sogar das Personal der Sicherheitsbehörden aufstocken.

So sehr jede dieser Taten zu verurteilen ist, muss diese Bilanz differenziert betrachtet werden. Denn dass es sich bei den erfassten Straftaten, anders als von Politik und Medien suggeriert, nur in den wenigsten Fällen um Gewalttaten, sondern um sogenannte Propagan-

> 30-mal »Bedrohung für Leib und Leben«

dadelikte und Verbalattacken wie Volksverhetzung handelt, geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei vom 22. Oktober hervor.

Demnach liegen der Bundesregierung für das laufende Jahr mit Stand vom 17. September Erkenntnisse zu 30 „politisch motivierten Gewaltdelikten gegen Asylunterkünfte" vor, bei denen sie von einer Bedrohung für Leib und Leben ausgeht. Davon könnten 29 dem „Phänomenbereich rechts" zugeordnet werden. Bei diesen 30 Fällen geht es um „jede Art bestehender, im Bau befindlicher und geplanter Einrichtungen" für „Asylbegehrende, Asylberechtigte und Personen mit Flüchtlingsschutz" als „direktes Angriffsziel" beziehungsweise um „Angriffe auf Personen innerhalb der Unterkunft". In 19 Fällen handelt es sich um gefährliche Körperverletzung, in sieben um Brandstiftung und je ein Mal um Mord, Totschlag, Landfriedensbruch und das Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion. *J.H.*

MELDUNGEN

BBC sendet nach Nordkorea

London – Im kommenden Jahr wird der britische Sender BBC ein spezielles Radioprogramm für Hörer in Nordkorea ausstrahlen. Vorgesehen ist zunächst eine halbstündige Sendung auf Kurzwelle. Sie umfasst jeweils zehn Minuten an Nachrichten über die Außenwelt und über das britische Erziehungs- und Ausbildungswesen sowie die restliche Zeit über Fragen und Probleme der internationalen Wirtschaft, die verschiedenartigen Kulturen der Welt und über Sport. Die Redaktion besteht aus sieben Koreanern. Leiter ist der erfahrene britische Journalist Daniel John Bamon, der den Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und der DDR direkt miterlebte. „Wir streben keinen Wechsel des nordkoreanischen Regimes an, wir wollen einfach die Wahrheit mitteilen“, ist seine Devise. *F.W.S.*

Gefahr durch Kurdenkonflikt

Berlin – Die Eskalationswelle im Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Untergrundorganisation PKK „führen zu Auseinandersetzungen hierzulande und sind daher auch Anlass zur Sorge über die Innere Sicherheit in Deutschland“, teilt die Bundesregierung in einer Parlamentsvorlage mit. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Türkei und im Nordirak komme es auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen pro-türkischen und pro-kurdischen Gruppen. Sowohl türkische als auch kurdische Gruppen hätten in den vergangen Wochen zu Demonstrationen aufgerufen, um ihren politischen Positionen Ausdruck zu verleihen. Im Zuge dieser Kundgebungen sei es mehrfach zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen Türken und PKK-nahen Kurden gekommen. Mehrere Personen, darunter auch Polizisten, seien dabei verletzt worden. *U.M.*

Gender-Irrsinn beim Bundesheer

Wien – Beim österreichischen Bundesheer gibt es keine Soldaten mehr. Dafür leistet jetzt „Militärpersonal“ Dienst. So schreibt es jedenfalls der vom Verteidigungsministerium herausgegebene „Sprachleitfaden für einen geschlechter- und diversitätsgerechten Sprachgebrauch“ vor. Dem Leitfaden zufolge soll das Militärpersonal künftig Männer und Frauen anführen, wenn es spricht oder schreibt. Die Verwendung der sogenannten Paarform soll „die Sichtbarmachung von Frauen“ garantieren. Falls die Verwendung der Paarform die Lesbarkeit beeinträchtige, dürfe in Texten auch ein Binnen-I verwendet werden. Möglich ist laut Leitfaden auch die „Neutralisierung“. Statt Soldaten zum Truppenarzt zu schicken, gibt es künftig wohl „militärmedizinische Behandlung für Militärpersonal“. Auf dem Index steht auch jede männliche Form in zusammengesetzten Wörtern: Mannschaft, Mannesausrüstung und Mannstunde beispielsweise werden durch Besatzung, Personenausrüstung und Personenstunde ersetzt. Pronomen wie man, jeder, jemand und niemand sind zu vermeiden. Dafür sollen in Gesprächen künftig „wertneutrale Bezeichnungen“ verwendet werden. Der Leitfaden ist nicht verbindlich, er soll jedoch „durch die Führungskräfte kommuniziert und die Umsetzung eingefordert werden“. *J.H.*

Rüsten die USA bewusst den IS auf?

Syrische Rebellen haben neue US-amerikanische Panzerabwehrraketen vom Typ BGM-71 TOW erhalten

Die Nachricht stammt von einer der klassischen Quellen, aus denen die Leitmedien schöpfen, nämlich von der Agentur Reuters. Die syrische Opposition, so die Meldung, im Speziellen die Gruppe Sultan Murad, die im Umfeld von Aleppo operiert, habe neue US-amerikanische Panzerabwehrraketen vom Typ BGM-71 TOW erhalten. Allerdings verschweigt Reuters, wer diese Waffen geliefert hat. Doch dafür gibt es klare Hinweise.

Die neuen TOW (Tube Launched Optically Tracked Wire Command-link Guided Missiles, rohrgestartete, optisch verfolgte, drahtgelenkte Flugkörper) kommen für die Kämpfer im Raum von Aleppo zur rechten Zeit, denn die Regierungstruppen hatten zu einer umfassenden Offensive angesetzt. Issa al-Turkmani, Chef der Gruppierung Sultan Murad, zeigte sich zuversichtlich, denn seine Einheit habe darüber hinaus auch Geschosse für Granatwerfer bekommen. „Nach diesen Lieferungen sind wir gut ausgestattet“, stellte er fest. Nicht alle seine Kampfgefährten sind derart zufrieden. Einige Anführer meinen, dass die gelieferten Waffen nicht ausreichten, um der Offensive der Regierungsarmee Widerstand zu leisten. „Ein paar TW-Panzerabwehrkomplexe können nichts entscheiden. Wir brauchen Dutzende“, kommentierte einer von ihnen. Doch weitere Lieferungen könnten sich verzögern.

Mitte Oktober hat das irakische Militär ein großes Arsenal von US-Waffen einschließlich Raketen gefunden. Das Lager sei in einer Gegend, die zuvor vom „Islamischen Staat“ (IS) beherrscht, dann aber von irakischen Einheiten zurückerobert worden sei, so das Internetportal maxpark.com: „Darunter fand man neben großen Mengen an Munition auch modernste TOW II Panzerabwehrraketen.“ Das US-Kriegsministerium wurde von Pressevertretern nach diesem Vorfall befragt, worauf ein Sprecher des Pentagon erklärte, die US-Waffen würden seit vergangenem Jahr „vermisst“. Dass die USA den IS beliefert hätten, wurde allerdings in Abrede gestellt.

> Die US-Rakete hat bereits ihren Weg in die Bestände des »Islamischen Staates« gefunden

Dem wiederum widersprach ein Sprecher des irakischen Militärs. Er bestätigte, dass US-Flugzeuge und -Hubschrauber die Waffen in der Nähe der Stadt Beiji für den IS abgeworfen hätten. Es wäre nicht zum ersten Mal. Andere Fälle, in denen der IS US-Waffen auf dem Luftweg erhalten hatte, erklärten die USA mit Versehen beim Abwurf.

Diese Erklärung ist allerdings völlig unglaubwürdig. Denn die einzige sogenannte moderate militärische Gruppierung, die in Syrien gegen die Regierung kämpft, die „Freie Syrische Armee“, hält ein Gelände im Süden des Landes zwischen dem Libanon, Israel und Jordanien. Von dort werden seit Langem keine nennenswerten Kampfhandlungen gemeldet. Den Nordwesten hielt bis zum russischen Eingreifen die al-Nusra-Front, der örtliche al-Kaida-Ableger, mit ihren vielen Untergruppierungen. Den Osten beherrscht der IS, während im Norden Kurden-Land ist, so die grobe Einteilung. Nirgendwo steht also eine Einheit, die der Westen „gemäßigt“ nennen mag, so unmittelbar neben dem IS, dass militärische Güter, die für den einen gedacht sind, beim anderen landen könnten. Dafür müssten sich die US-Piloten um 200 bis 300 Kilometer verfliegen.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow zweifelt deshalb nicht daran, dass die Waffen, mit denen die USA wieder massiv die „Opposition“ in Syrien versorgen, bei den Terroristen des „Islamischen Staates“ ankommen. „Wo landet das alles?“, fragte der Minister nach einer US-Lieferung von 50 Tonnen Waffen und Material. „Es ist zu vermuten, dass alles direkt in die Hände des IS gelangt.“ Als Beispiel nennt Lawrow die Pick-ups von Toyota, die aus den USA nach Syrien geliefert worden waren und beim IS wieder auftauchten. Ins Gerede kam der Vorfall, weil der IS ein Propaganda-Video verbreitet hatte, auf dem zu sehen war, wie seine Kämpfer mit einer schier unübersehbaren Schlange von nagelneuen Toyota-Geländewagen durch die Wüste fahren. „Alle fragen sich jetzt, warum IS-Milizen und Angehörige anderer Terrorgruppen Trucks aus der Produktion des Toyota-Konzerns fahren, und wie sie diese Fahrzeuge in derart großer Anzahl erworben haben“, sagte die russische Außenamtssprecherin Marija Sacharowa und folgerte: „Es waren die Amerikaner und ihre britischen Kollegen, die diese Toyota-Trucks nach Syrien geliefert haben.“

„Für uns besteht kein Zweifel daran“, so Lawrow, „dass zumindest ein bedeutender Teil dieser Waffen bei den Terroristen landen wird.“ Daher warnt das russische Außenministerium nachdrücklich davor, an Terroristengruppen in Syrien Flugabwehrraketen zu liefern. Jeder Staat, der das täte, müsste mit Konsequenzen rechnen, droht Vizeaußenminister Oleg Syromolotow. „Bislang haben die Terroristen keine modernen Flugabwehrwaffen. Doch es gibt Hinweise darauf, dass sie versuchen, schultergestützte Boden-Luftraketen westlicher Bauart zu erwerben. Wenn ein Land Flugabwehrraketensysteme an eine der Terrorgruppen in Syrien liefern sollte, so würde das bedeuten, dass sich dieses Land auf die Seite der Terroristen gestellt hat, und zwar mit allen daraus folgenden Konsequenzen“, sagte der Diplomat. „Ich möchte, dass das als ernsthafte Warnung wahrgenommen wird.“

Dass die USA und ihre Verbündeten mit dem IS und anderen syrischen Extremisten zumindest behutsam umgehen, zeigt auch der Granaten-Angriff auf die russische Botschaft in Damaskus. Die „westliche Werte-Gemeinschaft“ weigerte sich, eine Erklärung des UN-Sicherheitsrates zu unterstützen, wonach der Beschuss der russischen Botschaft in Damaskus als Terrorakt verurteilt wird. Der russische Außenminister Lawrow sagte dazu: „Es ist traurig, dass unsere amerikanischen Kollegen in diesem Fall sich nicht auf die Seite derer stellen, die den Terror bekämpfen und ihn verurteilen. Wieder einmal müssen wir auf diese Doppelmoral hinweisen“. *Florian Stumfall*



Kann von diversen Plattformen aus eingesetzt werden: Die Panzerabwehrlenkwaffe BGM-71 TOW Bild: Archiv

Mittels Facebook gegen die Scharia

Immer mehr Iraner kämpfen über die sozialen Medien für die Menschenrechte ihrer Ehefrauen

Immer mehr Iraner „geben“ ihren Ehefrauen über die sozialen Medien Menschenrechte zurück, die sie laut der geltenden Scharia nicht haben sollen. In der Islamischen Republik Iran wird der Staatsislam immer mehr von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt und überholt.

Im Allgemeinen ist die Eheschließung der letzte Schritt ins Erwachsenenalter mit allen dazu gehörenden Rechten und Pflichten. Nicht so dort, wo der Islam zum Grundgesetz wurde, wie im Iran seit der Mullah-Revolution von 1979. Dort verlieren die Frauen durch eine Heirat einen großen Teil ihrer Menschenrechte und werden rechtlich gesehen wieder zu Kindern. Bei der Hochzeit wird die Frau im Iran via Ehevertrag quasi Besitz des Mannes und untersteht nun seiner Kontrolle. Der Mann allein entscheidet über den Wohnsitz des Paares, ob die Frau arbeiten darf oder verreisen. Während sich der Mann ohne große Hürden per Scheidebrief scheiden lassen kann, muss die Frau eine lange Liste von Belegen beibringen und beweisen, warum ihr Mann für die Ehe nicht taugt. Bei Gericht zählt die Aussage einer Frau nur die Hälfte von der des Mannes, auch erben darf eine Frau nicht.

Der Koran lässt an der Unterordnung der Frau keine Zweifel: „Die Männer haben Vollmacht gegenüber den Frauen, weil Allah die einen vor den anderen bevorzugt hat.“ (Sure 4,38). Die behauptete männliche Überlegenheit wird mit der Gottesbevorzugung begründet.

Die neue Frauenrechtswelle ins Rollen brachte die beliebte iranische Fußballnationalspielerin Nilufar Ardalan, Spitzname „Lady Goal“, die Kapitänin der iranischen Frauennationalmannschaft im Hallenfußball. Ihr Mann hatte sie nicht an der Asiatischen Meisterschaft teilnehmen lassen, weil er es für besser hielt, dass sie ihre Kinder betreue. Der Mann von Ardalan hatte ihr deshalb verboten, das Land zu verlassen, und ihr den Pass abgenommen.

Gleichberechtigt denkende Männer, denen die iranischen Gesetze nicht mehr zeitgemäß erscheinen, ließen sich von Nilufar Ardalans Schicksal inspirieren und stellen nun Fotos von sich auf Facebook und Twitter ins Internet mit dem Aufruf: „ItsMensTurn“ (Die Männer sind am Zug). Über die sozialen Netzwerke verzichteten bereits Dutzende iranischer Männer auf ihre Vorrechte und dokumentieren dies auch noch mit Foto und Unterschrift auf dem geänderten Ehevertrag. Damit wollen sie zeigen, dass die geltenden Gesetze in ihrem Lande überholt seien. Die Ehemänner folgen einem Aufruf der iranischen Journalistin und Frauenrechtlerin Masih Alinedschad, die mittlerweile in London lebt. Alinedschad ist Schöpferin der Online-Bewegung „My Stealthy Freedom“ (Meine Heimliche Freiheit), die im Mai 2014 gegründet wurde. Sie wurde durch Facebook ins Leben gerufen, als Alinedschad ein Foto von sich selbst ohne Hidschab veröffentlichte. Seitdem widersetzen sich immer mehr Iranerinnen dem obligatorischen Kopftuch und dem Körperschleier, beides ebenfalls Symbole der männlichen Macht über die Frauen, die gar nichts mit dem Islam als Religion zu tun haben. Über 100 000 Mal wurden beide Facebookseiten besucht und angeklickt oder mit einem „like“ versehen.



Schöpferin von „My Stealthy Freedom“: Masih Alinedschad

Die Kampagne hatte zunächst die Männer nur aufgerufen, ihren Frauen das Recht, ins Ausland zu reisen, zurückzugeben. Aber dies war den meisten Männern nicht genug. Sie wollten ihren Frauen die Gesamtheit ihrer Menschenrechte „wiedergeben“ einschließlich des Rechts auf Arbeit und Scheidung. „Meine Frau! Du bist frei“, schrieb ein iranischer Mann auf Facebook. Auf einem Zettel hält er diese Worte und „Ich schäme mich für Artikel 18 des Passgesetzes“ in die Kamera. Auch er selbst ist auf dem Foto zu sehen. Einige Männer schrieben: „Ich bin nicht der Besitzer sondern der Partner meiner Frau.“ Andere schrieben, dass sie sich für die ihnen vom Islam zugeschriebenen Rechte schämen. Einige hielten demonstrativ die geänderte Seite ihres Ehevertrages in das Facebook-Foto als Beweis für ihre Entscheidung. Die iranische Theokratie hat nur wenig Handhabe gegen diese neue Art von Frauenrechtsbewegung per Internet, denn die bestehenden Gesetze gestehen den Männern alles zu, sie erlauben ihnen auch, der Frau ihre Rechte zurückzugeben, was jetzt immer mehr freiwillig tun. Eine geschenkte Freiheit sozusagen. *Bodo Bost*

Blutrache, Scharia und Polygamie

Die meisten Asylsuchenden kommen aus einer völlig fremden Welt – Anpassen werden sie sich hier kaum

Fast alle der Hunderttausenden von Zuwanderern mögen das gelobte Deutschland in der Regel mit wenig Habseligkeiten erreichen. Den schweren Ballast haben sie dafür in ihren Köpfen. Viele sind durch archaische Kulturen geprägt, in denen Gewalt, Frauenfeindlichkeit und tiefverwurzelter Rassismus herrschen.

Es klingelt an der Wohnungstür. Draußen steht ein vollkommen Fremder. Man sieht es durch den Türspion und wünscht sich, das kleine Guckloch könnte direkt in den Kopf des Mannes blicken. Welche Absichten hegt er? Ebenso wichtig ist die Frage: Was für ein Charakter begehrt da Einlass? Hat man es mit einem brutalen Gewalttäter zu tun oder einem friedliebenden, sanften Zeitgenossen?

Was im Einzelfall Wunschdenken bleibt, ist für Gruppen, Völker und Kulturen möglich. Ethnologen, Soziologen und Psychologen beschäftigen sich damit. Sie fragen nach dem Zusammenhang von Kultur, Mentalität und Gewalt. Sie forschen, inwieweit die kindliche Prägung Menschen dazu veranlasst, im Streitfall, zum Baseballschläger zu greifen, statt sich auf ein schlagkräftiges Argument zu verlassen, denn sie wissen, dass die individuelle Aggressivität eines jeden Menschen durch seinen kulturellen Hintergrund beeinflusst wird.

Für Gewaltforscher sind besonders diese Fragen wichtig: Ist ein Junge mit archaischen Männlichkeitsidealen aufgewachsen? Hat er zusammen mit Lesen und Schreiben auch kompromisslose Freund-Feind-Schemata gelernt? Sind ihm Blutrachefehden und Stammesdenken selbstverständlich? Ist er unter dem Einfluss einer totalitären Religion aufgewachsen? Die Antworten darauf entscheiden oft über Frieden oder Krieg, denn in den ersten 14 Lebensjahren erhält ein Mensch seine entscheidende Prägung. Sogar die Sprache, mit der jemand aufwächst, spielt eine Rolle. Arabischer Rassismus gründet auch in der Tatsache, dass Abid, das Wort für Sklave, gleichzeitig der umgangssprachliche Ausdruck für Afrikaner ist.

Es ist töricht, derlei Erkenntnisse nicht zu berücksichtigten. Vollkommen naiv ist es zu glauben, dass sich alle Menschen dieser Welt nur darin unterscheiden, dass sie unterschiedliche Sprachen sprechen und einen etwas anderen Geschmack in Bezug auf Musik, Kleidung und Essen pflegen. Ob ein Gemeinwesen eine Gruppe Amazonas-Indianer vom Stamme der Yanomami aufnimmt oder eine jainistische Glaubensgemeinschaft aus Indien ist ein fundamentaler Unterschied. Die Yanomami-Indianer gelten als kriegerischstes Volk der Welt. Schon ihre Kinder werden zu Härte und aggressiven Verhalten angespornt. Wer wehleidig erscheint, wird zur Strafe gezüchtigt. Der Jainismus dagegen gilt von allen Religionen als die friedlichste. Ihre Mönche fegen vor sich den Boden, wenn sie Spazierengehen, um auch versehentlich keine Lebewesen zu zertreten.



Asylsuchende, die mit einem Sonderzug nach Berlin-Schoenefeld gebracht wurden — Bild: SZ Photo

Wer auf die Asylbewerberheime in Deutschland blickt, möchte dort allerdings um Himmels Willen keine Jainisten untergebracht wissen. Es würde ihnen wohl schlecht ergehen. Die Menschen, die tatsächlich dort wohnen, scheinen sich eher an der Gewaltkultur der Yanomami-Indianer zu orientieren. Massenschlägereien, Vergewaltigungen, Machtkämpfe zwischen Ethnien und Nationaltäten sind an der Tagesordnung. Auch zu Mordtaten ist es schon gekommen.

Nur simple Gemüter können glauben, dass derlei Verhalten allein aus der Enge der Unterkünfte herrührt. „Wir importieren islamistischen Extremismus, arabischen

> Schon Kinder werden von aggressivem Verhalten geprägt

Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis“, heißt es in einem unterschriftslosen Papier, das unter hochrangigen Sicherheitsbeamten des Bundes kursiert. Die „Welt am Sonntag“ hat es jüngst veröffentlicht.

Die Albaner beispielsweise kommen aus einem Land, in dem es selbstverständlich ist, das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen. „Im Chaos des postkommunistischen Albaniens kam es zu einer Renaissance der Blutrache in einer brutalisierten Form. Mit der beginnenden Migration von Nordalbanern in andere Regionen des Landes haben sich die Formen und Regelungen der Blutrache weiter verbreitet“, heißt es in einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Auch der Blick nach Syrien zeigt ein Land, das vom westlichen Europa nicht nur ein paar Tausend Kilometer sondern geradezu Lichtjahre entfernt scheint. Petra Becker von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin hat bis 2012 viele Jahre in der Deutschen Botschaft in Damaskus gearbeitet. Für die SWP hat sie in einen Aufsatz die Zustände im Vorkriegssyrien analysiert. Sie beschreibt eine archaische Gesellschaft: „Es wird vielfach fälschlich davon ausgegangen, dass es sich bei Syrien um einen säkularen Staat handelt. Dem ist nicht so. In der Verfassung steht festgeschrieben, dass die Scharia die Hauptquelle der Rechtsprechung ist.“

Zum Verhältnis zwischen Mann und Frau stellt sie fest, dass die Polygamie erlaubt ist, dass die Scheidung durch Verstoßen durch den Ehemann nicht ungewöhnlich und legal ist. Mädchen werden oft im Alter von 14 oder 15 Jahren verheiratet. Zunehmende Panik macht sich auch unter den Juden in Deutschland breit. „Viele der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak seien in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der die Vernichtung von Israel und den Juden Staatsdoktrin gewesen ist“, erklärte die ehemalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Lala Süsskind. Sie hätten den Antisemitismus quasi mit der Muttermilch eingesogen.

Frank Horns

MELDUNGEN

Regierung hat keine Ahnung

Berlin – Deutschland könne durch die Zuwanderung nur gewinnen, tönen Politik und Medien, denn die, die da kämen, seien „dringend gesuchte Fachkräfte“. Tatsächlich muss die Bundesregierung einräumen, keine Ahnung davon zu haben, ob überhaupt und wenn, welche Fachkenntnisse die Zuwanderer mitbringen. Wörtlich heißt es dazu in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion: „Zur Qualifikationsstruktur der Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland liegen der Bundesregierung keine repräsentativen Angaben vor.“ Ebenso wenig kann die Bundesregierung Aussagen darüber machen, „wie hoch in der Vergangenheit die Zahl und der Anteil der Zuwanderer war, die in den Arbeitsmarkt integriert wurden“. *J.H.*

Berufsintegration für Zuwanderer

Berlin – Asylbewerber und geduldete Ausländer können für die berufliche Integration Beratungsleistungen in Anspruch nehmen, teilt die Bundesregierung mit. Für Menschen mit Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt böten die Arbeitsagenturen Vermittlungen an. Daneben könnten Leistungen der aktiven Arbeitsförderung in Anspruch genommen werden, so etwa die Förderung aus dem Vermittlungsbudget, Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, berufliche Weiterbildung sowie Teilhabe am Arbeitsleben. Ferner stünden Asylsuchenden und Geduldeten die Berufsorientierungsmaßnahmen, die Berufseinstiegsbegleitung und Einstiegsqualifizierungen offen. Dabei stünden die Feststellung der Kompetenzen, die Beratung zur Anerkennung von Qualifikationen und die Nachqualifizierung im Vordergrund. Ferner werde an einer deutlichen Ausweitung der Sprachförderprogramme gearbeitet. *U.M.*

Neuer AfD-Flügelstreit

Björn Höckes Auftritt bei »Günther Jauch« hat polarisiert

Die Redaktion des Berliner „Tagesspiegel“ war überrascht. Es sei ein Novum, „dass sich eine Bundespartei nicht zu einer Presseanfrage äußert“, hieß es in einem Artikel. Hintergrund war der Auftritt von Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der Alternative für Deutschland (AfD) im Landtag von Thüringen, in der ARD-Talk-Show „Günther Jauch“, der zu scharfen öffentlichen Reaktionen führte. Offenkundig hatte die AfD-Bundesspitze um Frauke Petry und Jörg Meuthen erheblichen Abstimmungsbedarf, denn einige Tage später versandte sie eine Mitglieder-Rundmail, die es in sich hatte: „Er ist nicht legitimiert, für die Bundespartei zu sprechen“, heißt es dort, und wenige Zeilen später wurde der Ton noch schärfer. Petry und Meuthen erklärten demnach, dass sie sich vom „derzeitigen Stil des Auftretens des thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke nicht vertreten“ fühlten. Für die AfD sei es wichtig, sich sachlich „mit den anstehenden Problemen“ zu befassen. „Dazu gehört bei allen politischen Differenzen auch immer der persönliche Respekt gegenüber dem politischen Gegner.“

Beobachter sehen in diesem Vorgang die Vorboten eines neuerlichen Machtkampfes. Das Auftreten der ursprünglich primär Euro-kritischen Partei hat sich seit der Abspaltung der Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) im Juli verändert; die Flüchtlingskrise ist zum beherrschenden Thema geworden. „Es ist für uns das Thema, was uns von dem etablierten Einheitsbrei unterscheidet“, sagt Höcke, der ein gewisses Kalkül zugibt: „Die Menschen erwarten, dass wir scharf formulieren.“ Und der Studienrat aus Hessen, der im thüringischen Eichsfeld heimisch ge-

> Bundesvorsitzende Frauke Petry geht auf Distanz

worden ist, formuliert sehr scharf. „Ich bin so ein kleiner Prediger“, gibt er zu und gefällt sich in der Rolle des Berufenen: „Ich wollte nie in die Politik. Aber der Zustand meines Vaterlands ließ mir keine andere Wahl. Dabei wollte ich nie vor einer großen Menschenmenge sprechen.“ Seit einigen Wochen spricht er jeden Mittwoch in Erfurt. Zeitweise kamen mehr als 10000 Besucher, die ihm zujubelten. Und in der AfD begegnet man ihm mit einer Mischung aus Bewunderung und Skepsis. „Höcke hat das geschafft, was uns nicht gelungen ist. Er geht auf die Straße und die Menschen kommen“, sagt Alexander Gauland, Fraktionschef in Brandenburg und stellvertretender Sprecher der Bundespartei.

Nicht jedem in der AfD gefällt das Auftreten des 42-Jährigen, denn im kommenden Frühjahr wird in drei Bundesländern gewählt. Während der Einzug in Sachsen-Anhalt parteiintern als ausgemachte Sache gilt, kämpft die AfD in Baden-Württemberg und vor allem in Rheinland-Pfalz mit der Fünf-Prozent-Hürde. „Dass die Partei derzeit auf Werte von sieben Prozent kommt, liegt an dem Zuspruch aus dem Osten und aus Bayern. In allen anderen Bundesländern ist sie eher unteralls oberhalb der fünf Prozent“, sagt Manfred Güllner, Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Dieter Stein, Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ nannte Höckes Auftritt bei Jauch „ein Desaster für die AfD. Läßt die AfD-Spitze die Sache treiben, wird Höcke den Kurs der Partei bestimmen. Wohin dieser Kurs führt, steht fest: nicht nur ins rechte Ghetto, sondern auch in die politische Marginalisierung.“ Frauke Petry hat sich nun offenbar entschlossen gegenzuhalten.

Peter Entinger

Zeitzeugen



Frank-Jürgen Wiese – Seit September ist der 1951 geborene Diplom-Betriebswirt (FH) und Oberst der Reserve nicht nur Chef der Bundesagentur für Arbeit, sondern auch Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Den zusätzlichen Personalbedarf des BAMF bezifferte Weise nach seinem Dienstantritt mit 3000 Mitarbeiter. Bereits bis August dieses Jahres war der Berg unerledigter Asylanträge auf rund 300 000 Fälle angewachsen. Entlastet wird die Behörde mittlerweile von zivilen Sachbearbeitern der Bundeswehr und von Zollbeamten, die in Intensivschulungen Kenntnisse als Asylentscheider vermittelt bekommen.



Manfred Schmidt – Der bisherige Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat im September aus „persönlichen Gründen“ seinen Rücktritt erklärt. Bereits seit Längerem hatte Schmidt im Zentrum heftiger Kritik gestanden. Seine Behörde arbeite nicht schnell genug und sei nicht effizient organisiert, so einige der Vorwürfe. Einem Bericht der ARD-„Tagesschau“ zufolge soll Bundesinnenminister Thomas de Maizière zudem missfallen haben, dass Schmidt Interviews mit kritischen Erklärungen zur Einwanderungspolitik der Bundesregierung gegeben hatte.

Angela Merkel – In einer Videobotschaft wies die Bundeskanzlerin darauf hin, dass es für jeden Asylbewerber mit guten Bleibeperspektiven einen Integrationskurs von 600 Stunden gebe. "Das kann noch während des Asylverfahrens begonnen werden", so Merkel. Gemäß der bisher gültigen Regelung setze die Teilnahme an Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einen verbindlich geklärten Aufenthaltsstatus des Bewerbers voraus.



Ute Kittel – „Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten, erfordert eine umfassende Ausbildung und Fachkenntnis. Die Neuregelung wird jedoch dazu führen, dass die Qualität des Sprachunterrichts rapide sinkt, mit erheblichen negativen Folgen für die Teilnehmenden“, kommentierte das 1970 geborenen Mitglied des Verdi-Bundesvorstands die seit dem 1. September abgesenkten Zulassungsvoraussetzungen für das Lehrpersonal der Integrationskurse.

BAMF zieht die Reißleine

In der Not schraubt das Bundesamt die Ansprüche an die Lehrkräfte herunter

Einen Kurs über 600 Stunden soll es künftig für jeden Asylbewerber geben, sofern „eine gute Bleibeperspektive“ vorliegt. So lautet das unlängst von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gegebene Versprechen. Ein Blick darauf, wie es aktuell um die sogenannten Integrationskurse, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) finanziert werden, steht, lässt erwarten, dass die Kanzlerin ihre Zusage nicht einhalten kann.

Das System der Deutschausbildung für Zuwanderer befindet sich ausgerechnet zum Zeitpunkt seiner größten Herausforderung in einer Krise. Bundesweit geht das Lehrpersonal auf die Straße, um gegen die Arbeitsbedingungen zu protestieren. Gleichzeitig herrscht Mangel an qualifiziertem Nachwuchs. Ursache ist aus Sicht von Kritikern, dass bei den Integrationskursen im Auftrag des Bundes ein System prekärer Beschäftigungsverhältnisse entstanden ist. So greifen die Bildungsträger bei den Integrationskursen auf formal freie Honorarkräfte zurück, bei denen es sich faktisch allerdings oftmals um Scheinselbstständige handelt, die nur für einen Bildungsträger arbeiten. Die Lehrkräfte sollen nach dem Willen des BAMF mindestens 20 Euro pro Stunde bekommen – in der Realität wird dieser Betrag allerdings oftmals nicht gezahlt. Hinzu kommt, dass die Honorarkräfte als Pflichtversicherte in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssen. Im Krankheitsfall erhalten sie aber keine Lohnfortzahlung. Ebenso haben sie keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub. Unter dem Strich bleibt ein wenig lukrativer Job, mit dem Aufwand einer Vollzeitstelle.

Auch Bewerber ohne Hochschulabschluss erhalten ihre Chance

So wird im Gegensatz zu Lehrern im Staatsdienst nur die reine Unterrichtszeit honoriert, Vor- und Nachbereitung des Unterrichts und der Papierkrieg mit dem BAMF bleiben dagegen ohne Bezahlung. Nach Berechnung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bleibt einer Lehrkraft bei den Integrationskursen mit 25 Wochenstunden nach Abzug aller Sozialabgaben lediglich ein Nettoeinkommen in Höhe von 990,85 Euro im Monat.

Das BAMF hat sich wiederholt für nicht zuständig für die Arbeitsverträge erklärt. Bildungsträger wie die Volkshochschulen sehen sich allerdings auch nicht in der Pflicht, weil sie „traditionell“ immer mit Honorarkräften gearbeitet haben, so die Argumentation. Die Folge: Wer kann, vermeidet es, unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Qualifizierter Nachwuchs für die Integrationskurse ist Mangelware. Verschärft wird die Situation durch einen erheblichen bürokratischen Aufwand, den das Bundesamt als Auftraggeber verursacht.

So kommt das BAMF bei seiner eigentlichen Aufgabe, der Bearbeitung von Asylanträgen, nicht hinterher, bei den Integrationskursen werden dafür aber akribisch die eingereichten Unterlagen geprüft. Die Folge: Für die Lehrkräfte sinkt der ohnehin magere Durchschnittsverdienst durch den Zeitaufwand noch weiter ab. Hintergrund der zuweilen als äußerst pingelig geschilderten Prüfungen durch das Bundesamt sind vermutlich die systematischen Betrügereien, die vor einigen Jahren rund um die Integrationskurse bekannt geworden sind.

Inzwischen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesichts steigender Asylbewerberzahlen und des Lehrermangels mit Wirkung zum 1. September die Anforderungen an die Zulassung von Lehrkräften abgesenkt. Künftig dürfen nicht nur Hochschulabsolventen aller Fachrichtungen, die 500 Unterrichtsstunden Deutsch gegeben haben, in den Integrationskursen unterrichten, sondern auch Bewerber ohne formalen Hochschulabschluss, sofern ihre Ausbildung „irgendetwas mit Sprache“ zu tun hat. *Norman Hanert*



Drei Viertel zur Fälschung bereit

Im Jahr 2012 haben die Staatsanwaltschaft Dortmund und das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen einen systematisch angelegten Betrug bei den staatlich geförderten Integrationskursen aufgedeckt. Eine von zwei Deutsch-Türken betriebene Sprachschule im Ruhrgebiet hatte dabei Kursteilnehmer, die anderswo in Deutschland bereits durchgefallen waren, gegen Zahlung von wenigen hundert Euro mit Manipulationen durch die Prüfungen gebracht. So sollen zum Beispiel bei Sprachtests die richtigen Antworten bereits im Voraus markiert gewesen sein. Mit den illegal erworbenen Prüfungsbescheinigungen sollen Ermittlern zufolge auch Einbürgerungsanträge gestellt worden sein. Zudem hatten die Betreiber der Sprach-

Systematische Betrügereien

schule mit Filialen in Lünen, Hagen und Wuppertal beim BAMF auch mehr Teilnehmer abgerechnet, als tatsächlich in den Kursen anwesend waren. In Gang gekommen waren die Ermittlungen nach Hinweisen von Ausländerämtern. So waren aus Wuppertal zwei Fälle gemeldet worden, bei denen Bewerber für die deutsche Staatsangehörigkeit trotz eines Sprachzertifikats bei der Verleihung der Einbürgerungsurkunde nicht in der Lage waren, die deutsche Eidesformel zu sprechen.

Bereits im Juli 2011 hatte das ARD-Politikmagazin „Report Mainz“ über Hinweise auf systematischen Abrechnungsbetrug bei den Integrationskursen berichtet, die das gesamte Bundesgebiet betrafen. Unter anderem hatten Dozenten von Integrationskursen und Verwaltungsmitarbeiter von Schulträgern über die Manipulation von Anwesenheitslisten berichtet. Bei einer verdeckt durchgeführten Stichprobe waren drei von vier Sprachschulen auf Anfrage grundsätzlich zur Fälschung von Anwesenheitslisten bereit gewesen. *N.H.*



Beschäftigungsprogramm für Germanisten mit „interkultureller Kompetenz“: Deutschkurs für Ausländer an der Volkshochschule in Leipzig

Bild: pa

Mit einem Euro dabei

Den Großteil der Kosten zahlt der Steuerzahler

Seit der Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 gibt es mit den Integrationskursen staatlich finanzierte Sprachkurse für Zuwanderer. Zuständige Ämter können seitdem anordnen, dass ein Integrationskurs besucht wird, wenn die Betroffenen sich „nicht zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können“. Auch Immigranten, die bereits länger in Deutschland leben, können zur Absolvierung eines Sprachkurses aufgefordert werden, wenn sie Arbeitslosengeld II (Hartz IV) bekommen oder als „besonders integrationsbedürftig“ gelten.

Jeder Integrationskurs besteht aus einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs, in dem grundlegendes Wissen über die deutsche Geschichte und das politische System vermittelt werden soll. Angeboten werden verschiedene Kurse – unter anderem für Jugendliche, Frauen und Analphabeten. Nach 645 Schulstunden steht eine externe Prüfung an, für Analphabeten nach 945 Stunden. Fällt ein Teilnehmer durch, hat aber ordnungsgemäß am Kurs teilgenommen, werden weitere 300 Stunden zusätzlich finanziert.

Die Teilnehmer selbst müssen pro Unterrichtsstunde lediglich einen Betrag von zirka einem Euro entrichten. Den Rest erstattet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Wirkungsvolle Strafen fürs Fernbleiben gibt es nicht

Zehn Jahre nach Einführung steht das System der Integrationskurse vor einer massiven Herausforderung und der Gefahr eines Scheiterns. Bereits im ersten Quartal 2015 ist die Zahl der neuen Teilnehmer an Integrationskursen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20 Prozent auf deutschlandweit rund 47 000 Menschen gestiegen. Inzwischen sind die Asylbewerberzahlen nochmals drastisch angestiegen, sodass ein massiver Bedarf an Deutschkursen, Lehrkräften und Unterrichtsräumen absehbar ist. Ungeachtet von Durchhalteparolen à la „Wir schaffen das“ ist bislang nicht erkennbar, wie der Mehrbedarf an Deutschunterricht in der Praxis organisiert und finanziert werden soll. Bislang findet rund die Hälfte der Integrationskurse an Volkshochschulen statt, die im Regelfall schon jetzt räumlich ausgelastet sind. Der Deutsche Volkshochschulverband selbst rechnet damit, dass durch die jüngsten Zuwanderungszahlen „nahezu doppelt so viele Menschen an den Kursen teilnehmen werden“, so ein Verbandssprecher. Inzwischen haben viele Bildungsträger ihre Kapazitätsgrenzen erreicht. Unübersehbar ist auch der Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal. Die drohende Folge: In ganz erheblichem Umfang werden zusätzlich Steuergelder für die Deutschausbildung von Hunderttausenden Einwanderern fließen müssen. Trotzdem bleibt die Gefahr groß, dass sich Deutschland auf ein vornehmlich islamisch geprägtes, bildungsfernes Prekariat einstellen muss. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Sanktionsmöglichkeiten beim Fernbleiben von den Kursen nur unzureichend sind. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Hoffen und Bangen bei Asylkosten

Massenzuwanderung: Berlins Senat rechnet sich die finanziellen Belastungen klein



Kosten kaum zu überschauen: Die Versorgung der Asylbewerber wie hier in Berlin könnte die Haushalte sprengen

Bild: SZ Photo

Zeitgleich mit Kanzlerin Angela Merkels „Wir schaffen das!“ präsentieren die Finanzexperten in Berlin und Brandenburg den Bürgern die Kosten der Zuwanderung. Es ist der Versuch einer Beschwichtigung.

Die Zuwanderung nach Deutschland hält unverändert an, Vorhersagen über die langfristigen Gesamtkosten sind daher seriös kaum zu erstellen. Das Ausmaß ihrer kurzfristigen Ausgaben wird den Ländern dagegen immer deutlicher bewusst. Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) kalkuliert derzeit mit jährlich rund 600 Millionen Euro allein an laufenden Kosten für das Land Berlin.

Darunter fallen vor allem Unterbringung, Verpflegung und weitere Maßnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Der Senator stellt Pläne vor, wie die Metropole die Versorgung der Asylsuchenden bewältigen soll. Demnach kann Berlin den Menschenzustrom angeblich ohne neue Schulden und ohne Kürzungen in anderen Bereichen des Haushalts stemmen. Falls weiteres Geld auszugeben sei, zahle der Bund, so der Tenor aus dem Finanzressort.

Wer Berlins Spar- und Ausgabendebatten der vergangenen Jahre auch nur am Rande mitbekommen hat, mag sich über diese Beurteilung der Lage wundern. „Wir sind im Ländervergleich ausgesprochen schnell und präzise mit unseren Plänen“, schwärmt Kollatz-Ahnen. Daher gelange Berlin an weiteres Geld vom Bund. Statt jährlich eingeplanter 27,5 Millionen Euro erhalte die Hauptstadt in den nächsten zwei Jahren 200 sowie knapp 232 Millionen Euro von der Bundesregierung. Das reiche voraussichtlich, um alle Extrakosten für Asylbewerber zu decken. Selbst wenn der Zustrom anhält, sieht der Senator keine großen finanziellen Nöte auf Berlin zukommen.

Während die Situation in Berlin einer Winterkatastrophe entgegensteuert, weil Zuwanderer und Obdachlose mangels Unterkunft im Freien Schutz suchen müssen, bleibt der Senat gelassen. Kollatz-Ahnen sagt, Berlin treibe bereits ein Investitionsprogramm für Unterkünfte voran und nannte weitere 612 Millionen Euro, die das Land für neue Asylunterkünfte in sogenannter Leichtbauweise bereitstellen will.

> Landespolitiker wollen vor allem Geld vom Bund

Machbarkeit und zeitige Fertigstellung solcher Leichtbauhäuser ziehen die Bauverbände stark in Zweifel (die *PAZ* berichtete). Überdies erscheint die Begrenzung der Kosten auf rund 600 Millionen Euro völlig unrealistisch. Die Summe reicht nicht einmal annähernd für die dringendsten unmittelbaren Bedürfnisse der Zuwanderer, was der Senator mit dem Sonderprogramm indirekt einräumt.

Durch neue Töpfe Kosten zu verschleiern nützt dem Senat wenig, denn andere Länder rechnen anders. Vergleichbare Zahlen liefert Hamburg, und die lassen für Berlin erhebliche Zusatzbelastungen erwarten. Im August beteuerte Hamburgs Sozialbehörde, die Stadt müsse in diesem Jahr nicht zusätzlich 600 Millionen Euro für Flüchtlinge aufbringen, es werde jedoch ein dreistelliger Millionenbetrag sein. Gut 300 Millionen Euro waren in diesem Jahr ohnehin an der Elbe für Zuwanderer vorgesehen, doch ist bereits so gut wie klar, dass diese Summe bei Weitem übertroffen wird.

Und der bundesweite Verteilungsschlüssel weist der Hansestadt nur rund halb so viele Asylbewerber zu wie der Hauptstadt. Ähnliche Kosten bei halb so vielen Menschen? Experten halten es für höchst unwahrscheinlich, dass Berlin in dem von Kollatz-Ahnen skizzierten Kostenrahmen bleiben kann.

In Brandenburg steht Finanzminister Christian Görke (Linke) vor ähnlichen Problemen. Er räumte vergangene Woche im Hinblick auf die Finanzierung der Zuwanderung ein, dass „schwierige Zeiten“ anbrächen, falls sich der Bund nicht stärker finanziell engagiere.

„Allein mit Bordmitteln des Landes ist die Herausforderung nicht zu stemmen“, so der Minister. Anfang Januar muss Brandenburg wegen der Asyl-Krise einen Nachtragshaushalt präsentieren. Der wird Geld in dreistelliger Millionenhöhe für die Zuwanderer aus Rückstellungen des Landes ausschütten. „Wir können aber nicht ewig vom Ersparten leben“, gibt Görke zu bedenken. Er fordert, die Situation „auch als Chance zu begreifen“ und verbindet dies mit der Forderung einer grundsätzlichen finanziellen Neuverteilung zwischen Bund und Ländern – mit dem Ziel, mehr Geld für Brandenburg herauszuschlagen.

Gemeinsam schließen die finanzpolitischen Gedankenspiele in Brandenburg wie Berlin Kürzungen in anderen Ressorts kategorisch aus. Es bleibe bei den Prioritäten von Rot-Rot im Land, so Görke. Das seien Bildung, Soziales, Wissenschaft und Forschung – Bereiche, in denen nicht gekürzt werde.

Während Brandenburgs Regierung 2016 mit kalkuliert 40 000 neuen Asylanten wirtschaften muss und Berlin für die Dauer des Zustroms 50 000 Unterkünfte dauerhaft bereithalten oder erst noch bauen will, kann jedes Beharren und Ausschließen schnell von der Realität überholt werden, selbst wenn der Bund seine Finanzhilfen im laufenden Jahr wie angekündigt auf zwei Milliarden Euro verdoppelt. Denn nicht nur in der Zahl der Menschen, auch in der Dauer ihres Aufenthalts stecken weitere kaum kalkulierbare Ausgaben. Die 670 Euro, die der Bund den Ländern vom kommenden Jahr an pauschal pro Asylbewerber und Monat gibt, werden wachsende Ansprüche und Bedürfnisse kaum abdecken. *Sverre Gutschmidt*

Roter Wedding, Grüner Wedding

Von Vera Lengsfeld

Roter Wedding, grüßt euch, Genossen, haltet die Fäuste bereit … So begann das Kampflied der Kommunisten, als der Wedding noch Berlins Arbeiterbezirk war. Die Fäuste wurden gebraucht, um Proleten, die in die falsche Kneipe gingen, einzubläuen, wie sie sich richtig zu verhalten hätten. Der Rotfrontkämpferbund beherrschte die Straßen, bis er sich auflöste oder Teil der gegnerischen Sturmabteilung wurde.

Heute ist der Wedding bunt. Den politisch-korrekten Überwachungsjob haben die Grünen übernommen. Wer im Wedding was zu suchen hat oder sich versammeln darf, bestimmen die grünen Gesinnungswächter. So musste nach Protesten eine Veranstaltung in den Weddinger Osram-Höfen abgesagt werden, weil Berlin „demokratisch, gewaltfrei und solidarisch“ bleiben soll.

Das Auftrittsverbot im Wedding richtet sich gegen einen Immigranten, einen Ägypter, der in Deutschland eine neue Heimat gefunden hat. Er glaubte, in einem Land zu sein, in dem rechtsstaatliche Prinzipien gelten und jeder das Recht hat, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Welch ein Irrtum! Im Wedding herrscht der grüne Meinungstotalitarismus, der nichts dulden will als das eigene, beschränkte Weltbild. Hamed Abdel-Samad, so heißt der erfolgreich aus dem Wedding vertriebene Autor, hat es gewagt, ein islamkritisches Buch zu schreiben. Ohne es gelesen zu haben, befinden die Grünen, dass er „in seinen Schriften gegen den Islam hetzt und Prophet Mohammed mit Adolf Hitler vergleicht“.

Deshalb wird er zum Nazi und Rassisten gestempelt, der nicht nur im Wedding, sondern in ganz Berlin nichts zu suchen habe. Weiter bekunden die Grünen, sie wollten die „Hetze“ von Samad nicht „unkommentiert“ lassen.

Diskussion, Austausch von Argumenten waren gestern. Heute werden nur noch die verbalen Fäuste geschwungen. Wer über Christenverfolgung und politischen Islam sprechen will, kann nur ein „antimuslimischer Rassist“ einer rechten Gruppierung sein. Unterstützt werden die Grünen von einer steuerfinanzierten türkischen Initiative „Hände weg vom Wedding“, die durchblicken ließ, wie es zu dem Veranstaltungsverbot kam:

„Nachdem das Restaurant ‚La Luz‘ in den Osram-Höfen über die Hintergründe der Reservierung informiert wurden, cancelten sie diese umgehend.“ Das heißt: Der Restaurantbetreiber wurde unter Druck gesetzt und musste im Weigerungsfall mit Angriffen auf sein Lokal rechnen, die, wie er weiß, in Berlin auch gern mal mit Buttersäure ausgeführt werden. Das alles im Namen eines „toleranten und weltoffenen“ Berlin, das im Wedding so kleingeistig und wahrheitsliebend wie die DDR daherkommt.

Die Polizei ist am Ende

Rotstift: Brandenburgische Beamte können nicht mehr

Kaum noch zu bewältigen sind die Aufgaben der Polizei Brandenburg, klagen führende Beamte und Polizeigewerkschafter. Die Polizei zieht Bilanz zur Polizeireform und zu einer unangemeldeten Demonstration vor einem Asylheim in Cottbus am 10. Oktober. Die 400 Demonstranten dort überforderten die Polizei. Das erkennt jetzt auch die Politik.

Brandenburgs Innenministerium kündigt „Konsequenzen“ an – dass eine spontane Demonstration die Polizei an ihre Grenzen bringt wie in Cottbus, wo das Land eine Erstaufnahme für Asylsuchende betreibt, schockiert die Politik. Der Polizei war bekannt, dass im Internet der Plan zur Demo kursierte, doch sie rechnete mit weniger Teilnehmern und geriet dann schnell an die Grenzen der eigenen Personalreserven. Nur mit Mühe konnten die Beamten die Situation unter Kontrolle bringen. Bei zunehmender Belastung der Polizei im Zusammenhang mit der Asylflut müsse geklärt werden, ob Staatsschutz, Verfassungsschutz und andere zuständige Einheiten wie die Mega – die Mobilen Einsatztrupps gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit – noch leistungsfähig genug seien, sagte ein Ministeriumssprecher.

> Der Politik dämmert, dass sie etwas falsch gemacht hat

Die Polizei des Landes ist seit geraumer Zeit von rot-roten Sparmaßnahmen betroffen. Dass aktuell rund die Hälfte des gesamten Bestandes an Dienstfahrzeugen infolge des VW-Abgas-Skandals in die Werkstatt muss, stellt noch das geringste Problem für die Einsatzfähigkeit dar. Der Krankenstand ist hoch. Die Zuwanderung stellt an die ausgedünnten Dienststellen weitere Herausforderungen.

Der Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG) geht auf Gegenkurs zur Landesregierung, unterstützt einen Grenzzaun gegen anhaltende Zuwanderung: „Kosten und Aufwand wären zwar immens“, so Landeschef Peter Neumann, „die Entwicklung muss aber gestoppt werden.“ Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht ihre Kollegen in der Mark vor einer „nicht mehr lösbaren Aufgabe“ (die *PAZ* berichtete). Dienstfreie Tage und Wochenenden sind laut GdP zur Seltenheit geworden, Grenz- und Einbruchskriminalität ließen sich kaum noch bewältigen.

Auch außerhalb der Polizeigewerkschaften wird nun der Ruf laut, Beamte wenigstens von den Verwaltungsaufgaben zu entbinden, damit sich die Polizei ihren eigentlichen Aufgaben widmen könne. *SG*

Fehlinvestition?

Asyl: Geld für Wohnungen am falschen Platz

Wegen der zunehmenden Zahl von Asylbewerbern stoppt Brandenburg den Abriss von leer stehenden Plattenbauten in Schwedt/Oder und Cottbus. In die Wohnungen sollen Zuwanderer einziehen, so Infrastrukturministerin Kathrin Schneider (parteilos).

Das Land will das Geld, das eigentlich für den Abriss vorgesehen war, für die Sanierung von 4000 Wohnungen verwenden. Zur Verfügung stehen dafür 17,5 Millionen Euro. In den vergangenen Jahren waren in Schwedt und Cottbus rund 6400 Wohnungen abgerissen worden. Verteilt auf 50 Städte stehen in Brandenburg immer noch rund 39 000 Wohnungen leer.

> Plattenbauten sollen saniert werden

Nachdem in den letzten 25 Jahren der Abriss von Plattenbauten mit Steuergeldern gefördert wurde, sind Zweifel an den Sanierungsplänen der Landesregierung durchaus angebracht. Schon die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es einen großen Teil der Immigranten in Großstädte zieht, in denen bereits Landsleute wohnen und eher mit Einkommensmöglichkeiten zu rechnen ist. Zu vermuten ist daher, dass die „Provinz“ für viele der Asylbewerber lediglich Durchgangsstation wird.

Welche Dimensionen das Phänomen hat, deutet ein Bericht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ („NOZ“) an. Danach scheinen viele Betroffene nicht einmal das Ende ihrer Asylverfahren in den bereitgestellten Heimen abzuwarten. Der „NOZ“ zufolge sind aus Unterkünften in Niedersachsen in wenigen Tagen etwa 700 Asylbewerber verschwunden. Vertreter der Kommunen sagen, dass sie keine gesetzliche Handhabe haben, die Asylbewerber festzuhalten. *N.H.*

Weihnachten »korrekt«

Die politische Korrektheit hat in Potsdam das Weihnachtsfest erreicht. Der dortige Weihnachtsmarkt wird um eine Attraktion ärmer sein. „Sinterklaas“ und sein Helfer, der „Zwarte Piet“, aus den Niederlanden werden dieses Jahr dort nicht auftreten. Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) beugt sich den Einwänden des Potsdamer Migrantenbeirates und anderer Kritiker. Der schwarz geschminkte Helfer sei „rassistisch“, hieß es zur Begründung. Der Fraktionschef der Alternative für Deutschland im Stadtparlament, Dennis Hohloch, zeigt sich deswegen fassungslos. Auch die im Stadtparlament vertretende Bürgerbewegung „Potsdamer Demokraten“ kritisiert Jakobs' Entschluss. Er solle künftig keine Karnevalsveranstaltungen mehr besuchen, weil die Narren dort auch als Beduinen, Indianer oder Schwarze aufträten, hieß es sarkastisch. „Sinterklaas“ besuchte ab 1996 alljährlich Potsdam, 2014 hatte ein Dutzend Aktivisten dagegen protestiert. *H.L.*

MELDUNGEN

»FPÖ verhindert rechte Gewalt«

Salzburg – Rechtskonservative Parteien verhindern Gewalt „von rechts“. Das meint der Salzburger Politologe Reinhard Heinisch unter Berufung auf eine aktuelle Studie, die den Zusammenhang untersucht, der „zwischen starken rechtspopulistischen Parteien und rechtsextremer Gewalt“ besteht. Solche Parteien würden nämlich einen Großteil der politischen Unzufriedenheit „kanalisieren, abfangen und ableiten“, so Heinisch. Diese Rolle erfülle in Österreich zweifellos die FPÖ. Wo dagegen solche Parteien fehlten, komme es gehäuft zu tätlichen Angriffen und Eskalationen. Deutschland oder Schweden seien in den vergangenen Jahren Beispiele dafür gewesen, denn dort fehle eine solche „rechte Massenpartei“. *J.H.*

Angriffe wegen Umfragetief

Tiflis – In mehreren georgischen Städten ist es zu Anschlägen auf Parteizentralen der Partei „Einige nationale Bewegung“ des ehemaligen Präsidenten Michail Saakaschwili gekommen. Die Angreifer bewarfen die Parteizentralen mit Tomaten und Eiern und setzten Mitarbeiter fest. Sie verlangten ein sofortiges Verbot der Partei als „faschistische Organisation“. Zuvor waren kompromittierende Videos aus der Regierungszeit Saakaschwilis veröffentlicht worden wie auch eine Gesprächsmitschrift. Saakaschwili soll an einem Flughafen in Instanbul mit dem ehemaligen Sekretär des georgischen Sicherheitsrats, Giga Bokeria, darüber beraten haben, wie Massenproteste gegen die derzeitige Regierung in Tiflis angezettelt werden könnten. Der eigentliche Grund für die Attacken dürften jedoch Umfragen sein, nach denen die Regierungspartei „Georgischer Traum“ erstmals hinter der „Einigen nationalen Bewegung“ liegt. *MRK*

Kräftemessen in Nahost

Der Bürgerkrieg in Syrien droht zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland zu werden

Das Außenministertreffen am 23. Oktober in Wien, bei dem es um eine diplomatische Lösung des Syrienkonflikts ging, hat zwar Bewegung in die amerikanisch-russischen Beziehungen gebracht, offenbart aber auch, dass es den Großmächten um ein Kräftemessen geht, wer die bessere Schutzmacht im Nahen Osten ist.



Bemühten sich um eine politische Lösung des Syrienkonflikts: Die Außenminister Feridun Senirlioglu (Türkei), John Kerry (USA), Adel al-Jubeir (Saudi-Arabien) und Sergej Lawrow (Russland) bei ihrem Treffen in Wien

Bild: action press

Durch seine militärische und politische Intervention für Baschar al-Assad hat Wladimir Putin Syrien wieder auf die internationale diplomatische Tagesordnung zurückgeholt und der Westallianz gezeigt, dass Russland als Militärmacht nicht unterschätzt werden sollte.

Seine Pläne, eine breite Allianz für Assad gegen alle in Syrien kämpfenden islamistischen Gruppen zu bilden, konnte Putin in Wien nicht durchsetzen. Stattdessen erklärte Russland sich zur militärischen Kooperation mit Jordanien bereit. In der jordanischen Hauptstadt Amman soll eine Verbindungsstelle eingerichtet werden, die künftig russische Luftangriffe in Syrien mit Jordanien koordinieren wird.

Nachdem die Russen mit präzisen Luftangriffen gegen IS-Stellungen in wenigen Wochen mehr erreicht haben als die Luftangriffe der westlichen Koalition in einem Jahr, sahen die USA sich gezwungen, sich mit der Erfolglosigkeit ihrer Syrien- und Irak-Strategie auseinanderzusetzen. Nach langem Zögern und auf Druck mehrerer amerikanischer und europäischer Medien nahmen die USA an einer ersten Verhandlungsrunde über eine diplomatische Lösung teil. Laut US-Außenminister John Kerry gab es konstruktive Ideen, an der Personalie Assad schieden sich aber die Geister. Kerry sieht in Assad weiterhin das größte Hindernis für einen Frieden, Russland hält den syrischen Präsidenten in der aktuellen Lage für unumgänglich, weil man zwischen einer moderaten Opposition und terroristischen Gruppen nicht unterscheiden könne. Die USA kooperieren in Syrien mit der zur al-Kaida gehörenden al-Nusra Front, die Assad stürzen will.

Die präzisen Luftangriffe Russlands auf Stellungen des IS machen Fehlleistung der USA deutlich, und Russland gewinnt in der Region als Schutzmacht neues Gewicht.

Weil es der USA trotz des Einsatzes von einer halben Milliarde Dollar für die militärische Ausbildung und Ausrüstung von 5000 Syrern der gemäßigten Opposition nicht gelungen war, das Vordringen des IS aufzuhalten, und weil tausende Gotteskrieger aus dem Kaukasus und Zentralasien in Syrien im Einsatz sind (die *PAZ* berichtete in Folge 43), nähern sich die zentralasiatischen Staaten vermehrt Russland an. Das Krisentreffen der GUS-Mitglieder am 16. Oktober in Kasachstan fand statt unter dem einigenden Motiv, eine Allianz gegen radikale Islamisten zu bilden. Hatte Moskau die Hilfe für diese Staaten lange eng begrenzt und hatten diese sich gegen den russischen Einfluss nach dem Zerfall der Sowjetunion zur Wehr gesetzt, so

Obama gibt Fehler zu, sieht Russland aber in der Defensive

hat sich jetzt die Situation laut Putin grundlegend verändert: „Es ist besonders wichtig, die Lage an den Außengrenzen der Gemeinschaft genau zu beobachten.“ Die Tatsache, dass Islamisten verschiedener Richtungen immer mehr Einfluss in der Region haben und dabei ihre Expansionspläne nicht verbergen, macht nicht nur die betroffenen zentralasiatischen Staaten nervös, sondern auch Moskau. Sollten die Kämpfer ehemaliger Sowjetrepubliken aus Syrien zurückkehren und in Zentralasien Kriege führen, müsste Russland mit Hunderttausenden Flüchtlingen aus dieser Region rechnen.

Russland wird inzwischen nicht nur von seinen GUS-Partnern wieder wahrgenommen, sondern auch Saudi-Arabien und Israel weichen von ihrer US-Linie in einigen Punkten ab. So führen israelische Truppen ein gemeinsames Training mit der russischen Luftstreitkraft durch.

Den USA droht, ihre Vorherrschaft im Nahen Osten zu verlieren. US-Präsident Barack Obama steht zu Hause in der Kritik. In einem Interview im TV-Sender CBS von Steve Kroft mit Obama gab Letzterer auf die hartnäckigen Fragen des Reporters zum Versagen der USA in Syrien zu, von Anfang an skeptisch gewesen zu sein gegenüber der Idee, einen Stellvertreterkrieg in Syrien zu führen, und dass das militärische Programm nicht funktioniert habe. Das Eingreifen Russlands bezeichnete Obama nicht als Ausdruck von Stärke, sondern als Versuch, seinen einzigen Verbündeten im Nahen Osten zu stützen.

Kroft konfrontierte Obama damit, dass sich durch die amerikanische Unterstützung der gemäßigten Opposition in Syrien nicht wirklich etwas verändert habe, außer die Anzahl der Todesopfer und die der Flüchtlinge, die nach Europa ziehen.

Kritik an der Rolle der USA im Nahen Osten äußerte ebenso der ehemalige US-Außenamtschef Henry Kissinger. Im „Wall Street Journal“ sprach er davon, dass die USA ihre Vorherrschaft, die sie im Laufe der zurückliegenden vier Jahrzehnte in der Region hatte, eingebüßt habe. Die bisherige geopolitische Situation sei zusammengebrochen, und die vier Länder Libyen, Syrien, Jemen und Irak hätten quasi ihre Staatlichkeit verloren. Washington biete keine alternative politische Struktur an, die Assad, wenn er denn gestürzt würde, ersetzen könne.

Was sich derzeit in Syrien ereignet, ist ein Machtgerangel zwischen den USA und Russland darum, wer die bessere Schutzmacht sei. Da Russland offenbar mit den vom Westen verhängten Wirtschaftssanktionen nicht in die Knie zu zwingen ist, in Syrien die Wirksamkeit seiner neuesten Waffen zur Schau stellt und dazu noch Rückendeckung mehrerer Länder erhält, sind die USA dabei, ihre Politik gegenüber den mit Russland befreundeten Ländern Iran und Kuba zu ändern. Ohne Syrienkrise hätte es vermutlich keine Annäherung an Kuba gegeben, da sich dort politisch nichts verändert hat.

Der Bürgerkrieg in Syrien droht, ähnlich wie die Ukrainekrise, zu einem Stellvertreterkrieg der Großmächte zu werden. Die USA haben Russland offenbar in beiden Fällen unterschätzt. Auch wenn Russland die meisten ehemaligen Partner des Warschauer Pakts an die Nato verloren hat, ist mit dem russischen Bären immer noch zu rechnen.

Manuela Rosenthal-Kappi

Importierter Terrorismus

Fachleute sagen Europa unruhige Zeiten voraus

Ein Zehn-Punkte-Plan, den August Hanning, von 1998 bis 2005 Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), vorgelegt hat, kommt einer äußerst scharfen Kritik an der Politik Angela Merkels gleich. Im Gegensatz zu der von ihr verfolgten Linie fordert Hanning die Rückgewinnung der Kontrolle über die deutschen Grenzen. Hanning, zuletzt Staatssekretär im Bundesinnenministerium, fordert unter anderem ein sofortiges Einfrieren des Zustroms von Immigranten über die sogenannte Balkanroute und das sofortige Schließen der Grenze für Immigranten ohne Einreiseerlaubnis entsprechend der derzeitige Gesetzeslage. Menschen aus sicheren Herkunftsländern sei das Asylverfahren zu verweigern. Ausnahmeregelungen für „allein reisende Minderjährige und Familien mit Kindern“ hält Hanning aus humanitären Gründen dagegen für möglich.

Das bisherige Agieren Merkels scheint nicht nur den ehemaligen Chef des deutschen Auslandsgeheimdienstes zu alarmieren. Wie die „Welt am Sonntag“ berichtet, regt sich auch bei Beamten des Bundeskriminalamtes, der Bundespolizei und beim Verfassungsschutz Widerstand gegen die unkontrollierte Massenzuwanderung. „Eine Integration Hunderttausender illegaler Einwanderer in Deutschland ist angesichts der hohen Zahl und der bereits bestehenden Parallelgesellschaften gar nicht möglich“, so das Fazit eines unterschriftslosen Papiers, das unter hochrangigen Sicherheitsbeamten des Bundes kursieren soll. Gesehen wird die Gefahr, dass Deutschland „islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts-

Ex-BND-Chef fordert Wende in der Asylpolitik

und Gesellschaftsverständnis“ importiert.

Schwere Sicherheitsprobleme sieht auch der renommierten Sicherheitsexperte Peter Neumann vom King's College London auf Europa zukommen. Aus Sicht Neumanns ist die Sorge davor, dass der „Islamische Staat“ (IS) Terroristen nach Europa einschleust, bislang unberechtigt. „Es gibt bisher einen einzigen dokumentierten Fall aus Deutschland“, so Neumann. Das größere Problem sieht Neumann vielmehr in hochradikalisierten Muslimen und potenziellen Terroristen, die bereits in Europa leben. Die Anschläge in Paris und Kopenhagen seien Beispiele dafür, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch passieren werde: „Europa steht vor einer neuen Terrorwelle, die uns noch eine Generation lang beschäftigen wird“, so der Sicherheitsexperte.

Skeptischer hinsichtlich der Terrormiliz „Islamischer Staat“ hat sich der russischen Vize-Verteidigungsminister Anatoli Antonow auf einem Sicherheitsforum in Peking geäußert. Er befürchtet, dass der „Islamische Staat“ expandieren und seine Aktivitäten auch auf Europa, Russland sowie Zentral- und Südostasien ausdehnen wird.

Zumindest die Propaganda von Islamisten scheint diese Befürchtung zu bestätigen. In Videobotschaften hat der IS bereits mehrfach angedroht, Libyen zum Einfallstor nach Europa zu machen und mit Flüchtlingsbooten Terroristen nach Italien zu schleusen. Wie aus einem bereits vor einigen Monaten veröffentlichten Bericht an das Parlament in Rom hervorgeht, scheinen auch die italienischen Geheimdienste die Gefahr zu sehen, dass sich Dschihad-Terroristen unter die Immigranten mischen, die aus Libyen nach Süditalien gelangen. *N.H.*

Paris steckt in der Klemme

Trotz Mini-Reformen bleiben Frankreichs Renten kaum finanzierbar

Trotz großer Probleme, das bisherige Rentensystem zu finanzieren, ist in Frankreich lediglich eine Mini-Reform zustande gekommen. Der Arbeitgeberverband Medef hat sich mit den Dachgewerkschaften darauf geeinigt, ab 2019 den Auszahlungsbeginn der Zusatzrenten im Privatsektor um ein Jahr von 62 auf 63 Lebensjahre zu erhöhen.

Nicht zuletzt, um Kritik im eigenen sozialistischen Lager zu entkräften, machte Frankreichs Präsident François Hollande darauf aufmerksam, dass das reguläre Renteneintrittsalter für Arbeitnehmer zunächst unverändert bei 62 Jahren belassen wird. In Kauf nehmen müssen diejenigen, die mit 62 in den Ruhestand gehen wollen, allerdings nun, dass sie in den ersten drei Jahren nur eine reduzierte Rente erhalten. Weiter ungelöst ist mit dieser nur zögerlichen Reform die Problematik der kostspieligen und zunehmend schwerer zu finanzierenden französischen Altersvorsorge. So wies die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einem Länderbericht zu Frankreich bereits darauf hin, dass schon die mittelfristige Tragbarkeit der Altersvorsorge unsicher sei und die Beitragszahlungen auf ein wirtschaftlich nicht mehr tragbares Niveau zusteuern.

In Frankreich haben die Rentenzahlungen bereits die Höhe von 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht, mit stark steigender Tendenz. Dieses liegt nicht zuletzt daran, dass das effektive französische Renteneintrittsalter mit rund 62 Jahren eines der niedrigsten im OECD-Raum ist. Zusammen mit der hohen Lebenserwartung bedeutet dies, dass die Franzosen mittlerweile im Schnitt 25 Jahre ihres Lebens als Rentner verbringen, was einem Spitzenwert unter den Industrienationen entspricht.

Genießen ihren Ruhestand: Boulespieler in Paris

Als regelrechter Albtraum für die Unternehmen hat sich inzwischen die erst 2014 eingeführte Besonderheit des französischen Rentenrechts erwiesen, dass Arbeitnehmer mit körperlich schweren Tätigkeiten früher in den Ruhestand gehen können. In der Praxis hat sich herausgestellt, dass die Erfassung der jeweiligen Tätigkeiten mit so hohem bürokratischen Aufwand verbunden ist, dass die Regierung die Regelung am liebsten wieder einkassieren würde.

Ein ganz besonderes Problem stellen die Rentenzahlungen an Angestellte von Staatsbetrieben und für Frankreichs Beamte dar. Das Renteneintrittsalter beträgt für sie häufig schon 55 oder 57 Jahre, gezahlt werden zudem deutlich höhere Renten als für die übrigen Arbeitnehmer. So werden die Ruhegelder der Staatsdiener auf der Basis der sechs letzten Monatsgehälter berechnet, während in der Privatwirtschaft der Einkommensdurchschnitt der letzten 25 Jahre als Basis herangezogen wird. Prognostiziert wird vor diesem Hintergrund, dass die Finanzlöcher in den Rentenkassen Frankreichs im Jahr 2020 auf 20 Milliarden Euro anwachsen werden. *N.H.*

Deutschland noch vorn bei Industrie 4.0

Adidas wechselt von riesigen Werken in Asien zu einem weltweiten Netzwerk kleinerer Fabriken

Regelmäßige Exporterfolge vernebeln den Blick darauf, dass Deutschland keine Garantie hat, für ewig ein weltweit führendes Industrieland zu sein. Vor allem China holt inzwischen auch bei den Erfindungen rasant auf.

Wie kaum ein anderes aktuelles Projekt markiert ein Kooperationsvertrag, den der fränkische Sportartikelhersteller Adidas mit dem Maschinenbauer Manz abgeschlossen hat, welcher Wandel auf die Industriegesellschaft schon bald zukommt. Prüfen wollen die beiden Firmen, wie Adidas statt wie bisher mit seinen riesigen Produktionsstätte in Asien mit einem weltweit verstreuten Netzwerk aus kleinen Fabriken schneller auf Kundenwünsche reagieren kann.

„Das Ziel ist es, flexibel, lokal und auf kleinstem Raum zu produzieren“, so Gerd Manz, Vize-Präsident der „Technology Innovation“ bei Adidas. Wird die Idee mit den über die ganze Erde verteilten modernen Minifabriken Wirklichkeit, ist mit einer Entwicklung zu rechnen, die inzwischen als Reshoring bezeichnet wird. Zum einen wird dabei Produktion auch wieder nach Deutschland zurückgeholt, zum anderen werden dezentrale Produktionsstätten in aufstrebenden Märkten entstehen. Auch in den ehemals günstigen Produktionsstätten Asiens sind mittlerweile die Arbeitskosten gestiegen. Künftig wird zwar auch noch in China und Indien produziert, allerdings dann für den Bedarf vor Ort. Der hiesige Markt wird künftig verstärkt über Fabriken abgedeckt werden, die wieder in Europa stehen werden.

Bislang ist es die deutsche Industrie, die bei derartigen Projekten der sogenannten Industrie 4.0 an der Spitze marschiert. Bereits in einigen Jahren droht der Vorsprung allerdings Geschichte zu sein. Wie aus einer Umfrage der Staufen-Unternehmensberatung hervorgeht, stehen die deutschen Industrie-Unternehmen nach der Einschätzung hiesiger Manager bislang hervorragend da und liegen aus technologischer Sicht bei Innovationen noch vor den USA und China. Gerechnet wird aber damit, dass schon im Jahr 2020 China das erfindungsreichste Land der Welt sein wird und damit die USA, aber auch Deutschland überholt haben wird.

> China holt selbst bei den Patenten rasant auf, und die USA sind führend bei der Software

Die Einschätzung der Fachleute spricht dafür, dass es in China inzwischen tatsächlich zu einer Entwicklung gekommen ist, die lange Zeit nur auf dem Papier und nicht in der Realität stattgefunden hat. Angetrieben von der kommunistischen Führung in Peking, ist bereits vor einigen Jahren die Zahl der Patentanmeldungen im Reich der Mitte regelrecht explodiert. Oftmals verbargen sich in der Vergangenheit hinter den Patentneuanmeldungen jedoch unausgegorenen Ideen ohne Marktreife. Wie eine 2012 veröffentlichte Studie der Europäischen Handelskammer ergab, steckten vor einigen Jahren nur hinter rund 30 Prozent der in China angemeldeten Patente Entwicklungen, die einen echten Beitrag zur wirtschaftlichen Innovation erbracht haben. Der große Rest der beeindruckenden Zahl von 1,6 Millionen Patenten pro Jahr entpuppte sich bei näherem Hinsehen als Gebrauchsmuster oder Designpatente.

Dass bei den Chinesen nun tatsächlich eine innovative Aufholjagd in Gang gekommen ist, lässt sich an den Ergebnisse des aktuellen Industrie-4.0-Index ablesen, der ebenfalls von der Unternehmensberatung Staufen vorgelegt wurde. Dort rückt China immer weiter vor und hat inzwischen Frankreich hinter sich gelassen.

Noch rangiert Deutschland auf dem Weg zur digitalen Fabrik der Zukunft auf Platz 1, China hat im Vergleich zum Vorjahr jedoch stark aufgeholt.

„Das Reich der Mitte entwickelt sich zur Innovationsfabrik. Von der Regierung unterstützt setzen die Firmen alles daran, via Digitalisierung und Vernetzung der Industrie einen Schritt in der Wirtschaftsentwicklung zu überspringen“, so Martin Haas, Vorstand der Unternehmensberatung Staufen. Ob Deutschland seinen Vorsprung auf dem Feld Industrie 4.0 langfristig halten kann, ist sehr ungewiss. Bislang lag ein Erfolgsrezept der Deutschen in der Spezialisierung auf forschungsintensiven Industrien wie etwa dem Maschinen- und Fahrzeugbau. Aus Sicht von Forschern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt es allerdings ernste Alarmsignale. So wird hierzulande in Relation zum vorhandenen Kapitalstock weit weniger in die Industrieanlagen investiert als in wichtigen Konkurrenzländern wie den USA und Großbritannien. Die Gefahr dabei ist, dass die deutschen Industrieanlagen zunehmend veralten und die Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Speziell die USA können als Konkurrent noch weitere Vorteile ausspielen. Gegenüber den Asiaten haben US-Unternehmen zwar den Anschluss verloren, was Computer-Hardware betrifft, allerdings sind die Amerikaner auf dem Gebiet der Software führend, wo sie wichtige Standards setzten können. Gleiches gilt für große Internetunternehmen wie etwa Google, bei denen es sich im Regelfall auch um US-Gründungen handelt. *Norman Hanert*


Bild: Mauritius

Produktion wird nach Deutschland zurückgeholt: Herstellung des Fußballschuhes Copa Mundial im Werk Scheinfeld

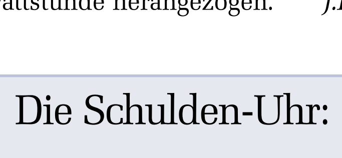
MELDUNGEN

ESM will Gehaltsplus

Luxemburg – Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) mit Sitz in Luxemburg will die Gehälter seiner Mitarbeiter unter Berufung auf Personalnot deutlich anheben. Einem Bericht des „Handelsblattes“ zufolge soll der geschäftsführende Direktor des ESM, Klaus Regling, bei Vertretern der Euro-Staaten um ein Gehaltsplus für das ESM-Personal geworben haben. Scharfe Kritik äußerte indessen der CDU-Wirtschaftspolitiker Klaus-Peter Willsch, der den ESM als „Selbstbedienungsladen“ titulierte und bereits die aktuell gezahlten Gehälter bei dem Euro-Rettungsfonds als generell zu hoch bewer-

KWK-Umlage erhöht Strompreis

Berlin – Die Bundesregierung will neue Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) mit Kohle als Brennstoff nicht mehr fördern und für gasbetriebene Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen Subventionen einführen. Damit will sie einen „Beitrag zur Erreichung der nationalen Kohlendioxid-Einsparziele“ leisten. Finanziert wird die Förderung durch eine KWK-Umlage auf den Strompreis. Privatkunden mit durchschnittlichem Verbrauch werden mit 0,25 Cent pro Kilowattstunde herangezogen. *J.H.*


Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.844.344.796 €
Vorwoche: 2.026.744.855.228 €

Verschuldung pro Kopf:
24.998 €
Vorwoche: 24.997 €

(Dienstag, 27. Oktober 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Saudis droht das Öl knapp zu werden

Riads Politik des niedrigen Preises hat nicht nur Konkurrenten in Schwierigkeiten gebracht

Noch können die USA mit Saudi-Arabien als ihrem verlässlichen und einflussreichen Verbündeten in Nahost rechnen. Noch laufen ungehindert über Riad die Versorgungslinien, auf denen dem „Islamischen Staat“ (IS), al-Kaida, der al-Nusra-Front und anderen Terror-Gruppen Geld und Waffen zugespielt werden. Und noch bildet der arabisch-persische Gegensatz das Fundament, auf dem diese Konstruktion ruht. Doch dieses Fundament mag noch so fest sein, die Verhältnisse, die darauf bauen, sind keineswegs unveränderlich.

Gegen Ende September ließ ein hochrangiger königlicher Prinz, ein Enkel des früheren Königs Abdulaziz ibn Saud, unter den männlichen Mitgliedern der Königsfamilie einen Brief zirkulieren, in dem er zu einem Wechsel in der Führung des Landes aufrief. Damit, schrieb der Autor, solle ein Zusammenbruch des Königreiches verhindert werden. König Salman, so die Begründung, schaffe nie dagewesene Schwierigkeiten, die den Fortbestand der Monarchie gefährdeten. Wörtlich schreibt der königliche Rebell: „Wir werden nicht im Stande sein, den Abfluss von Geld, die politische Unreife und die militärischen Gefahren abzuwenden, wenn wir nicht die Entscheidungs-Strukturen ändern, und sei es, dass der König selbst abtreten muss.“

Spätestens jetzt wird offenbar, dass Riads Politik des niedrigen Ölpreises nicht nur Konkurrenten in Schwierigkeiten gebracht hat, was beabsichtigt war, sondern auch den Öl-Giganten selbst. Natürlich steht und fällt bei den Saudis alles mit dem Öl, denn von dort beziehen sie 80 Prozent ihrer Staatseinnahmen. Doch die Öl-Produktion auf Teufel komm raus wird nicht länger anhalten können, so eine Studie des „Journal of Petroleum Science and Engineering“. Saudi-Arabien habe einen Höhepunkt erreicht, der einsetzende Rückgang falle mit einem rasant steigenden Verbrauch im Inland zusammen, was dazu führe, dass weniger Öl zum Export gelange. Bereits während der vergangenen zehn Jahre verzeichnete Saudi-Arabien einen jährlichen Rückgang des Öl-Exports um 1,4 Prozent. Ein Report der Citibank-Gruppe prophezeit in den nächsten 15 Jahren eine Entwicklung gegen Null.

Doch schon bevor es soweit kommt, werden innere Probleme dem Land zusetzen. Ein Viertel der Bevölkerung lebt in Armut, rund zwölf Prozent sind arbeitslos, bei den jungen Leuten sind es gar 30 Prozent. Von daher drohen Saudi-Arabien ähnliche Unruhen, wie sie aus Nachbarstaaten bekannt sind. Die demographische Entwicklung dürfte das Problem verschärfen. Heute zählt das Land 29 Millionen Einwohner, bis 2030 dürften es 37 Millionen sein, und das bei rückläufigen Einnahmen. Versuche, sich ein wenig vom Öl unabhängig zu machen, blieben bislang ohne Erfolg. Ein Solar-Programm in Höhe von 110 Milliarden US-Dollar wurde auf acht Jahre hinausgeschoben, der Grund: mangelnde Finanzierung.

> Qual der Wahl zwischen den USA uns Russland

Vor diesem Hintergrund kommt den Saudis höchst ungelegen, dass sie gezwungen wurden, für die USA einen Stellvertreter-Krieg im Jemen zu führen. Für Washington bedeutet das eine politische wie finanzielle Erleichterung, für die Saudis eine zusätzliche Belastung auf beiden Feldern. Vor allem der Umstand, dass sie ihre Luftangriffe teilweise zusammen mit der israelischen Luftwaffe durchführten, birgt für sie die Gefahr eines großen Prestige-Verlusts in der ganzen arabischen Welt.

Ungeachtet der finanziellen Perspektiven des Königreiches will Saudi-Arabien über seinen „Public Investment Fund“ in den kommenden Jahren rund zehn Milliarden Euro in Russland investieren. Mit dieser Entscheidung ignorieren die Saudis, dass sie damit die USA vor den Kopf stoßen, die ihr größter Exportmarkt sind. Es sind wahrscheinlich die flankierenden Abmachungen, die zu dieser überraschenden Entscheidung geführt haben. Dabei geht es um Waffenlieferungen und eine generelle Zusammenarbeit im Ölsektor sowie bei Kernkraftwerken.

Waffen und Energie sind beides Elemente, die für die Außenpolitik eines Landes strategische Bedeutung besitzen. Auch den Saudis dürfte auffallen, dass die Russen dem IS in Syrien binnen einer Woche mehr Schaden zugefügt haben als die Amerikaner in einem Jahr. Daher liegt die Überlegung nahe, ob man eine Gruppierung weiterhin unterstützen soll, deren Niederlage sich bereits abzeichnet. Dass Saudi-Arabien mit seiner Hilfe für den IS dem Willen Washingtons entspricht, macht die saudisch-russische Annäherung umso brisanter und eine grundlegende Entscheidung unausweichlich. *Florian Stumfall*

Nicht im Trend

Gewinnrückgang bei McDonald’s

Der umsatzstärkste Fast-Food-Konzern der Welt, McDonald’s, hat bekanntgegeben, dass im zweiten Quartal des Jahres der Gewinn im Jahresvergleich um 13 Prozent auf 1,2 Milliarden US-Dollar gesunken, der Umsatz um zehn Prozent auf 6,5 Milliarden Dollar geschrumpft ist. Das sei „Jammern auf hohen Niveau“, sagt der Konzernvorsitzende Steve Easterbrook, räumt aber ein: „Die Ergebnisse sind enttäuschend.“ Branchenkenner schätzen, dass weltweit 30 Prozent der Franchise-Nehmer ums Überleben kämpfen. Noch vor zehn Jahren galt das Führen einer McDonald’s-Filiale als Lizenz zum Gelddrucken. Mittlerweile sieht sich der Branchenprimus wachsender Konkurrenz ausgesetzt.

Vor allem in Europa werden die US-amerikanischen Essgewohnheiten zunehmend als ungesund angesehen, „das große M“ steht dabei für billig, fett und kalorienreich. Michael Greiner, Professor für Systemgastronomie an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, sieht noch eine zweite Entwicklung, die dem Unternehmen Probleme bereitet. Die Essgewohnheiten würden immer individueller, so Greiner. „Der Trend ist, dass es keinen einheitlichen Trend mehr gibt“, sagte er gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“. Früher gingen alle zu McDonald’s, „aber heute wollen einige Bio, andere veganes Essen, manche möchten mittags nur ein Brötchen, andere wollen es etwas schicker und gesünder – und keiner will das, was sein Gegenüber hat“.

> Essgewohnheiten haben sich geändert

McDonald’s hat in den vergangenen Jahren viel versucht, um diesem Trend entgegenzuwirken. Doch kein Rezept war bislang erfolgreich. In Deutschland floppte der Verkauf von Currywurst, in Japan fiel der Angus-Rind-Burger der Lebensmittelkrise zum Opfer. Und in den USA entwickelt sich das 24-Stunden-Frühstück zum Ladenhüter.

„Die Verbraucher wünschen sich noch stärker als früher regionale Produkte“, sagt Martin Fassnacht, Marketing-Experte an der Otto-Beisheim-School für Management, „und hier hat McDonald’s ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem. Das Unternehmen gilt viel zu sehr als amerikanisch.“ Ob überhaupt noch einmal eine Wende erreicht werden kann, sieht der Experte kritisch: „Erstmal wird es darum gehen, dass man nicht noch mehr Marktanteile verliert“, sagt Fassnacht. *P.E.*

Gesellschaftlicher Suizid mit Ansage

Von Jan Heitmann

Wenn ein verbaler Fäkalakrobat wie Akif Pirincci auf seiner Internetseite ankündigt, er werde bei der nächsten Veranstaltung der Pegida „einen hübschen Text vorlesen, der in Sachen Wutrede in diesem Land Maßstäbe setzen wird“, dann darf man einiges erwarten. Und in der Tat, er hat bei seiner Ansprache in Dresden nicht nur ein Hochamt primitivster Gossensprache gefeiert, sondern er hat in Anspielung auf den CDU-Politiker Walter Lübcke, der Asylkritikern die Ausreise aus Deutschland nahelegt, gesagt: „Offenkundig scheint man bei der Macht die Angst und den Respekt vor dem eigenen Volk so restlos abgelegt zu haben, dass man ihm schulterzuckend die Ausreise empfehlen kann, wenn er gefälligst nicht pariert. Es gäbe natürlich andere Alternativen, aber die KZ sind ja derzeit außer Betrieb.“

Das war gesellschaftlicher Suizid mit Ansage, genauer: Tötung auf Verlangen. Denn der Freund derben Vokabulars, vulgärer Vergleiche und lustvoller Provokation hätte wissen müssen, dass die Medien seine KZ-Äußerung nicht nur dankend aufnehmen, sondern sie dabei aus dem Zusammenhang reißen würden, damit die mediale Exekution auch wirklich gelingt.

Ganz eindeutig spielte Pirincci nicht auf Zuwanderer oder Politiker an, sondern bezog sich auf seine politischen Widersacher, denen er in ironischer Überspitzung unterstellte, sie würden unliebsame Kritiker wie ihn am liebsten ins KZ stecken. In den meisten Medien wird jedoch suggeriert, wenn nicht gar behauptet, er bedaure, dass keine Konzentrationslager in Betrieb seien, in denen man die Zuwanderer unterbringen könne. So heißt es beim NDR: „Ein Zitat ... wird einen Tag später diskutiert und mit Abscheu kommentiert. Es ist die Aussage eines Redners: In Deutschland seien die KZs ja leider derzeit außer Betrieb. Gesprochen hat diesen Satz der Autor Akif Pirincci. Bezogen hatte er ihn in seiner Rede auf Flüchtlinge.“ Der WDR legt noch eine Schippe drauf: „Da wird Rednern applaudiert, die unverhohlen zum Massenmord auffordern. Denn als was anderes soll man die Äußerung des Hetzautors Pirincci denn bezeichnen? Die KZs seien ja leider derzeit außer Betrieb?“ Das „Handelsblatt“ hebt auf die Politiker ab: „Seine Ausführungen über ihm missliebige Politiker gipfelten in dem Satz: ‚Es gäbe natürlich andere Alternativen, aber die KZ sind ja leider derzeit außer Betrieb.‘“ Phantasie beweist auch die „taz“: „‚Die KZ sind ja leider derzeit außer Betrieb‘ bezog sich einerseits auf einen CDU-Politiker, der Asylgegnern die Auswanderung aus Deutschland nahelegte, andererseits war in seinem nächsten Satz aber von der ‚Macht‘ die Rede. Sein KZ-Hinweis betraf also wohl alle regierenden Politiker und damit ‚Teile der Bevölkerung‘.“

Chapeau! Die Staats- und Konzernmedien haben ihren Auftrag erfüllt. Pirincci ist erledigt, im Stich gelassen selbst von denjenigen, die er für seine Freunde gehalten haben wird. Wieder einmal sind die „meinungsbildenden“ Medien ihrer ihnen auch von Pirincci verliehenen Charakterisierung als „Lügenpresse“ mehr als gerecht geworden. Was das angeht, hat ihr Opfer in jedem Fall in eindrucksvoller Weise recht behalten.

Dass das bundesdeutsche Gesinnungsumfeld selbst dann, wenn jemand geschmacklose Äußerungen über Konzentrationslager tätigt, nicht automatisch zum tödlichen Minenfeld werden muss, zeigt eine fragwürdige Kolumne in der „Welt“. Dort schlägt ein Oliver Polak zur „Lösung der Flüchtlingsproblematik“ vor: „Lasst uns doch einfach Auschwitz wieder eröffnen, wobei, es ist ja offen. Lasst uns all diejenigen, die Steine werfen, Häuser anzünden und auf Menschen urinieren, in Viehwaggons packen, Richtung Osten transportieren. Sie an der Rampe in Auschwitz empfangen, sie ausziehen lassen, ihnen Hab und Gut wegnehmen, rasieren muss man sie ja nicht mehr, und sie in die Gaskammer schicken. Hinter ihnen die Türen verriegeln und dann, statt Gas, über die Lautsprecherboxen Helene Fischers ‚Atemlos‘ spielen. Danach dürfen dann alle wieder nach Hause fahren.“

Dafür, dass der mediale Aufschrei in diesem Fall ausblieb, gibt es mehrere Gründe. Zunächst einmal will der Autor ja keine Flüchtlinge nach Auschwitz schicken, sondern „Neonazis“. Zudem firmiert er als „Stand-up-Comedian“, ist also so etwas wie ein vermutlich minderbegabter Unterhaltungskünstler. Und da sein Ausfall „von links“ kommt, wird er zur Kunst, zur geistreichen Satire erhoben. Polak selbst nennt noch einen weiteren Grund dafür, dass er ungeschoren bleibt: Er ist Jude, Sohn von Auschwitz-Überlebenden, womit er freimütig kokettiert. Mit Pirincci hat er mehr gemein, als ihm lieb sein dürfte. Denn wie dieser geht auch er in seinen Äußerungen gern „ein bisschen zu weit“, wie er zugibt. Aber: „Ich darf das, ich bin Jude“, so der Titel seines Buches. Wie dem auch sei, Satire darf nicht alles. Auch dann nicht, wenn sie aus jüdischer Feder stammt. Polaks Äußerung war mindestens so geschmacklos wie die Pririnccis.

Verdrängte Krise

Von Hans Heckel

Vollkommen fixiert auf die neue Völkerwanderung hat die deutsche Öffentlichkeit einen anderen Gefahrenherd aus dem Auge verloren: die Euro-Krise sowie die globale Währungs- und Schuldenkrise. Doch auch dieses Drama nimmt gerade Anlauf zur nächsten Fahrt gegen die Wand, die – wenn man den Experten glaubt – weit zerstörerischer ausfallen dürfte als alles bisher Gesehene.

Die Zeichen sind deutlich: In China hat sich eine Kreditblase apokalyptischen Ausmaßes aufgebaut; die US-Notenbank schafft es nicht, von ihrer verheerenden Nahe-Null-Zinspolitik herunterzukommen; EZB-Chef Mario Draghi hat angekündigt, noch mehr frisches, ungedecktes Geld in die Märkte zu pumpen als bislang geplant.

Das alles zeigt nur, dass der Versuch, die Finanz- und Schuldenkrise mit noch mehr Geld und Schulden in den Griff zu bekommen, komplett gescheitert ist. Die Notenbanker sind mit ihrem Latein am Ende, haben ihr Pulver verschossen. Jetzt reicht ein Funke, um alles in Brand zu setzen und die Welt ins finanzielle und wirtschaftliche Chaos zu stürzen. Das fiele dann mit der Eskalation der Asylkrise zusammen. Ein Albtraum.



Ein Bild aus besseren Tagen: Akif Pirincci bei seinem ersten Besuch einer Pegida-Veranstaltung

Bild: Photothek

Gastbeitrag

Versagen von Politik und Medien

Von Michael Leh

Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung attestiert der Politik Kontroll- und Realitätsverlust angesichts des anhaltenden Flüchtlingsstroms. Das belegt eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Dessen Geschäftsführerin Renate Köcher berichtete vor kurzem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 57 Prozent der Bürger seien überzeugt, dass Deutschland jegliche Kontrolle darüber verloren habe, wie viele Flüchtlinge ins Land kämen. Ebenso viele hätten den Eindruck, dass „die Politik, gleich welcher Couleur“, völlig ratlos sei, wie sie mit der Flüchtlingssituation umgehen solle.

Überdies gelte zwar laut Köcher die Daten, dass viele zunächst nicht wagten, sich außerhalb des Kreises vertrauter Gesprächspartner mit ihren Bedenken zu exponieren. Auch jetzt hätten noch 43 Prozent der gesamten erwachsenen Bevölkerung den Eindruck, dass man in Deutschland seine Meinung zu der Flüchtlingssituation nicht frei äußern dürfe und sehr vorsichtig sein müsse, was man sage.

Dieses „ungewöhnliche Phänomen“, so Köcher, dass weite Teile der Bevölkerung glauben, sich mit ihrer Meinung zu einem aktuellen und gravierenden Problem nicht frei äußern zu dürfen, gehe auf die Sorge zurück, in eine Ecke gestellt zu werden, in die man nicht gehöre und gehören wolle. Die große Mehrheit jener, die sich wegen des anhaltenden Flüchtlingsstroms Sorgen mache, sei weder ausländerfeindlich noch dem rechten Rand zuzuordnen. Viele fürchteten jedoch, dass sie in diesen Verdacht gerieten, wenn sie öffentlich ihre Besorgnis äußerten.

Dies gelte umso mehr, als viele den Eindruck hätten, dass die Risiken der derzeitigen Entwicklung weder in der öffentlichen politischen Diskussion noch in der Berichterstattung der Medien ausreichend berücksichtigt würden. Nur knapp ein Drittel der Bevölkerung empfinde die Berichterstattung der Medien über die Flüchtlingssituation als ausgewogen, 47 Prozent dagegen als einseitig. „Von denjenigen, die sich große Sorgen über die Entwicklung machen, bewerten sogar 55 Prozent die Berichterstattung als einseitig. Das sind ganz ungewöhnliche Ergebnisse“, schreibt Köcher. Im Allgemeinen attestiere die Mehrheit der Bürger den Medien weit überwiegend eine angemessene Berichterstattung. Diesmal überwiege der Eindruck selektiver Berichterstattung, bei der die Risiken sowie kritischen Entwicklungen und Stimmungen zu kurz kämen.

Der Mehrheit sei bewusst, dass der Zustrom die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime signifikant erhöhe. Zwei Drittel der Bürger gingen davon aus, dass die Flüchtlingswelle Deutschland stark verändern werde. 62 Prozent fürchteten auch, dass terroristische Organisationen die Flüchtlingswelle nutzen, um Terroristen einzuschleusen.

Asylbewerber-Kriminalität wird nicht angemessen thematisiert und erörtert

Der Allensbacher Befund bestätigt im Grunde nur den starken Meinungsdruck durch die überwiegend linken Medien, der durch die „Wir schaffen das“-Propaganda der Bundeskanzlerin ergänzt wird. Darüber hinaus ist jedoch auch ein Versagen früher zumindest noch teilweise als eher konservativ-kritisch eingestufter Zeitungen zu konstatieren. Auch beispielsweise in der „Frankfurter Allgemeinen“ hatte es anfänglich viel unkritischen „Willkommensjournalismus“ gegeben. Bis heute aber wird vor allem ein ganz wesentlicher Aspekt auch in den „Qualitätsmedien“ nicht angemessen behandelt. Wenn darüber gesprochen wird, ob Deutschland den Flüchtlingsstrom „bewältigen“ oder „verkraften“ könne, wird fast nie die Kriminalitätsrate thematisiert, und bislang wird dieses Thema nicht seriös und ausführlich erörtert.

Das macht es auch Regierungsvertretern und Parteipolitikern leicht, diese bedeutende Frage zu bagatellisieren. Die meisten haben schlichtweg auch keine Ahnung, da ihnen die nötigen Informationen fehlen und sie sich erst gar nicht um solche bemühen. Auch Allensbach hat danach nicht gefragt – in dem Umfragebericht wird lediglich die Sorge der Bevölkerung erwähnt, dass auch Terroristen ins Land geschleust werden könnten. Die im Alltag viel wichtigere „unpolitische“ Kriminalität bleibt außen vor. Wäre die Bevölkerung hierüber auch nur halbwegs zuverlässig von Politik und Medien informiert (und nicht noch häufig desinformiert), wären die Umfrageergebnisse noch ganz anders ausgefallen.

Denn die schmerzhafteste Folge der kopflosen deutschen „Flüchtlingspolitik“ werden nicht die gigantischen finanziellen Kosten sein, sondern die steigende Gewaltkriminalität. Es mag übertrieben klingen, aber das ist es nicht: Dafür, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel ein „freundliches Gesicht“ zeigen kann, werden viele Menschen mit ihrem Leben bezahlen und noch viel mehr mit Schäden an Leib und Seele. Es wird Tausende zusätzliche Gewaltopfer in Deutschland infolge der aktuellen Masseneinwanderung geben. Dies lässt sich bereits aufgrund der Tatverdächtigenzahlen des Bundeskriminalamts (BKA) bezüglich Asylbewerbern und „Geduldeten“ aus dem Jahr 2014 prognostizieren. Nur die *PAZ* hat diese Daten beim Bundeskriminalamt recherchiert und präsentiert (siehe *PAZ* vom 29. August).

Den größten Blutzoll muss die ärmere Bevölkerung entrichten

Absurderweise hat bis heute keine einzige große deutsche Zeitung diese längst vorliegenden Zahlen veröffentlicht. Ebenso wenig der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Stattdessen wurde hin und wieder mit fehler- und stümperhaften „Faktenchecks“ versucht, die Kriminalität von Asylbewerbern und anderen Neuankömmlingen zu verharmlosen oder mit fragwürdigen Begründungen zu relativieren. Auch beengte Verhältnisse in Massenunterkünften können nicht rechtfertigen, dass sich Asylbewerber gegenseitig totstechen, schwere Körperverletzungen begehen, Muslime Christen malträtieren und tausende Polizeieinsätze nötig sind.

Zahlreiche Straftaten, einschließlich Vergewaltigungen, finden längst auch außerhalb von Flüchtlingsunterkünften statt, und sie werden sich künftig noch mehr auf die Straßen verlagern. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zitiert in seiner jüngsten Ausgabe einen Beamten des Landeskriminalamtes Schleswig-Holstein: „Alle elf Einbrecherbanden, gegen die wir landesweit ermitteln, bestehen aus Asylbewerbern vom Balkan.“

Neben Deutschen werden auch viele bereits hier lebende Immigranten Opfer neuer Zuwanderer werden, und Neuankömmlinge Opfer anderer Neuankömmlinge. Den größten Blutzoll werden die ärmeren Bevölkerungsschichten entrichten müssen, die Menschen in den schlechteren Wohngegenden, in „sozialen Brennpunkten“, in den sich noch erweiternden „Ethnischen Kolonien“. Reiche und Wohlhabende werden davon kaum betroffen sein. Sie leben nicht in den bereits bestehenden Wohnghettos und können sich Sicherheit kaufen.

Dasselbe gilt für wohlsituierte Journalisten großer Zeitungen und des Rundfunks. Sie werden weiter dem gemeinen Volk moralische Vorlesungen halten können. Ein Günther Jauch etwa lebt in einer Villa in Potsdam und sieht schon jetzt einen arabisch- oder türkischstämmigen Intensivtäter nicht einmal mit dem Fernglas. Nicht betroffen von der Gefährdungslage sind auch die meisten Politiker, zumal solche mit Personenschutz. Weitere Attentate wie im Fall Henriette Reker sind freilich nicht ausgeschlossen; die hirnlose Zuwanderungspolitik ist nicht zuletzt ein Konjunkturprogramm für den Rechtsextremismus.

»Ein Unglück für das deutsche Volk«

Erschreckend und entlarvend: So standen Politiker und Parteien 1989/90 zur Vereinigung von Bundesrepublik und DDR

Von den im Bundestag vertretenen Parteien war die CDU/CSU die einzige, die an der Einheit festhielt, obwohl auch hier wichtige Kräfte lediglich äußerlich für sie eintraten. Die SPD verließ dieses Ziel bereits 1970. FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher betonte im Sommer 1989 gegenüber dem US-Botschafter, die Einheit liege „für die nächste Zukunft schlechthin nicht im Bereich des Möglichen". Und bis zum Schluss waren die „Grünen" gegen die Vereinigung, diese wäre „ein Unglück für das deutsche Volk".

Stets für die Einheit Deutschlands trat die CDU/CSU ein, wenngleich im Laufe der Jahrzehnte manche Kreise sich resigniert mit der Spaltung innerlich abgefunden hatten. Kanzler Helmut Kohl selber soll im Herbst 1989 gesagt haben, dass „manche CDU-Bundestagsabgeordnete es kaum noch wagten, das Wort ‚Wiedervereinigung' überhaupt zu erwähnen". Tatsache ist jedenfalls, dass der Parteitag der Exil-CDU, einer Vereinigung geflohener CDU-Funktionäre aus der DDR, im April 1989 mit ihren Erkenntnissen überaus deutlich auf deren bevorstehendes Ende hinwies, doch nirgendwo in der Partei Beachtung fand. Auf dem CDU-Bundesparteitag im September versuchten Rita Süßmuth, der Ex-Generalsekretär Heiner Geißler und Ministerpräsident Lothar Späth im Parteiprogramm dem Gedanken der deutschen Einheit geringeres Gewicht zu geben. Selbst auf der Sitzung des Bundesvorstandes drei Tage vor dem Mauerfall spielte die Wiedervereinigung keine größere Rolle. Recht selten war 1988 allerdings die Meinung des Stuttgarter CDU-Oberbürgermeisters Manfred Rommel zu hören: „Die Idee der Wiedervereinigung ist völlig aussichtslos".

Im krassen Gegensatz dazu ging die westdeutsche SPD bereits 1983 auf einen direkten Anti-Kurs zur Einheit, und selbst nach dem Fall der Mauer hielt sie an ihrer Politik des Appeasements gegenüber der SED fest. Willy Brandt bezeichnete neben vielen inhaltsähnlichen Formulierungen die Diskussion über die offene deutsche Teilung als „fruchtlos" und im September 1988 prägte er den berüchtigten Satz: „Die Hoffnung auf Wiedervereinigung wurde geradezu zur Lebenslüge der zweiten deutschen Republik." Nach den Protokollen des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) führte er am 17. November 1989 in Moskau aus, dass die Wiedervereinigung „nicht unser Ziel sein kann". „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört", sagte er entgegen aller Behauptungen am 10. November 1989 zumindest nicht vor dem Schöneberger Rathaus. Nach Brigitte Seebacher-Brandt hat er den Satz erst nachträglich in das Manuskript seiner Rathaus-Rede eingefügt. Das bekannte Buch „Vorwärts und vergessen" von Uwe Müller und Grit Hartmann dokumentiert anhand etlicher Beweise, „dass Brandt damals noch nicht die Einheit der deutschen Nation im Sinn hatte – er glaubte lediglich, das geteilte Europa werde nun enger zusammenwachsen". Unbestritten schwebte ihm in seiner Rede am 6. Dezember 1989 in der Rostocker Marienkirche „eine neue Art vom deutschen Bund" vor: „Eine Wiedervereinigung kann ich mir eh schwer vorstellen."

Nach dem Tode Egon Bahrs behauptete das ZDF, sein Lebenstraum sei das Ende der Mauer gewesen. Das ist nicht unmöglich, seine vielen Äußerungen beinhalten allerdings das genaue Gegenteil, und ein Wort über seine Freude über die Ereignisse des 9. November 1989 ist nirgendwo bekannt. Ende 1988 giftete er gegen die CDU-Politik, die Wiedervereinigung sei vordringlichste Aufgabe: „Das ist objektiv und subjektiv Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung." Auf dem Bergedorfer Gesprächskreis im September 1989 titulierte er die Erörterung der deutschen Frage als „reine Zeitverschwendung". Die freiheitlichen Demonstrationen in der DDR waren für ihn „eine Gefahr für den Frieden" und an jenem 9. November war in der „Bild"-Zeitung auf Seite 2 von ihm groß zu lesen: „Wiedervereinigung niemals!" Noch bei Jahresende plädierte er dafür „die deutsche Teilung als historische Gegebenheit zu akzeptieren". Anlässlich seines 90. Geburtstages im März 2013 stellte derselbe Bahr fest: „Ich war von Anfang an der Überzeugung, Deutschland würde eines Tages wieder zusammenkommen."

Vor dem Verein der ausländischen Presse in Bonn hob Ex-Kanzler Helmut Schmidt hervor, er habe als erster die Wiedervereinigung vorhergesagt. Auf dem erwähnten Bergedorfer Gesprächskreis hatte er hingegen ermahnt, das Problem keinesfalls zu aktualisieren, er würde dies für einen schweren Fehler halten: „Außerdem lässt sich die deutsche Frage gegenwärtig sowieso nicht lösen." Der spätere Kanzler Gerhard Schröder mahnte im Sommer 1989, man solle „eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen der Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht." Eine darauf gerichtete Politik erachtete er im selben Herbst als „reaktionär und hochgradig gefährlich". In fast gleicher Weise empörte sich der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel über das „leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede". Kanzler Kohl glaubte er scharf kritisieren zu müssen, weil dieser während des Honecker-Besuchs in Bonn 1987 das Festhalten am Ziel der deutschen Einheit ausdrücklich betont hatte. Die in der DDR halb-illegal gegründete „Sozialdemokratische Partei in der DDR" bezeichnete er noch lange Zeit als „Schwesterpartei" – eine Formulierung, die eigentlich nur für fremde Länder gilt, wie Seebacher-Brandt verbittert registrierte.

Seine vielen Sprüche krönte Oskar Lafontaine, der stolz war, das Ausland besser zu kennen als das Deutschland jenseits der Berliner Mauer, noch Ende 1989 mit seiner Kommentierung der Wiedervereinigung: „Welch ein historischer Schwachsinn!"

Der Regierende Bürgermeister von Berlin Walter Momper hat sich in einem Buch nach der sogenannten Wende als großer Vorkämpfer für die Einheit hingestellt. In Wahrheit hingegen sprach er sich wiederholt dagegen aus und bezeichnete die Teilung Deutschlands als eine „Bereicherung Europas". Im Oktober 1989 stellte er den Gedanken an eine Wiedervereinigung als „eine der größten Heucheleien" dar und warnte noch einige Tage vor Weihnachten auf dem SPD-Programmparteitag seine Genossen, „sich an der Wiedervereinigungskampagne zu beteiligen". Im Mai 1989 forderte der frühere Bonner Regierungssprecher Klaus Bölling sogar die Streichung des Wiedervereinigungsgebots in der Präambel des Grundgesetzes; später leugnete er dies ebenso beharrlich.

Die Verdienste des damaligen FDP-Außenministers Hans-Dietrich Genscher sind bekannt, doch auch er spürte nicht die wahre Stimmungslage in seiner Heimat. Als der US-Botschafter Vernon A. Walters ihn im Sommer 1989 seine Überzeugung von einer baldigen deutschen Einheit darlegte, lächelte er „beinahe herablassend". Diese liege „für die nächste Zukunft schlechthin nicht im Bereich des Möglichen". Wie der Diplomat in seinem Buch „Die Vereinigung war vorhersehbar" weiter schreibt, erntete er auf seine Ansicht nur ein „ungläubiges Lächeln". Selbst bei den Reden am 9. und 10. November des Jahres vermied Genscher seltsamerweise jedes Wort von Wiedervereinigung. Auch der FDP-Deutschland-Experte Hans-Günter Hoppe sah ein Gesamt-Deutschland erst in ferner Zukunft.

Die Grünen stellten die beiden Teile Deutschlands „auf eine Stufe" und verdammten sie „in gleicher Weise". Einer ihrer Abgeordneten verlangte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Streichung des Wiedervereinigungs-Gebots im Grundgesetz. Noch nach dem Ende der Mauer rief ein Grünen-Bundestagsmitglied aus: "Es gibt aber keinen einzigen vernünftigen Grund, der für die Wiedervereinigung spricht." Oskar Fischer hielt im Juli 1989 diese „für eine gefährliche Illusion", sie wäre „ein Unglück für das deutsche Volk". Keine 13 Monate später rief derselbe Fischer im Bundestag aus: „Ein unglaubliches, fast nicht für möglich gehaltenes Glück, dass wir in Frieden und Freiheit wiedervereinigt sind." Antje Vollmer glaubte noch 24 Stunden vor dem Mauer-Fall im Bonner Parlament sagen zu müssen: „Dabei ist die Rede von der Wiedervereinigung – das ist mir jetzt sehr wichtig – historisch überholter denn je." Noch in den letzten Dezember-Tagen diffamierte sie die Einheit als „Traum der alten Männer". Selbst Mitte Mai 1990 demonstrierten die Grünen unter anderem mit Claudia Roth unter der Parole "Nie wieder Deutschland".

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Wendehälse gab es nicht nur im Osten: Deutschlands Politprominenz beim zentralen Festakt vor dem Berliner Reichstag in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1989

Bild: Bundesarchiv

Einst für das Reichsgericht gebaut

Das Bundesverwaltungsgericht begeht das Jubiläum seiner Heimstatt mit einem Fachsymposium und zwei Sonderausstellungen

Vergangenen Montag vor 120 Jahren wurde das Reichsgerichtsgebäude in Leipzig, der heutige Sitz des Bundesverwaltungsgerichts, feierlich eingeweiht. Anlässlich dieses Jubiläums veranstalteten beziehungsweise veranstalten der Bundesgerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht am gestrigen Donnerstag und heutigen Freitag in den Räumen des Verwaltungsgerichts ein gemeinsames Fachsymposion. Gestern eröffnete die seit 2014 für die Bereiche Justiz, Rechtspolitik und Verwaltung verantwortliche beamtete Staatssekretärin im Justiz und Verbraucherschutzministerium, Stefanie Hubig, das Symposion. Dieter Grimm, von 1987 bis 1999 Richter des Bundesverfassungsgerichts, hielt die Festrede. Seitdem beleuchten und untersuchen teilweise hochkarätige Moderatoren und Referenten im Rahmen acht verschiedener Foren sowohl die bewegte Bau- und Nutzungsgeschichte des Reichsgerichtsgebäudes in den vergangenen 120 Jahren als auch die verfassungs-, zivil- und strafrechtliche Rechtsprechung des Reichsgerichts sowie die jüngere Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.

„Das Reichsgericht erhält seinen Sitz in Leipzig." Darauf verständigten sich Bundesrat und Reichstag am 11. April 1877 in einem Gesetz und beendeten damit eine lebhafte Debatte um den Standort des noch zu gründenden obersten deutschen Gerichts für Zivil- und Strafsachen. Mit Ludwig Hoffmann und Peter Dybwad setzten sich 1884/85 in einem Wettbewerb zur Errichtung des Reichsgerichtsgebäudes zwei junge, bis dahin unbekannte Architekten durch. Nach nur siebenjähriger Bauzeit bezog das 1879 in Leipzig gegründete Reichsgericht sein neues Gebäude. Dem Reichsgericht waren unter anderem der Reichsdisziplinarhof und der Ehrengerichtshof für die Rechtsanwälte sowie in der Weimarer Zeit der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich und das Reichsarbeitsgericht angegliedert. Der Reichsgerichtsbau war ferner Sitz der Reichsanwaltschaft, der obersten Anklagebehörde.

> Vor 120 Jahren wurde der Bau feierlich eingeweiht

In dem folgenden halben Jahrhundert erwarb sich das Reichsgericht Verdienste um die Fortbildung des Privatrechts, insbesondere bei der Auslegung des am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuches. Aber auch zahlreiche Strafprozesse, welche die nationale und internationale Öffentlichkeit bewegten, fanden hier statt, darunter das Hochverratsverfahren gegen den damaligen Sozialdemokraten und späteren Kommunisten Karl Liebknecht (1907), der Ulmer Reichswehrprozess gegen drei Offiziere des 5. Artillerieregiments in Ulm, denen vorgeworfen wurde, mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei konspiriert und durch die Verteilung von Flugblättern zu einer nationalen Volkserhebung im Sinn der NSDAP aufgerufen zu haben (1930) sowie der Reichstagsbrandprozess (1933).

Nach der Auflösung des Reichsgerichts 1945 wurde das Gebäude über mehrere Jahrzehnte von unterschiedlichen Institutionen genutzt. Ab 1952 trug es den Namen "Georgi-Dimitroff-Museum", eine Erinnerung daran, dass 1933 im Reichstagsbrandprozess neben Marinus van der Lubbe auch der Generalsekretär der Komintern von 1935 bis 1943 und Ministerpräsident Bulgariens von 1946 bis 1949 auf der Anklagebank saß. Daneben beherbergte der Bau aber auch das Museum der Bildenden Künste, das Institut für Länderkunde, das Sächsische Staatsarchiv und Synchronstudios der Defa.

Nach der kleinen Wiedervereinigung wurde das Gebäude wieder seiner ursprünglichen Nutzung als Gerichtsgebäude zugeführt. Die Unabhängige Föderalismuskommission des Bundes und der Länder empfahl am 27. Mai 1992, das bis dahin in Berlin residierende Bundesverwaltungsgericht einschließlich der beiden Münchener Außensenate nach Leipzig zu verlegen. Zu diesem Zweck wurde das Reichsgerichtsgebäude ab 1998 aufwändig saniert, restauriert und umgebaut. Seit dem 26. August 2002 ist es Sitz des Bundesverwaltungsgerichts, des obersten Gerichtshofs des Bundes auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit.



Das Bundesverwaltungsgericht: Der Haupteingang

Vom 2. November bis 23. Dezember finden in der Kuppelhalle des Gerichtsgebäudes zwei Sonderausstellungen zu den Themen „120 Jahre Reichsgerichtsgebäude" sowie „Die Reichsgerichtsbibliothek im Wandel der Zeit" statt. Diese können ebenso wie die Dauerausstellung „Das Reichsgerichtsgebäude und seine Nutzer" montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr besichtigt werden.

E.B.

Friedrich der Große verhalf ihr zum Doktorhut

Dorothea Christiane Erxleben war die Pionierin des Frauenstudiums und die erste deutsche Ärztin mit Promotion

Vor 300 Jahren erblickte Dorothea Christiane Erxleben geborene Leporin das Licht der Welt. Sie konnte 1754 als erste deutsche Frau einen medizinischen Doktortitel erwerben. Verantwortlich hierfür waren zwei entsprechende Verfügungen von Friedrich dem Großen, der damit zu einem frühen Förderer des Frauenstudiums wurde.

Am 30. Januar 1698 besetzte Fürst Leopold von Anhalt-Dessau im Auftrag des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III., des späteren ersten preußischen Königs Friedrich I., Quedlinburg, nachdem sich der sächsische Kurfürst August der Starke dazu bereit erklärt hatte, die Vogteiherrschaft über die Stadt am Nordrand des Harzes abzutreten. Dieses Ereignis sollte maßgeblichen Einfluss auf den Lebensweg von Dorothea Christiane Leporin haben, die am 13. November 1715 in Quedlinburg geboren wurde. Ihr Vater wirkte dort als Stadtphysikus und entschied, das zarte und oft kränkliche Mädchen wegen seiner außergewöhnlichen Intelligenz in Naturwissenschaften, Latein und Medizin unterweisen zu lassen. Dies wiederum weckte in Dorothea Leporin den Wunsch, zu studieren und einen akademischen Grad zu erwerben – und zwar gemeinsam mit ihrem zwei Jahre jüngeren Bruder Christian. Allerdings weigerte sich die Universität zu Halle, sie zu immatrikulieren.

Erst eine Abtretung machte sie zur Preußin

Aus diesem Grunde überreichte die junge Frau anlässlich der feierlichen Erbhuldigung der Quedlinburger an die Adresse des neuen preußischen Königs Friedrich II. am 24. November 1740 ein Schreiben zu Händen des Monarchen. Dieses beinhaltete die Bitte um eine Studien- beziehungsweise Promotionserlaubnis sowie ein Gnadengesuch zugunsten ihres Bruders. Der nämlich galt seit der preußischen Mobilmachung vom Herbst 1740 im Vorfeld des Ersten Schlesischen Krieges als Deserteur, weil er seiner Einberufung zum Infanterieregiment Nr. 21 von der Marwitz nicht Folge geleistet hatte, da er sich als Bürgersohn und potenzieller Medizinstudent vom Militärdienst befreit wähnte.

Die Petition der Leporin gelangte dann allerdings erst im März 1741 an das für Studienangelegenheiten zuständige Department der geistlichen Affären, nachdem durch ein königliches Reskript vom 1. Dezember 1740 eindeutig geregelt worden war, dass Studenten tatsächlich keinen Kriegsdienst leisten müssten. Dem folgte die Weitergabe der Bittschrift an Friedrich II., der am 24. April 1741 entschied: „Da dergleichen Exempel bey dem weiblichen Geschlechte insonderheit in Deutschland etwas rar sind und demnach dieser casus demselben zu nicht geringer Ehre gereichen würde“, wolle er „mit dem größten Vergnügen alles Mögliche zum glücklichen Fortgange“ der Ausbildung von Dorothea Leporin beitragen. Dies tat der König, indem er ein „Beneficium“, also ein Stipendium, gewährte und die Universität Halle anwies, die Promotion zu ermöglichen.

Allerdings starb kurz darauf Dorotheas Cousine Sophia und hinterließ fünf kleine Kinder. Daraufhin heiratete die angehende Doktorandin am 14. August 1742 den Witwer Johann Christian Erxleben. Hierzu schrieb sie später in ihrer Autobiographie: „Obgleich ich durch Erfahrung überzeuget wurde, daß der Ehestand das Studiren des Frauenzimmers nicht aufhebe, sondern daß es sich in der Gesellschaft eines vernünftigen Ehegatten noch vergnügter studiren lasse, wurde dennoch die vorgehabte Promotion durch meine Heyrath vorerst verzögert.“



Während sie also die Kinder ihrer Cousine großzog und dann auch noch eigene bekam, führte die nunmehrige Gattin des Diakons Erxleben die Praxis ihres verstorbenen Vaters fort, wogegen zunächst niemand Einwände geltend machte. Dann aber erhoben Anfang 1753 drei Quedlinburger Ärzte Anklage gegen die unliebsame Konkurrentin und forderten den Stiftshauptmann der Stadt, Geheimrat Paulus Andreas Freiherr von Schellersheim, auf, Dorothea Erxleben das „ungebührliche curiren“ zu untersagen. In Reaktion hierauf bot sie an, sich der „Königl. Preuß. Hochlöbl. Stiftshauptmanney ad interim zum examine“ zu stellen, obwohl die Geburt ihres vierten Kindes unmittelbar bevorstehe. Das quittierten die Beschwerdeführer am 6. März 1753 mit den höhnischen Worten: „Aus dem Wochen Bette unter den Doctor Huth kriechen, ist ja wohl ein paradoxon ... und warum hat sie es dahmahls im ledigen Stande nicht gethan?“

Daraufhin verbot von Schellersheim der Erxleben tatsächlich das weitere Praktizieren und trug ihr auf, umgehend eine Dissertation einzureichen. Dies erledigte sie dann auch relativ rasch am 6. Januar 1754. Kurz darauf, am 6. Mai desselben Jahres, erfolgte die Verteidigung der „Academischen Abhandlung von der gar zu geschwinden und angenehmen, aber deswegen öfters unsichern Heilung der Krankheiten“ vor den Vertretern der Medizinischen Fakultät der Universität Halle mit Professor Johann Juncker an der Spitze. Der schrieb anschließend über das Auftreten der Kandidatin: „Sie hat allein zwey ganze Stunden hindurch die an sie gethanen Fragen mit einer bewunderungswürdigen Bescheidenheit und Fertigkeit angenommen, gründlich und deutlich darauf geantwortet, und die vorgelegten Zweifel mit gröster Richtigkeit aufgelöset. Hierzu bediente sie sich eines so schönen und zierlichen Lateins, daß wir glaubten, eine alte Römerin in ihrer Muttersprache reden zu hören.“



Vor 300 Jahren in Quedlinburg geboren: Dorothea Christiane Erxleben geborene Leporin Bild: Archiv

Deshalb meldete Juncker am 11. Mai an Friedrich II., die Erxleben habe „in dem Examine vortrefflich bestanden, sich männlich erwiesen, und alles, was man verlangen könne, auch geleistet“. Der König wiederum antwortete hierauf bereits am 18. Mai mit einem eigenhändigen Reskript, in dem er mitteilte, er würde es „für gut und genehm halten“, wenn die Fakultät der „fürtrefflichen Matrone“ den verdienten akademischen Titel nun tatsächlich ohne Wenn und Aber zuerkenne. Damit stand einer Promotion der Quedlinburgerin zum „Doktor der Arzeneygelahrtheit“ nichts mehr im Wege. Diese erfolgte dann am 12. Juni 1754 im Rahmen einer offiziellen Feier in Junkkers Haus.

In den Jahren darauf führte Dorothea Erxleben ihre heimatliche Arztpraxis fort, ohne dass die historischen Quellen viel darüber berichten. Dahingegen findet sich in der „Berlinischen Privilegierten Zeitung“ ein Bericht über die letzten Tage dieser außergewöhnlichen Frau: „Ohne Schrecken sah sie dem Tod entgegen, machte deßen Ankunft ihren Kindern kund, bestellte ihr Haus und starb sitzend und sanft am 13. Juni (1762) an einer Verblutung, so ein gefährlicher Schaden an der Brust verursachet im 47. Jahre ihres rühmlichen Lebens; hätte es Gott doch gefallen, diese Jahre zu verdoppeln.“

Wolfgang Kaufmann

»Guten Tag, Madame, und guten Weg!«

Königin Elisabeth Christines unerwiderte Liebe zu ihrem Ehemann, Friedrich dem Großen

Nur wenig ist tragischer als eine unerwiderte Liebe. Die Liebe der am 8. November 1715 in Wolfenbüttel geborenen dritten preußischen Königin zu ihrem Mann war eine solche. Friedrich der Große konnte es nie vergessen, dass die Ehe mit ihr der Preis war, den er seinem Vater für die Freiheit entrichtet hatte.

„Die Ehe macht großjährig und sobald ich das bin, bin ich Herr in meinem Hause und meine Frau hat nichts zu befehlen. Ich werde mich als Galanthomme verheirathen, das heißt, ich lasse Madame thun, was ihr gut dünkt und thue auf meiner Seite was mir gefällt. Ich werde mein Wort halten, ich werde mich verheirathen, aber nachher sehen Sie zu, was geschehen wird: Guten Tag, Madame, und guten Weg!“ Mit diesen Worten formulierte er seine Eheplanung gegenüber Friedrich Wilhelm von Grumbkow.



Elisabeth Christine um 1740 Bild: Archiv

Dazu muss man wissen, dass diese Ehe ein Wunsch seines Vaters, des Soldatenkönigs, war. Zum einen schätzte dieser Elisabeth Christines Vater, den Fürsten von Braunschweig-Wolfenbüttel, Ferdinand Albrecht II., der wie er das Militär liebte, zum anderen kam er damit einem Wunsche Österreichs nach. Im Gegensatz zu Friedrich II., der mit dem erfolgreichen Angriff auf Maria Theresias Erblande den deutschen Dualismus begründete, war Friedrich Wilhelm I. kaisertreu, und der Kaiser wünschte eine engere Bindung des großen Reichsterritoriums Preußen an die Habsburger. Entsprechend dem österreichischen Motto „Bella gerant alii, tu felix Austria nube“ (Kriege mögen andere führen, du glückliches Österreich heirate) wünschte der Kaiser gleich mit zwei Hochzeiten eine enge familiäre Verbindung zwischen dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. und seinem eigenen Schwager Ferdinand Albrecht II. herzustellen. Dazu erhielt Ferdinand Albrechts ältester Sohn Karl am 2. Juli 1733 Friedrichs II. Schwester Philippine Charlotte zur Frau und Friedrich Wilhelms I. ältester Sohn am 1. Juli 1733 Elisabeth Christine. Angesichts dieser Bedeutung Österreichs für die von ihm ungewollte Ehe kann es kaum verwundern, dass Friedrich II., kaum König, mit Maria Theresia Krieg anfing.

Elisabeth Christine wurde von ihrem eigenen Schwiegervater als „nit häßlich, auch nit schön“ bezeichnet. Schwerwiegender war sicherlich, dass sie Friedrich – ähnlich wie im 20. Jahrhundert Prinzessin Diana Prinz Charles – keine gleichwertige Gesprächspartnerin auf Augenhöhe war. Im Gegensatz zum sarkastischen, aufgeklärten Friedrich war Elisabeth Christine, so ihr Schwiegervater, „ein gottesfürchtiger Mensch“. Des Weiteren wird sie gemeinhin als gehemmt, schüchtern und zurückhaltend beschrieben. Letztgenannte Eigenschaften wurden sicherlich noch dadurch verstärkt, dass sie aus einem vergleichsweise kleinen Fürstentum an einen der bedeutendsten Höfe Deutschlands wechselte. Später scheint Elisabeth Christine zwar an Selbstsicherheit gewonnen zu haben, doch blieb sie ihrem Ehemann offenkundig intellektuell unterlegen. Ihr eigener Kammerherr schrieb in seinem Tagebuch: „Die Königin flattert herum und schreit unbarmherzig, wiewohl sie nichts zu sagen hat.“

Doch niemand ist perfekt, und Elisabeth Christine scheint durchaus auch einige positive Eigenschaften besessen zu haben. Sie verhielt sich loyal gegenüber ihrem Ehemann, sie repräsentierte dessen Königreich würdig und engagierte sich auf sozialem Gebiet. Friedrich sagte über sie: „Ich habe keinen Widerwillen gegen sie, sie ist ein gutes Herz, ich wünsche ihr nichts Böses, aber ich werde sie nie lieben können.“

Dass er seine Ehefrau nicht liebte, wird man Friedrich nicht zum Vorwurf machen können. Doch darf man erwarten, dass er sie so gut behandelte, wie es ihren auch von ihm nicht in Abrede gestellten Tugenden entsprach. Darüber, ob der Alte Fritz dieses getan hat, gehen die Darstellungen etwas auseinander.

Interessanterweise scheint die Geschichtsschreibung vor der Abschaffung der Hohenzollernherrschaft in Berlin die Frage rigoroser bejaht zu haben. Friedrichs berühmte Worte „Madame sind korpulenter geworden“ als einzige Begrüßung nach fast siebenjähriger räumlicher Trennung kommen in dem 1877 veröffentlichten Artikel der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ über Elisabeth Christine nicht vor. Allerdings scheint Friedrich seine Frau im Großen und Ganzen korrekt behandelt zu haben. Während seiner Kronprinzenzeit hatte nicht nur er, sondern auch seine Angetraute im Schloss Rheinsberg ein paar schöne Jahre. Ihrem Schwiegervater schrieb sie: „Der Rheinsberger Aufenthalt ist mir so angenehm wie er nur immer sein kann, bin ich doch vereint mit dem liebsten, das ich auf der Welt besitze.“ Sogar seinen ehelichen Verpflichtungen scheint er nachgekommen zu sein, schrieb der Kronprinz doch Ernst Christoph von Manteuffel: „Sie ist hübsch und kann sich nicht beklagen, dass ich sie gar nicht liebe, kurz – ich weiß wirklich nicht woran es liegen mag, dass wir keine Kinder bekommen.“

Manches erinnert an die Beziehung Dianas zu Charles

Damit war nach Friedrichs Regierungsantritt zwar Schluss, denn es folgte die räumliche Trennung. Doch ließ sich der neue König weder von ihr scheiden noch verstieß er sie. Vielmehr ermöglichte er ihr eine eigene standesgemäße Hofhaltung auf dem ihr geschenkten Schloss Schönhausen. Seinen Leibarzt wies er an: „Ich empfehle Ihnen die Königin ohne Aufschub zu besuchen und sich mit den beiden anderen Ärzten von Berlin zu verbinden. Denken Sie daran, dass es sich um die teuerste und notwendigste Person für den Staat, für die Armen und für mich handelt.“

Auch Elisabeth Christine scheint ihre Behandlung für anständig gehalten zu haben, schrieb sie doch ihrem geschätzten Bruder Ferdinand: „„Wenn es ein Verbrechen ist an den König zu hängen, so rühme ich mich dessen. Jeder Rechtschaffene muß ja einen solchen König wie den unsrigen lieben, der die Güte selber ist und es in vollem Maße verdient, daß man ihn nicht blos aus Pflichtgefühl, sondern auch aus herzlicher Zuneigung liebt. So lange mir die Augen offen stehen, werde ich diese meine Gefühle nie und nimmer verändern.“

Friedrichs Fürsorge ging sogar über seinen Tod hinaus. So verlangte er in seinem 17 Jahre vor seinem Tod verfassten Testament von seinem Neffen und designierten Nachfolger, „ihr jene Hochachtung zu erweisen, die ihr als Wittwe seines Oheims und als einer Fürstin, die nie vom Tugendpfade abgewichen, gebühre“. Dieser Forderung scheint Friedrich Wilhelm II. gerne entsprochen zu haben, und so waren der Königswitwe noch ein paar friedvolle Jahre ohne materielle Not und Anfeindungen im Kreise der königlichen Familie vergönnt, bevor sie, immerhin schon im 82. Lebensjahr stehend, am 13. Januar 1797 in Berlin verschied. *Manuel Ruoff*

In den USA bleibt die Tür zu

Zu: Deutsche sind schutzlos (Nr. 42)

Nun lese ich schon viele Jahre Ihre noch immer aktuelle Zeitung. Jede Woche freue ich mich darauf. Ihre klare Stellungnahme zur Zeitgeschichte bindet sicher auch viele Leser an Ihr Blatt. Machen Sie weiter so!

Jetzt sind die Vereinigten Staaten in Bedrängnis. In der Syrien-Frage bringt sich Russlands Präsident Putin nach zwei Jahren Pause wieder ins Spiel. Es ging den USA wohl nicht in der Hauptsache darum, Frieden in dem Gebiet zu schaffen, sondern um die Ukraine und Krim. Für Russland waren das unannehmbare Forderungen.

Der Friedensnobelpreisträger Barack Obama muss sich schämen, Russland nicht die Hand zu geben. Warum klappt das nicht? Respekt voreinander ist wohl nicht mehr vorhanden, Vietnam lässt grüßen! Obama ist abhängig von verschiedenen Interessen im Land, er selbst muss sein Amt ja bald abgeben. Da sollte er wenigstens die Tür wieder aufmachen. Leider ist das in den USA aus genannten Gründen nicht möglich.

Der Flüchtlingsstrom wird daher weiter ungehindert zu uns kommen und das, was 1945 beschlossen war, wird eintreten. Schade, dass unsere Regierung kein Auge dafür hat. Außenminister Steinmeier hat hier einen schweren Stand. Doch die heutigen Umfragen zeigen, Merkel ist bei der Bevölkerung auch nicht mehr so gut angesehen: Der Mensch denkt – Gott lenkt, wir schaffen das? Was denn? Woher das Geld? Das alles hat mit Nächstenliebe nichts mehr zu tun. Mögen die Menschen bald beheizte Unterkünfte bekommen, sonst wird es wie bei uns nach dem Krieg. **Karl Heinz Lohmann, Osnabrück**

Als barmherziger Samariter handeln

Zu: Deutsche sind schutzlos (Nr. 42)

Die Vokabel „Flüchtlinge“ hat in Deutschland eine sehr emotionsbeladene Bedeutung. Wir waren deutsche Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, also aus Ostpreußen, Pommern oder auch Schlesien. Für 1300 Kilometer brauchten wir vier Wochen: zu Fuß mit einen Handschlitten, auf offenen Wehrmachtslastwagen, in Frachtschiffen und zuletzt Zügen unter Beschuss. Wir entkamen dem Inferno halbverhungert und voller Angst, die wir erst 1990 langsam verloren.

Die heutigen Flüchtlinge kommen wie Ausflügler. Lächelnd zeigen sie das Siegeszeichen.

Saudi-Arabien ist nur gut 100 Kilometer von Syrien entfernt. Warum werden sie nicht von ihren Glaubensbrüdern aufgenommen? Eine der fünf Säulen des Islam ist doch die Barmherzigkeit.

Auf dem Globus ist Deutschland nur so groß wie ein kleiner Fingernagel. Sind wir die Wohlfahrtseinrichtung für die ganze Welt? Unser Staat hat auch eine Fürsorgepflicht gegenüber der autochthonen Bevölkerung. Und das ganze System nennt sich Demokratie?

Schon im Vorfeld werden wir als ausländerfeindlich von unseren eigenen TV-Journalisten beschimpft. Wir sind nicht ausländerfeindlich. In Deutschland haben wir Menschen aus aller Welt als Gäste bewirtet: Menschen aus Weißrussland, der Ukraine, Polen, Nigeria, Tansania, China, Israel und so weiter.

Der im Lukas-Evangelium genannte barmherzige Samariter hat für einen Überfallenen umsichtig gesorgt, bis dieser wieder fähig war zur Weiterreise. Aber er hat ihn nicht lebenslang alimentiert. **Roswitha Gerdes, Vechta**

Mutti, mach was!

Zu: Deutsche sind schutzlos (Nr. 4)

Beim Besuch der Kanzlerin in der Sendung von Anne Will kam nur heraus, dass es keine Möglichkeit gebe, die Asylflut aufzuhalten. Denn die Grenzen dichtzumachen bringe nichts, weil die Ströme dann einen anderen Weg finden würden und dies nicht aufzuhalten sei.

Diese Hilflosigkeit leugnet nicht die Tatsache, dass die Kanzlerin den Eindruck erweckt, dass die Asylkatastrophe zu „schaffen“ sei. Wir hätten eine so große Außengrenze und das Problem sei mit einem Zaun nicht zu beheben, wie man in Ungarn sähe.

Tja, Frau Bundeskanzlerin, da muss man dann halt zu härteren Mitteln greifen und mit Wasserwerfern und Polizei die Grenzen sichern. Oder trauen Sie sich das nicht? Vor allem: Wie Sie plötzlich mit dem Geld um sich schmeißen, geht ja gar nicht.

Wir, christlichen Glaubens, werden immer weniger. Wir haben uns gespalten und dadurch geschwächt. Es geht darum, unser Vaterland zu verteidigen. Also Mutti: mach was! **Tonja Warnat, Hannover**



Des Ernstes der Lage nicht bewusst? In der Talk-Sendung von Anne Will, in der es in erster Linie um die Flüchtlingsproblematik ging, waren die Kanzlerin Angela Merkel und die Gastgeberin in erstaunlich ausgelassener Stimmung Bild: action press

Krone aufgesetzt

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38) und: Die Fanatikerin (Nr. 39)

Kanzlerin Merkels Regierung setzt allem Vorausgegangenen die Krone auf, indem sie dem Volk eine sogenannte Willkommenskultur ohne Volkszustimmung in Bezug auf die Flüchtlinge aufspielt. Wegen Verdienstausfalls einschlägiger Lobbyisten-Verbände weltweit darf eine Ursachenbekämpfung nicht angegangen werden. Das Gefühl des Deutschschwunds wird so befördert.

Durch US-bestimmte, global vernetzte Herren- und Damencliquen sollen die Völker vermischt, gleichgeschaltet, leicht lenkbar und manipulierbar als globales Dumpfbackenvolk auf US-Linie eingependelt werden. Absahnen, Dichthalten, sowie Angstverbreitung durch Bedrohung, Verfolgung und Bestrafung Andersdenkender bis hin zum befohlenen Mord, sprich: Krieg, ist gängige Praxis dieser Cliquen.

Es grenzt schon ans Wunderbare, dass sich in Deutschland Millionen, aber auch weltweit Milliarden Menschen von einigen wenigen schaffen lassen. **Werner Haase, Steingaden**

Bei der Flüchtlingsfrage wird mit dem Teufel geschlafen

Zu: Deutsche sind schutzlos (Nr. 42)

Viele Deutsche sind entsetzt über die Einstellung und Handlungsweisen der deutschen Regierung in der Flüchtlings-Frage. Als wenn Angela Merkel und ihr Führungsstab beschlossen hätten (aus welchen Motiven auch immer), dem christlichen Abendland und seiner Wertegemeinschaft möglichst bald den entscheidenden Todesstoß zu versetzen. Sie dürfen keinen Erfolg haben!

Leider habe ich zurzeit wenig Hoffnung auf ein baldiges entschiedenes Gegensteuern deutscher oppositioneller Kräfte. Deshalb möchte ich sie darum bitten, auch weiterhin ihren Einfluss geltend zu machen, um die deutsche Regierung und die sie unterstützenden Kräfte von ihrem fatalen Weg abzubringen.

In Deutschland wurde schon einmal die Demokratie auf ganz demokratisch legitimierte Weise abgeschafft, indem man undemokratischen Kräften das Steuerrad anvertraute. Danach begann ein Desaster, das in den Zweiten Weltkrieg mündete. Man scheint seitens der Merkel-Regierung nicht daraus lernen zu wollen. Durch die derzeitige Entwicklung steht nun erneut nicht nur die deutsche – derzeit auf schwachen Beinen stehende – Demokratie auf dem Spiel.

Denn der ungehemmte, unter Druck von Merkel und Co. durchgesetzte Zustrom von muslimischen Einwanderern nach Europa wird das Kräfteverhältnis schon in absehbarer Zeit in ganz Europa durch das radikal ansteigende Potenzial nicht-demokratisch denkender und handelnder Menschen entscheidend verändern.

Die Demokratie steht auf dem Spiel

Diese werden nicht nur von der international agierenden und von der saudi-arabischen Dynastie gestützten Salafiya-Bewegung sowie dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, den man gerade auf Ebene des EU-Parlamentes hofiert, nachhaltig ermutigt, sondern auch indem man letzteren in Deutschland regelmäßig seine Propaganda-Reden halten lässt. Ziel aller offenen Bestrebungen: Die Islamisierung Europas.

Die Bindung der USA an die genannten Parteien zu einem Militärbündnis hat der ehemalige CIA-Agent Robert Bear nicht umsonst als „Sleeping with the devil – mit dem Teufel schlafen“ bezeichnet. Die jetzt über Europa hereinbrechenden Flüchtlingsströme sind eine direkte Folge der Agitationen dieses Bündnisses.

Sich den Realitäten verschließend klammere man sich in Deutschland, so schrieb der 2014 verstorbene Orientkenner Peter Scholl-Latour in seinem Buch „Die Welt aus den Fugen“, an die Utopie, dass am Ende des als „Arabischer Frühling“ bezeichneten Auslöser dieses ganzen Desasters eine Hinwendung der Betroffenen zu Menschenrechten, Meinungsfreiheit und Demokratie stehen würde.

Vor dem Faktum, dass die Menschen, die aus den mit Krieg und Krisen überzogenen Regionen des Orients flüchten, aufgrund ihrer Historie, Kultur und aufgrund ihres Glaubens zu solch erstrebenswertem Denken und Handeln wenig Grundlagen mitbringen, verschließt man leider die Augen.

Die meisten der in Europa eintreffenden Muslime können oder wollen sich deshalb weder in die europäische Kultur- und Wertegemeinschaft integrieren, noch sie im positiven Sinne bereichern und stützen. Das zeigt sich in besonderer Weise an der anhaltenden Ghetto-Bildung unter Muslimen in vielen Metropolregionen Europas und den von diesen ausgehenden, unsere Gesellschaft destabilisierenden Elementen. Dafür gibt es unzählige Beispiele (siehe die Literatur von Heinz Buschkowsky, dem langjährigen Bürgermeister von Berlin-Neukölln). Die bleibend niedrige Geburtenrate unter den Nicht-Muslimen wird diese Prozesse noch beschleunigen, zumal die 80 Prozent männlichen jungen Zuwanderer, die einer Völkerwanderung gleich über die europäischen Grenzen fluten, schon bald ihre Familien nachholen werden.

Viele Menschen in Deutschland hoffen darauf, dass sich die Merkel-Regierung nicht mehr lange durchsetzen wird. Dass sie aber allein durch deutsche oppositionelle Kräfte zügig abgesetzt werden kann, um sie am Fortsetzen ihres für Deutschland und Europa verheerenden Engagements zu hindern, halte ich derzeit leider für fraglich.

Staat verschließt vor Realitäten die Augen

Deshalb hoffe ich auf den mutigen Einsatz aller wertkonservativen europäischen Kräfte, die sich der im Verlaufe von 2000 Jahren geformten christlich und jüdisch geprägten Kultur unseres Kontinentes verpflichtet fühlen und sich dafür einsetzen wollen, dass auch ihre Nachkommen in freiheitlichen Verhältnissen aufwachsen und leben dürfen. Ich hoffe darauf, dass so dem Wohl aller Menschen Europas Genüge getan wird, und damit auch dem Wohl des deutschen Volkes, dem eigentlich schon heute alle staatstragenden Mandatsträger verpflichtet wären. Dies in friedlicher Weise, dabei aber alle uns gegebenen rechtlichen Mittel nutzend.

Da die Meinungsfreiheit in Deutschland heuer zu einer Farce geworden ist, muss man es leider den deutschen Gutmenschen überlassen, als was sie am Rettungswerk Europas Mitwirkenden bezeichnen wollen.

Und ich hoffe darauf, dass die Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ihre mutige und Beispiel-schaffende Berichterstattung in dieser für Deutschland und Europa so existenziellen Angelegenheit fortsetzt, wie sie es bisher getan hat. **Axel Westie, Camboriú/Brasilien**

Merkel schadet ihrem Land

Zu: Deutsche sind schutzlos (Nr. 42)

Kanzlerin Angela Merkel wird als Zerstörerin Deutschlands in die Geschichte eingehen. Wird sie wegen ihrer dubiosen Vergangenheit in der DDR von Washington erpresst? Sie schadet ihrem Land, seit sie an der Macht ist.

Energiewende mit Abschaltung der Kernkraftwerke zum Schaden der Sicherheit der Energieversorgung, eine Klimarettung, welche die Energieerzeuger und jetzt wahrscheinlich auch Autokonzerne in den Ruin treibt, Eurorettung und Griechenlandrettung, die Milliarden und Abermilliarden kosten, und nun der Asylirrsinn, der unserem Volk in absehbarer Zeit den Garaus machen wird. Was treiben diese Frau und die Mainstreammedien an?

Es gibt nur eine Handvoll Printmedien in Deutschland, die uns die Wahrheit nicht vorenthalten. Dazu gehört auch die *PAZ*. Danke! **Dr. Knut Wuntke, Milow**

Füllt die Gotteshäuser, denn Beten hilft

Zu: Deutschland auflösen (Nr. 39)

Als langjähriger Leser der *PAZ* – einer Zeitung, welche dem Correctness-Wahn auch mit den Leserbriefen die Stirn bietet – danke ich vorerst und wünschte mir nach Möglichkeit eine zusätzliche Seite für das Leserforum, welches anderswo keine Chance hat.

Nun jedoch zum Hauptanlass meines Schreibens: In der Tat, der Titel beschreibt genau eine langjährige Tendenz, uns zu dem zu machen, was ehemalige Kolonialmächte schon sind – ein „brodelnder Eintopf“.

Das aktuelle Problem der Flüchtlingsströme aus den Krisengebieten und das himmelschreiende Los der tatsächlich Betroffenen gäbe es nicht, wenn der fehlende Wille der Großmächte und der Politik, dem entgegenzuwirken, nicht offensichtlich wäre und ihr Eingreifen aber in vielen Fällen destruktiv wirkt.

Was kann uns Betroffenen helfen? Beten? Ja! Unsere Kirchen, welche unsere Vorfahren in Not und Gottesfurcht erbaut haben, wieder mit Glauben füllen und in Einigkeit das erstreben (nicht nur das Materielle), was unsere Nationalhymne inhaltlich besagt.

Füllt die Gotteshäuser so wie die Demonstranten vor 25 Jahren in der DDR zum Gebet und zur friedlichen Demonstration-Einheit (auch in der Mannigfaltigkeit) für Recht und Selbstbestimmung für das Vaterland, für ein ehrliches Europa! **Gerhard Klösel, Leichlingen**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 30. Oktober 2015

MELDUNGEN

Kulturzeugnis zerstört

Rautengrund – In der Nähe von Ragnit ist das älteste Kulturzeugnis Ostpreußens, eine etwa 12000 Jahre alte Siedlung aus der Steinzeit mit dem Grabungsnamen „Rjadino 5“, zu einem Großteil zerstört worden. Ursache für diesen traurigen Verlust war der Bau eines Hauses, mit dem sich die Bauherrin über die bestehenden Denkmalschutzauflagen hinwegsetzte. Der eingeschaltete Königsberger Dienst zum Schutz des Kulturerbes leitete seine Beobachtungen zwar an die städtischen Behörden weiter, unternahm aber in der Folge nichts zum Schutz dieses archäologischen Schatzes, als die städtischen Behörden weiter untätig blieben. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Königsberg Ermittlungen sowohl gegen die kriminelle Bauherrin als auch gegen die pflichtvergessenen Behördenvertreter aufgenommen. *T.W.W*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Deutsch Eylau [Iława], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sensburg [Mragowo], Randstreifenarbeiten; Renkussen [Rekusy] – Mathildenhof [Buniaki], Baustelle, Lyck [Ełk] – Staatsgrenze, Erneuerung der Fahrbahnmarkierung. Straße Nr. 16c: Krämersdorf [Kromerowo] – Bischofsburg [Biskupiec], Renovierung der Brücke; Allenstein [Olsztyn] – Groß Borken [Borki Wielkie], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 51: Wichertshof [Wichrowo] – Schmolainen [Smolajny], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Ortelsburg [Szczytno] – Olschinen [Olszyny], Baustelle. Straße Nr. 57: Dietrichswalde [Ciemna Wola] – Gallingen [Galiny], Baustelle; Groß Schiemanen [Szymany], Baustelle. Straße Nr. 58: Gedwangen [Jedwabno] – Narthen [Narty], Baustelle. Straße Nr. 63: Lötzen [Gizycko] – Biestren [Bystry], Baustelle; Eisenwerk [Ruda], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 65: Schlepien [Slepie], Renovierung der Brücke; Stradaunen [Straduny], Renovierung der Brücke; Wittinnen [Wityny] – Umgehungsstraße von Lyck [Ełk], Baustelle; Lyck [Ełk] – Prostken [Prostki], Baustelle; Lyck [Ełk] – Grajewo, Renovierung der Brücke. Straße Nr. 65a: Lyck [Ełk], Przemysłowa und Grajewskastraße, Renovierung der Straßenmarkierung. Straße Nr. 65b: Umgehungsstraße von Goldap [Gołdap], Baustelle. Straße Nr. 65c: Umgehungsstraße von Treuburg [Olecko], Baustelle. *E.G.*

Erinnerung an Siegfried Lenz

LO und Woiwodschaftsbibliothek Allenstein luden zur Gedenkstunde am Todestag

Vor einem Jahr verstarb der in Lyck geborene Schriftsteller Siegfried Lenz. Aus diesem Anlass organisierten Edyta Gładkowska, die Vertreterin der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, und die Woiwodschaftsbibliothek am 7. Oktober eine Veranstaltung zu Ehren des Autors.

Der Termin fiel mit der Eröffnung des zweiten „WaMa Film Festivals“ zusammen, die im Foyer der Woiwodschaftsbibliothek im Alten Rathaus am Marktplatz in Allenstein stattfand. Als besonderen Höhepunkt hatten die Organisatoren die Auszeichnung ausgstellt, welche Paweł Pawlikowski für den Film „Ida“ bei der diesjährigen Oscarverleihung als „bester fremdsprachiger Film“ erhalten hat. Es ist ein polnisch-dänischer Spielfilm aus dem Jahr 2013, der von der doppelten Reise der jungen Novizin Anna zu ihrer Vergangenheit und durch das Polen der 1960er Jahre erzählt. Der Schwarzweißfilm erhielt 2014 bereits den Europäischen Filmpreis. An dem herrschenden Gedränge vorbei fanden über 60 Zuhörer den Weg in den Lesesaal im Erdgeschoss zur Veranstaltung „Erinnerung an Siegfried Lenz“. Erfreulich für Organisatoren und Referenten war die große Zahl junger Menschen unter ihnen.

Siegfried Lenz vorzustellen ist im Grunde unnötig. Er hat die deutschsprachige Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg mitgeprägt und insbesondere mit seinen Werken „So zärtlich war Sulejken“ und „Heimatmuseum“ auch polnische Leser erreicht.



Hielt den Vortrag über Lenz: Zbigniew Chojnowski   Bild: Ralf Meindl

Zbigniew Chojnowski, Professor der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein, konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die „Polnische Lesart von Siegfried Lenz“. Er stellte Lenz' Rolle als politisch engagierten Autor an den Beginn und betonte seinen Einsatz für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen unter der Regierung von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Unter der Kritik an diesem Einsatz in Deutschland hätten, so der Wissenschaftler, die Verkaufszahlen seiner Bücher nicht gelitten, und die seien gerade aus Sicht des polnischen Buchmarkts enorm hoch.

„Lenz wird in Polen oft gemeinsam mit den beiden Literatur-Nobelpreisträgern Heinrich Böll und Günter Grass genannt“, erklärte Chojnowski. Dass er den Preis selber nicht erhalten hat, ist für die polnischen Leser genauso erstaunlich wie es für Heinrich Böll war, der bei der Benachrichtigung über seine Auszeichnung gefragt haben soll: „Aber doch gemeinsam mit Siegfried Lenz?“. „Der Nobelpreis für Literatur ist aber im Gegensatz zu denen in anderen Disziplinen leider nicht teilbar“, ergänzte Chojnowski.

In Polen wurde Siegfried Lenz dagegen einige Male geehrt. Unter anderem wurde er vor vier Jahren von seiner Heimatstadt Lyck zum Ehrenbürger ernannt. Damals war er zum ersten und einzigen Mal nach dem Zweiten Weltkrieg wieder dort. Sein schlechter Gesundheitszustand ließ zwei Jahre später im Oktober 2013 eine Teilnahme an einer ihm gewidmeten Konferenz nicht zu, die die Universität Bialystok in Lyck organisiert hatte. Deren Ergebnisse sind inzwischen veröffentlicht und sind, wie Chojnowski betonte, trotz der Bekanntheit der Werke von Siegfried Lenz die bisher einzige wissenschaftliche Monografie zu seinem Schaffen in Polen.

Seines Werks hat sich die Kulturgemeinschaft Borussia in Allenstein angenommen, die sowohl „So zärtlich war Sulejken“ („Słodkie Sulejki“) als auch „Heimatmuseum“ („Muzeum małej ojczyzny“) in einer polnischen Version herausgab. Ein großes Problem der Übersetzer war der typisch ostpreußische Humor, der

Werke sind ins Polnische übersetzt

gerade in den Geschichten aus Sulejken immer wieder spürbar wird. Den Beweis traten in einer zweisprachigen Lesung nach dem Vortrag Anna Rau von der Woiwodschaftsbibliothek und Uwe Hahnkamp mit einem Abschnitt aus dem „Heimatmuseum“ an: der Rede des „glück-lichsten Ostpreußen“ zu den Regeln, die an den einzelnen Wochentagen zu befolgen sind. Außerdem boten sie auf Deutsch ein Fragment desselben Buchs zur Änderung der masurischen in deutsche Ortsnamen und auf Polnisch den Text „Die Reise nach Oletzko“ aus den Geschichten aus Sulejken.

Umrahmt wurde die Veranstaltung musikalisch vom Komponisten, Arrangeur und Geiger Robert Bielak, dessen Stücke von den Texten von Siegfried Lenz inspiriert sind. *UH*

Banzhaf löst Krause ab

Neuer deutscher Generalkonsul in Königsberg im Amt

Der neue Generalkonsul von Königsberg, Michael Banzhaf, hat sein Amt angetreten. Sein Vorgänger Rolf Krause, der im Mai Königsberg verlassen hat, setzt seine Arbeit jetzt in Marseille fort.

Banzhaf verfügt über eine 30-jährige Erfahrung im diplomatischen Dienst. Eine bedeutende Etappe seiner Tätigkeit war mit Ländern Osteuropas verbunden. Vor seiner Ankunft in Königsberg war er mehrere Jahre stellvertretender Botschafter in Kasachstan. Die deutsche Botschaft in Astana leitet derzeit übrigens Guido Herz, der vor einigen Jahren Generalkonsul in Königsberg war. Deshalb kann man davon ausgehen, dass Banzhaf durch seinen Kollegen gut auf eine Tätigkeit in Königsberg vorbereitet wurde. Banzhof verhehlt seine Freude darüber nicht, in Königsberg zu arbeiten, zählt die Stadt doch zu seinen Favoriten. Das Bild der Stadt mit ihrer ungewöhnlichen Geschichte findet der Generalkonsul, der selbst von 1976 bis 1983 Geschichte an der Ludwig-Maximilian-Universität in München studierte, attraktiv.

Banzhaf ist seit Anfang September im Königberger Gebiet. Seitdem hat er kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen besucht, wo sich die Gelegenheit bot, die Region näher kennenzulernen. Gemeinsam mit Vertretern der Partnerstadt Kiel nahm er beispielsweise am Tilsiter Stadtfest teil und wohnte der feierlichen Eröffnung des Stadtmodells bei (die *PAZ* berichtete in Folge 40).



Michael Banzhaf   Bild: J.T.

Die offizielle Einführung des neuen Leiters der diplomatischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg fand allerdings erst während des Besuchs des deutschen Botschafters Rüdiger von Fritsch statt. Es folgten Treffen mit der Gebietsregierung, der Verwaltung und des Stadtrats der Stadt Königsberg. Die Gäste wurden über die Entwicklung der Beziehungen auf Gemeinde- und Regionalebene informiert. Stabile Partnerschaften bestehen mit Kiel, Hamburg, Schleswig-Holstein und Brandenburg.

Darüber hinaus gab es Treffen mit den Leitern der Baltischen Staatlichen Universität und der Königsberger Technischen Universität. Während des Besuchs kam es zu einem Dialog mit Wirtschaftsvertretern, bei dem die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Königsberger Gebiet besprochen wurde. Dabei wurde wiederholt unterstrichen, dass Deutschland der führende Partner des Königsberger Gebiets sowohl in Bezug auf die Wirtschaft als auch auf dem Gebiet der interregionalen Beziehungen sei. *Jurij Tschernyschew*

Ohne Klischees

Deutsch-Eylau und Herborn pflegen Kontakte

Die offizielle Partnerschaftsvereinbarung über die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Institutionen Deutsch-Eylaus und der Stadt Herborn wurde vor 17 Jahren, am 21. November 1998, unterzeichnet. Das Ziel der ersten Jahre der Zusammenarbeit war vor allem die Annäherung der polnischen und deutschen Jugendlichen sowie der Kampf gegen die Klischees und die Arbeit für die Versöhnung der Gemeinden.

Während der langfristigen Zusammenarbeit erweiterte sich der Umfang der Aktivitäten auf andere Bereiche, unter anderem auf den Umweltschutz, den Tourismus, den Sport, die Bildung, die Kultur und die Sozialhilfe.

Insbesondere in den letzten Jahren fanden viele internationale Arbeitstreffen, gemeinsame Konzerte der Musikgrupen sowie Orchester in Herborn und Deutsch-Eylau statt. Zweimal gelang es, mit Unterstützung der Stiftung der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit gemeinsame Projekte zu realisieren. 2012 war das unter anderem ein Projekt im Bereich der Kultur, in dessen Rahmen Werke von Künstlern aus Deutsch-Eylau in Herborn ausgestellt wurden. Diese Ausstellung präsentierte die Baudenkmäler im Bereich von Deutsch-Eylau und den umliegenden Gebieten. Im selben Jahr erhielt der Bürgermeister von Herborn Hans Berner die Statuette und den Titel des Ehrenbürgers von Deutsch- Eylau für seinen Beitrag zur Entwicklung der Städtepartnerschaft und derdeutsch-polnischen Freundschaft. Bis heute wurden auch zahlreiche gegenseitige Besuche und Treffen von lokalen Behörden, Schüllern, Lehrern und Vertretern von Verbänden organisiert.

Besuche festigten Freundschaft

Leszek Chaburski



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der November steht vor der Türe, die grauen Tage kommen, und die Gedanken gehen zu denen zurück, an deren Gräbern wir jetzt stehen, um sie für die Winterruhe vorzubereiten. Es kommen die Tage, an denen gemeinsam jener Verstorbenen gedacht wird, von denen es kein sichtbares Grab gibt, die irgendwo im Niemandsland ruhen. Die Tage haben Namen – Volkstrauertag, Totensonntag, Buß- und Bettag –, viele Gräber nicht, in denen die Unbekannten bestattet wurden. Es gibt noch immer so viel Ungewissheit für die diejenigen, die seit den letzten Kriegstagen oder in den wirren Zeiten danach einen der Ihren vermissen. Vergessen wurden sie nicht, und es ist gut, dass es diese Tage gibt, die dazu beitragen, die Erinnerung wach zu halten.

Es gibt aber auch Menschen, die sich berufen fühlen, den Spuren nachzugehen, die in jene Zeiten zurückführen, und deshalb immer wieder in die ehemaligen Kampfgebiete reisen, von denen sie glauben, noch Trittsiegel der deutschen Vergangenheit zu finden. Sie tun es aus eigenem Antrieb, niemand zwingt sie dazu, sie fühlen sich durch die eigene Familiengeschichte mit dem Land verbunden, in dessen Erde einer ihrer Angehörigen ruht. Manche dieser Spurensucher haben im Laufe der Jahrzehnte unserer Ostpreußischen Familie von ihren Erlebnissen berichtet, wollten sie nicht für sich behalten, weil ihre Erkenntnisse vielleicht auch anderen Suchenden helfen könnten, noch dunkle Stellen in ihrer Familiengeschichte aufzuhellen.

Einer von ihnen ist **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt, steter Mitdenker und verlässlicher Berichterstatter von Entdeckungen, die er in der Heimat seiner Ahnen gemacht hat. Vor allem auf den alten Friedhöfen im Memelland, die ihn immer wieder anziehen, weil hier die Spuren der Geschichte noch lesbar sind. Die Zerstörung der deutschen Friedhöfe hat so im Memelland – im Gegensatz zum übrigen Ostpreußen – nicht stattgefunden. Inzwischen ist die Zahl der Kirchhöfe, die Herr Dauskardt auf seinen vielen Reisen aufgesucht hat, auf über 50 gestiegen. Und er ist immer wieder überrascht, wie sichtbar sich hier die deutsche Vergangenheit zeigt. Er hat inzwischen auch den richtigen Blick dafür bekommen, wo sich eine alte Grabstätte befinden könnte. So sah er auf einer seiner letzten Reisen vom Auto aus in der Ferne einen sogenannten Totenbaum. Er ist in der Regel als Lebensbaum auf den dortigen Friedhöfen zu finden. Bernd Dauskardt irrte auch diesmal nicht, denn beim Aufsuchen der vermuteten Grabstelle auf dem Hügel fand er die Reste eines alten Kirchhofes mit mehr oder minder erkennbaren Relikten von Kreuzen und Steinen. Ein heller Stein hob sich aus dem Wildwuchs von Gräsern und gefallenem Laub besonders hervor. Er wirkte sehr gut erhalten, zeigte nur eine leichte Bemoosung und ließ die Inschrift auf der Platte deutlich erkennen. Sie lautet: „Hier ruhen unsere lieben Kinder/**Vera v. d. Werth** *12.9.1924 †22.6.1942/**Renate** v. d. Werth *12.2.1927 †12.4.1927“.

Novemberstimmung auf einem alten Friedhof im Memelland Bild: Dauskardt

Der Kirchhof gehört zu dem Dorf Neu Stremehnen in der Gemeinde Alt Stremehnen. Hier besaß die Familia v. d. Werth ein Gut, dessen Gebäude zum Teil noch erhalten sind. Herr Dauskardt fand bei einer Besichtigung das Gutshaus und die Stallungen in einem leidlichen Zustand vor. Der Friedhof wies vor der sowjetischen Eroberung drei 1000-jährige Eichen auf, die aber nach 1945 der Axt zum Opfer fielen. Die jetzt erkennbaren Eichbäume auf dem Friedhof sind jüngeren Datums.

Wenn jetzt bei den kirchlichen Feiern die Gesangbücher hervorgeholt werden, ist wohl so manches Buch dabei, das noch aus der Heimat der Vertriebenen stammt. Man bekam es zur Konfirmation geschenkt, und so mancher Flüchtling nahm sein Gesangbuch mit als guten Wegbegleiter in eine ungewisse Zukunft. Auch **Anna Grau** aus Budweitschen wird wohl ihr Gesangbuch im Flüchtlingsgepäck gehabt haben, denn sonst könnte es nicht nach Hessen gelangt sein, wie eine Eintragung bekundet. Aber die verrät noch mehr, und wenn man die Spuren verfolgt, die sich aus den Inschriften ergeben, wird ersichtlich, dass dieses Gesangbuch eine besondere Geschichte erzählt – wenn man sie zu lesen versteht. Und das will ich jetzt versuchen, denn das Buch befindet sich in meinem Besitz, das heißt, es gehört unserer Ostpreußischen Familie. Schon seit Jahrzehnten, denn es wurde mir zugesandt mit der Bitte, die Familie zu finden, der das Buch zuzuordnen ist – und da dies bisher nie gelang, versuche ich es heute noch einmal.

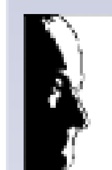
Das Evangelische Gesangbuch für Ost- und Westpreußen mit dem Buchtitel „Lobe den Herrn meine Seele“ wurde noch vor dem Ersten Weltkrieg in der Ostpreußischen Druckerei und Verlagsanstalt in Königsberg i. Pr. gedruckt, Erscheinungsjahr 1909. Anna Grau aus Budweitschen, Kreis Goldap erhielt es anlässlich ihrer Konfirmation am 28. März 1912, wie diese wohl von ihr selber geschriebene Eintragung besagt: „Für Anna Grau zur frommen Erinnerung an meine Konfirmation“. Es gibt keinen weiteren Vermerk in dem Buch bis auf eine sehr viel spätere Eintragung auf der Titelseite: „Spende von Frau Czyselski, Rotenburg/Fulda. Das Buch ist mehrere Male vergraben gewesen. X11. 1980“. Danach müsste das Gesangbuch noch in Ostpreußen vergraben worden sein und das gleich mehrere Male. Wer hat es ausgegraben, wie ist es in den Westen gekommen? Trotz der Erdlagerung ist das über 600 Liedtexte enthaltende Gesangbuch noch in gutem Zustand. Unsere Frage: Leben noch Angehörige der Familie Grau aus Budweitschen und möchten sie das Buch wieder in ihrem Besitz haben? Es gab allerdings zwei Orte dieses Namens im Kreis Goldap, die in den 30er Jahren in Altenwacht und Elsgrund umbenannt wurden. Wenn sich niemand meldet, will ich das Gesangbuch gerne einer Heimatstube oder einem Kirchenkreis übergeben oder es jemanden zukommen lassen, der seinen Erinnerungswert zu schätzen weiß.

Es ist übrigens nicht das einzige Gesangbuch, das ich zu vergeben habe. In unserer „Schatzkammer“ befindet sich auch ein deutsches Gesangbuch aus – Amerika! Es wurde 1931 in Milwaukee gedruckt und von der Evangelisch-Lutherischen Synode Wisconsin herausgegeben. Es ist allerdings etwas mehr als ein Gesangbuch, denn das über 600 Seiten starke Werk ist auch als Lehrbuch für „Kirche, Schule und Haus“ gedacht, es enthält außer 700 Liedtexten den Kleinen Katechismus, Gebete, Episteln und Evangelien und die Augsburgische Konfession in vollem Wortlaut. Irgendwelche persönlichen Eintragungen gibt es nicht, nur ein mit Schreibmaschine geschriebenes Glaubensbekenntnis. Eine Einprägung auf dem Buchdeckel weist es als Eigentum der Sr. Johannes Gemeinde in Lasson, Wis. auf. Auch dieses außergewöhnliche Buch fügt sich in den Rahmen der nun kommenden kirchlichen Gedenktage ein. Alles hat eben seine Zeit.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Vergangene Zukunft

Hat die Deutsche Minderheit bei der Parlamentswahl Schadensbegrenzung betrieben?

Vor 30 Jahren warf der Kinoerfolg „Zurück in die Zukunft“ einen Blick darauf, wie die Welt am 21. Oktober 2015 aussehen sollte. Weltweit feierten Science-Fiction-Anhänger den magischen Tag, und mancher verdrehte die Augen, dass das schon alles 30 Jahre her sein soll. Wen wundert es da, dass die Deutsche Minderheit in der Republik Polen ihrem 25-jährigen Gründungsmythos besonders frönt? Doch für die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen scheint die Zukunft weiterhin vergangen zu bleiben. Hatte sie bei der ersten freien Wahl nach der sogenannten Wende noch sieben Mandate im Sejm errungen, so war der Umfang bis zur letzten Legislaturperiode auf einen Sitz im Parlament geschrumpft. Und erst die Prognosen des späten Sonntagabend befreiten die Deutschen von der Sorge, auch noch diesen einen Platz zu verlieren.

Dieser könnte nun ohnehin letztmalig errungen sein, denn bei der aus der Wahl als Siegerin hervorgegangenen Kaczynski-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), welche die absolute Mehrheit der Mandate errang, konnte man auch im Wahlkampf immer wieder vernehmen, dass es mit der Befreiung von Minderheiten von einer Prozenthürde zu Ende gehen solle. Dabei war der Plural Minderheiten doch eigentlich überflüssig. Denn schon seit den 90er Jahren profitierten nur noch die deutsch optierenden Oberschlesier von dieser Möglichkeit.

Dabei wären die deutschen Oberschlesier eigentlich ein Kernklientel der PiS. Konservativ und katholisch. Doch gerade in der Woiwodschaft Oppeln, wo sie regional eine politische Macht sind, kann die PiS ihre betont antideutsche Attitüde nicht ablegen. Zuletzt hatte deren Kandidat Bartlomiej Markowski beim „kulinarischen Herbstjahrmarkt“ der Minderheitsgliederung „Verein Schlesischer Landfrauen“ in Krappitz einen Auftritt eines deutsch singenden Duos mit den Worten gestört: „Hier ist Polen.“ Dass die jungen Musiker kein polnischsprachiges Stück in ihrem Repertoire hatten, konnte oder wollte er gerade in Wahlkampfzeiten nicht hinnehmen. Die Deutschsprachigkeit hat als Abgeordneter der Minderheit bislang Ryszard Galla verteidigt, der selbst öffentlich kaum ein deutsches Wort spricht.

Aber im Grunde gibt es in der Republik Polen die Konkurrenz zwischen Rechts und Links ohnehin kaum mehr. Die Bewegung um den Rockmusiker Pawel Kukiz, der es auf etwa neun Prozent der Stimmen brachte, bedient ebenso antideutsche Reflexe. Und vermutlich hätte sich Markowski in Krappitz wohl eher über ein Lied wie „Heil Sztajnbach“ (Stinbach) aus dem Munde von Pawel Kukiz gefreut. Da Kukiz als gebürtiger Patschkauer im Oppelner Land quasi Lokalmatador ist, konnte der Sänger, der das Warschauer Establishment gerne als „Statthalter Merkels“ bezeichnet, im westlichen Oberschlesien mit über zwölf Prozent der Stimmen besonders auftrumpfen. Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe war bestenfalls noch die Frage interessant, ob Janusz Korwin-Mikke mit seiner skurrilen monarchieaffinen Rechts-Bewegung noch haarschaft in den Sejm einzieht.

Apropos Verein Schlesischer Landfrauen. Auch deren Vorsitzende Maria Zmija-Glombik ist nicht mehr deutschsprachig, jedoch mit dem Niedergang der deutschen Kultur unzufrieden. Sie wagte es, für die auf 23 Prozent abgestürzte bisherige liberale Regierungspartei Bürgerplattform (PO) zu kandidieren und – aus Sicht der offiziellen Minderheit schlimmer – Ryszard Galla der politischen Untätigkeit zu bezichtigen.

Der von langer Unterdrückung der Oberschlesier geprägte und an Angela Merkel angelehnte Stil des politischen Moderierens, bis die eigentliche Botschaft versandet, ist in Oppeln quasi Minderheitsdoktrin. Im Regionalparlament blieben die Deutschen stets zahnlos, da völlig absehbar war, dass sie sich am Ende doch wieder erbarmten und der erstaunlicherweise gerade in Oppeln antideutschen PO ihre Koalitionsunterstützung garantierten. So blieb man berechen- und ausspielbar. Weit schwerwiegender ist hingegen ein anderes Manko: Die deutsche Wahlliste ist ein Spielgelbild der Verhältnisse in der Woiwodschaft Oppeln geworden, wo die Deutschen sich durch diese Politik Positionen sicherten. Hingegen sind die Deutschen in der mit zahlreichen Großstädten weit bedeutenderen Woiwodschaft „Schlesien“ eine gesellschaftliche Marginalie. Während die Oppelner Deutschen sich zunehmend politisierten, suchten die marginalisierten und eher rein kulturell orientierten Deutschen in Ratibor, Gleiwitz oder Kattowitz den Schulterschluss mit der national offenen Autonomiebewegung, die manche intellektuelle Querdenker in ihren Reihen hat und für die Jugend attraktiv ist. Doch auch hier macht die Minderheit oft eine unglückliche Figur. Anna Ronin etwa wurde als Moderatorin des deutschsprachigen Jugendradiosenders zuletzt als ernstzunehmende Bewerberin um das Ratiborer Stadtpräsidentenamt aufgebaut. Sie scheiterte nur knapp, als ihre Wurzeln diskutiert wurden. Nach außen betonte sie ihre Herkunft. Das klang dann jedoch gar nicht mehr nach deutscher Volksgruppe, sondern so: polnisch, schlesisch *und* europäisch.

Linksparteien, außer der eher partikularen Bauernpartei, werden dem neuen Sejm erst gar nicht mehr angehören. Das Bild vervollständigt nun nur noch die neue, wirtschaftliberale „Nowoczesna“ (Modernes Polen). *Edmund Pander*



ZUM 106. GEBURTSTAG

Janneck, Herbert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 5. November

ZUM 102. GEBURTSTAG

Wilhelm, Helene, geb. **Schlicht**, aus Battau, Kreis Samland, am 4. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Hösel, Johanna, geb. **Botzki**, aus Hutmühle, Kreis Insterburg, am 5. November

Kröll-Troyke, Margarete, geb. **Beyer**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 4. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Perlbach, Heinz, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 4. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Nippa, Frida, geb. **Gallus**, aus Palmnicken, Kreis Samland, und aus Heinrichswald, Kreis Elchniederung, am 1. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Schablowski, Eva, geb. **Schoenfeldt**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 3. November

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, am 3. November

Spürk, Gertrud, geb. **Eich**, aus Rothenen, Kreis Preußisch Eylau, am 5. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Anschütz, Hildegard, geb. **Schanko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 5. November

Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, Bismarckstraße 40, am 4. November

Grusdt, Hans G., aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 3. November

Lüers, Christa-Maria, geb. **Alexander**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 4. November

Meier, Else, geb. **Wietoska**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November

Schroeder, Friedel, geb. **Johann**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 6. November

Toppat, Edith, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. November

Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November

Michalowitz, Amalie, geb. **Wischnewski**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 1. November

Seemann, Horst, aus Rosignaiten, Kreis Samland, am 3. November

Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November

Stempfle, Edit, aus Funken, Kreis Lötzen, am 1. November

Wohlgemuth, Rosemarie, geb. **Hoyer**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Janz, Gertraud, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 2. November

Nogga, Gertrud, geb. **Bach**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 31. Oktober

Wenzel, Lisbeth, geb. **Randt**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 5. November

Zygann, Hilde, geb. **Schönbeck**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bock, Dora, geb. **Wenskus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. November

Büchner, Herta, geb. **Loyal**, Kreis Lyck, am 6. November

Erneke, Liesbeth, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 4. November

Jackisch, Heinz, aus Königsberg-Ponarth, am 1. November

Kalusch, Walter, aus Eisenberg, am 1. November

Nummert, Karl, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 2. November

Olk, Frieda, geb. **Scharnowski**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

Renisch, Irma, geb. **Gramstat**, aus Ebenrode, am 6. November

Uhe, Frieda, geb. **Reitz**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 5. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balzer, Hedwig, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November

Engmann, Günter, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 6. November

Fischer, Elfriede, geb. **Schöttke**, aus Nautzwinkel, Kreis Samland, am 6. November

Göken, Udo, aus Bassum, am 31. Oktober

Kawalleck, Helga, aus Grünau, Kreis Lötzen, am 1. November

Kelch, Edeltraud, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 3. November

Krause, Ruth, geb. **Morser**, aus Seefeld, Kreis Samland, am 1. November

Meier, Annelise, geb. **Kruska**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. November

Müller, Hedwig, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 5. November

Nicolaus, Waltraut, aus Lyck, am 2. November

Smukal, Waltraud, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 1. November

Spauschus, Dr. Bruno, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. November

Stukenbrock, Vera, geb. **Spieswinkel**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 1. November

Weicht, Barbara, geb. **Salewski**, aus Regehnen, Kreis Samland, am 2. November

Zimmermann, Erika, geb. **Trzeziak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Hella, geb. **Alex**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. November

Biesel, Christa, geb. **Legien**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 6. November

Blessing, Gertraud, geb. **Kiparski**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Bludau, Johannes, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 4. November

Daebel, Erich, aus bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. November

Faaß, Charlotte, geb. **Kammer**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 31. Oktober

Geisler, Erika, geb. **Tonk**, aus Grünlanden-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 4. November

Glowatzki, Liesbeth, geb. **Kraffzik**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 6. November

Haese, Martin, aus Kuhdiebs, Kreis Mohrungen, am 5. November

Hellwich, Alfred, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 4. November

Jodeit, Sigrid, geb. **Salomon**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 3. November

Kaufmann, Hannelore, geb. **Weichert**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. November

Kaufmann, Maria, geb. **Schulz**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 5. November

Klatt, Leo, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 4. November

Kraushaar, Irma, geb. Schulz, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 1. November

Kreuzer, Else, geb. **Stinka**, aus soffen, Kreis Lyck, am 5. November

Laschat, Fritz, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 5. November

Laurien, Horst, aus Pillau, Kreis Samland, am 3. November

Mittelstädt, Elfriede, geb. **Brodowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. November

Mulks, Werner, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. November

Rau, Lieselotte, geb. **Erzberger**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 3. November

Renn, Ursula, geb. **Höhn**, verwitwete Renn, aus Hohenwalde, am 4. November

Riegel, Margareta, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 4. November

Samesreuth, Eveline, geb. **Link**, aus Pillau, Kreis Samland, am 3. November

Samoray, Gerhard, aus Klein Krösten, Kreis Lötzen, am 6. November

Schendel, Christa, geb. **Ebersbach**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Schulz, Martha-Maria, geb. **Voewgler**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. November

Sorge, Hildegard, geb. **Teschner**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. November

Struckmeyer, Ruth, geb. **Kramer**, aus Königsberg/Preußen, Friedländer Torplatz 1a, am 31. Oktober

Szepannek, Walter, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 4. November

Truckner, Ursula, aus Germau, Kreis Samland, am 5. November

Weitschat, Fritz, aus Datzken, Kreis Ebenrode, am 2. November

Wenk, Siegfried, aus Mulden, Kreis Lyck, am 2. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bäßler, Brigitte, geb. **Rudzinski**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 6. November

Bredau, Irmgard, geb. **Nehm**, aus Pollwitten, Kreis Samland, am 2. November

Czekala, Waltraud, geb. **Ott**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. November

Dusny, Erwin, aus Treuburg, am 5. November

Ennulat, Eva, geb. **Till**, aus Wehlau, am 6. November

Groth, Elisabeth, geb. **Mattern**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 5. November

Grünke, Edeltraud, aus Lyck, am 3. November

Guder, Hildegard, geb. **Roßlan**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 4. November

Hackbarth, Gisela, geb. **Alexander**, aus Herzogsmühlen, Kreis Treuburg, am 6. November

Lauszus, Helmut, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 3. November

Lorenz, Herbert, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 2. November

Luxa, Werner, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 4. November

Maaß, Emma, geb. **Rohmann**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 31. Oktober

Mettendorff, Hans-Dieter, aus Rößel, am 1. November

Merner, Horst, vorher **Moyseszik**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 5. November

Mlodoch, Otto, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 5. November

Papendieck, Rüdiger, aus Ebenrode, am 3. November

Peters, Karin, geb. **Grigat**, aus Wehlau, am 1. November

Pomorin, Herbert, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Przygodda, Manfred, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Piechottka, Siegfried, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. November

Pulter, Kurt-Joachim, aus Lyck, am 2. November

Scherlies, Siegfried, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. November

Schmidt, Edeltraut, geb. **Piassek**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 3. November

Strek, Irmgard, geb. **Stannehl**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 4. November

Tiburzy, Anneliese, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, am 4. November

Weitschies, Horst, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 4. November

Zielinski, Herbert, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bittner, Klaus-Dieter, aus Wehlau, am 2. November

Dornuff, Gerda, geb. **Przyborowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 5. November

Glaeske, Renate, geb. **Roller**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 3. November

Leipholz, Hans, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 4. November

Neubacher, Paul, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 3. November

Schlien, Dagmar, geb. **Liebe**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 1. November

Schubert, Siegrid, geb. **Saager**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 6. November

Schulz, Manfred, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 1. November

Totzeck, Renate, geb. **Bertsch**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Uhr, Gerda, geb. **Neitz**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober

von Naude, Gisela, geb. **Frantzius**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 1. November



Begett, Herbert, und Ehefrau Gertrud, geb. **Siegmund**, aus Fischhausen, Kreis Samland, und aus Zagern, Kreis Braunsberg, am 4. November

Nach 57 Jahren

Die letzte Adventsfreizeit im Ostheim

Nun heißt es Abschied nehmen. Die endgültig letzte Seniorenfreizeit im Ostheim in Bad Pyrmont, die Abschieds-Adventsfreizeit vom 7. bis 14. Dezember, wirft ihre Schatten voraus. In adventlicher Stimmung wird sich die Belegschaft des Ostheims von ihren jahrzehntelang treuen Freizeitgästen in gewohnt umsorgender Weise verabschieden. Nach über 57 Jahren wird ab 1. Januar 2016 auch dieses „Stück Ostpreußen“, wie die Gäste des Hauses oft zu sagen pflegten, fehlen.

Gemeinsam wollen wir in der Adventsfreizeit ein Stück auf die Weihnachtszeit zugehen. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter, Spaziergängen, Museumsbesuchen, bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Bei den täglichen Kurkonzerten finden Sie angenehme Entspannung und Unterhaltung. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein. So gastiert am 10. Dezember 2015 der Don-Kosaken Chor im Konzerthaus und vom 11. bis 13. Dezember findet wieder das Zar-Peter-Weihnachtswochenende, mit einem großen Festumzug vieler gekrönter Häupter der damaligen Zeit, statt. Am letzten Abend stimmen wir uns mit einem „Adventsabend“ auf das kommende Weihnachtsfest ein und werden Abschied nehmen.

Für diese siebentägige Adventsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 345 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 300 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon: (05281) 9361-0, Fax: (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Termine der LO

2015

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.

7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.

9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.

21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 31. Oktober, 15.30 Uhr, SWR/SR: Die Ostsee (2/2): Zwischen Litauen und Dänemark. Dokumentation, D 2007.

Sonnabend, 31. Oktober, 20.15 Uhr, HR: Elche und Seeadler an Ostpreußens Küste. Dokumentation, D 2002.

Sonntag, 1. November, 23.05 Uhr, ARD-alpha: Der geplatzte Traum von Europa – die Saarabstimmung 1955.

Sonntag, 1. November, 23.25 Uhr, ZDF: Reagans geheime Krieger. Dokumentation, D 2015.

Sonntag, 1. November, 23.45 Uhr, ZDFinfo: Die Verbrechen der Befreier – Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg.

Montag, 2. November, 22.45 Uhr, Das Erste: Die Akte Zschäpe – Die letzten Rätsel des NSU. Dokumentation, D 2015.

Montag, 2. November, 23.30 Uhr, Das Erste: Was wurde aus der NVA? Dokumentation, D 2015.

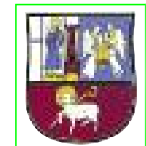
Dienstag, 3. November, 18 Uhr, ZDFinfo: Wie deutsch ist die Queen? – Die Wurzeln des Hauses Windsor

Mittwoch, 4. November, 21 Uhr, 3sat: V-Mann-Land – Spitzel im Staatsauftrag.

Donnerstag, 5. November, 23.20 Uhr, MDR: Die tollkühne Fliegerin Melli Beese – Das Schicksal der ersten deutschen Pilotin aus Dresden.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allensteinlandkreis.de

Auszeichnung für Sierzputowski

Bundespräsident Joachim Gauck, verlieh Adam Sierzputowski, dem ehemaligen Landrat des Landkreises Allenstein [Olsztyn], auf Anregung des Landkreises Osnabrück, dem Partner des Landkreises Allenstein, das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Sierzputowski erhielt die hohe Auszeichnung in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die deutsch-polnische Versöhnung, Verständigung und Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Die Feierstundefand fand in dem mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne geschmückten großen Sitzungssaal des Kreishauses in Allenstein [Olsztyn] am 25, September statt. In Anwesenheit von Fernsehen, Presse und Honoratioren, sowie Partnern und Wegbegleitern hatte es die Generalkonsulin Pieper, Staatssekretärin a.D., übernommen, Sierzputowski mit dem Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen.

Das herausragende Verdienst des Geehrten lag in der Herbeiführung von Partnerschaften zwischen polnischen und deutschen Städten und Großgemeinden sowie Schulen und Verbänden aus beiden Landkreisen. Großen Anteil daran hatten auf deutscher Seite Landrat a.D. Manfred Hugo, zahlreiche Bürgermeister, Verbandspräsidenten, Schulleiter und ganz besonders der damalige Bundestagsabgeordnete Georg Schirmbeck sowie der frühere Kreisvertreter Leo Michalski (†) und die Gemeinde Hagen am Teutoburger Wald, welche die erste war, die mit einer ehemals ostpreußischen Stadt, nämlich mit Wartenburg [Barczewo], eine Partnerschaft auf kommunaler Ebene einging.

Zahlreiche Festredner zeigten die Leistungen des ersten polnischen Landrates nach Wiedereinführung der Stadt- und Landkreise in Polen in der Zusammenarbeit mit dem Landkreis Osnabrück und der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land auf und sprachen ihm Anerkennung und Dank aus. Für den Landkreis Osnabrück hielt die Vizelandrätin Susanne Breiwe eine beachtenswerte Rede, in der sie ausführte: „Neben der Partnerschaft der heutigen Landkreise gibt es parallel noch eine Partnerschaft zwischen dem Landkreis Olsztyn und der Vertretung der einstigen deutschen Verwaltung des früheren Landkreises Allenstein, der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land. Eine solche Verbindung ist in der Geschichte der europäischen Partnerschaften einzigartig, und sie dokumentiert den beiderseitigen Willen nach Versöhnung und Freundschaft.

Aus dieser Freundschaft sind zahlreiche Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in beiden Landkreisen entstanden und gefestigt. Oft begann dies mit Kontakten zwischen den Verwaltungen, gefolgt von Kontakten zwischen Feuerwehr zu Feuerwehr oder Kirchen. Immer stand der persönliche Kontakt im Mittelpunkt. In den schon traditionellen Jugendcamps sind unzählige persönliche Freundschaften zwischen Deutschen und Polen entstanden.“

Aus Osnabrück waren 18 Delegierte angereist, darunter der langjährige Landrat a.D. Manfred Hugo, der frühere Bundestagsabgeordnete Georg Schirmbeck, drei ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Hagen am Teutoburger Wald und drei Vorstandsmitglieder der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land. Unter diesen befanden sich sechs Ehrenmitglieder der Kreisgemeinschaft.

Horst Tuguntke

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Oben: Die deutsche Generalkonulin in Danzig händigte Adam Sierzputowski das Bundesverdienstkreuz aus. Links: Herbert Monkowski (l.), Ehrenvorsitzender von Allenstein-Land, gehörte zu den ersten Gratulanten Bilder (2): Hahnkamp



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

63. Treffen der Insterburger

Am 9. und 10. Oktober kamen die Insterburger aus Stadt und Land zum 63. Mal in der Patenstadt Krefeld zusammen. In diesem Jahr trafen sich die Landsleute aus ganz Deutschland in fast familiären Rahmen im Gemeindezentrum der Krefelder Friedenskirche.

Im Vorfeld fand am 9. Oktober die Jahreshauptversammlung beziehungsweise Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land statt. Der bisherige Vorstand wurde entlastet. Den alten Ratsmitgliedern wurde gedankt und die neuen in der Runde begrüßt. Anschließend wählten die neuen Ratsmitglieder den Vorstand der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land. Als Vorsitzender wurde Reiner Buslaps bestätigt. Sein Stellvertreter wurde Jürgen Böhlke, Vorstandsmitglied wurde Andreas Heiser.

Der Gottesdienst in der Krefelder Friedenskirche bildete den Auftakt des Jahreshaupttreffens. Pfarrer im Ruhestand Manfred Bautz griff in seiner Predigt das Gleichnis vom barmherzigen Samariter auf und stellte Bezüge zur aktuellen Flüchtlingsthematik her. In der Kirche lud ein Gesteck zum stillen Gedenken an die durch Flucht und Vertreibung umgekommenen Verwandten und Freunde ein. Die Kollekte kommt der diakonischen Arbeit der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Insterburg (Tschernjachowsk) zugute.

Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land, Reiner Buslaps, begrüßte am Nachmittag 45 Landsleute, ihre Angehörigen und Freunde Ostpreußens. Buslaps lobte in seiner Rede den 20. Juni als Gedenktag der Heimatvertriebenen, der 2015 erstmals von der Bundesregierung eingerichtet wurde. Er werde dazu beitragen, dass die Erinnerung an das Schicksal und die Kultur der deutschen Heimatvertriebenen lebendig bleibt. Auch mit den Veranstaltungen zum 65. Tag der Heimat haben die Vertriebenen für die Menschenrechte demonstriert – und damit für die freiheitlich demokratischen Grundwerte des Staates, den sie mit aufgebaut haben.

Im Namen der Mitglieder der Ratsversammlung dankte er den erschienenen Gästen für ihre Bereitschaft, durch ihre Teilnahme am Treffen Stadt und Landkreis Insterburg fest in der Erinnerung zu bewahren. Auch der Stadt Krefeld dankte er für die nun schon über 60-jährige Patenschaft und Gastfreundschaft.

Dank ging auch an die Verantwortlichen in den acht regionalen Insterburger Heimatgruppen für ihre Arbeit. Zwei von ihnen – die Schweriner und die Darmstädter – führten mit organisierten Reisen die Heimatfreunde auch in diesem Jahr zurück ins alte Insterburg. Die Kontakte zu vielen Bürgern, zur evangelischen Kirche, zu Institutionen und zur offiziellen politischen Leitung seien von Bedeutung, zumal man mit großem Wohlgefallen verspüre, dass man dort an der deutschen Geschichte und an den Kontakten interessiert sei. „Ostpreußische Kultur und Geschichte an Ort und Stelle wieder zu beleben oder sie zurück in unsere alte Heimat zu tragen, das sollte unser Anliegen sein.” Ansonsten, so seine Mahnung, werde eines Tages das nördliche Ostpreußen in Vergessenheit geraten sein.

Prominente Vortragskünstler müssen zum Krefelder Treffen nicht gebucht werden, das machen die Insterburger schon selbst: Mit Gedichtvorträgen und Gesang – natürlich auch dem Ostpreußen-Lied.

Auch wenn der Kreis der Teilnehmer sehr viel kleiner geworden ist, die Atmosphäre ist die gleiche geblieben: Die Verbindung durch gemeinsame Wurzeln, Vertrautheit durch einen langen gemeinsam gegangenen Weg. e



Sie gestalten in den nächsten vier Jahren die Kreisgemeinschaft Insterburg in der Ratsversammlung mit (v.l.): Peter Matuschik, Kurt Klaus, Reiner Buslaps, Veronika Grallert, Andreas Heiser, Audlind Vohland, Margret Matuschik, Dietrich Uffhausen, Brigitte Spillecke, Klaus Punschus und Jürgen Böhlke (nicht auf dem Bild ist Alfred Warschat) Bild: privat



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Willie Reck zum 80. Geburtstag

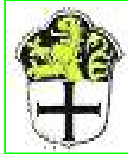
Willie Reck ist am 1. Oktober 1935 in Kreuzofen, Kreis Johannisburg, geboren. Nach Familiengründung und Berufstätigkeit kam er im Jahre 1998 zur Kreisgemeinschaft Johannisburg. Als „Neuling“ in der Betreuungsgruppe für die Heimatverbliebenen im Kreis Johannisburg zuerst im Jahre 2000 tätig, sollte er dieser bis 2008 fast jährlich angehören. Eine weitere Aufgabe war die Vorstellung des Jahresberichts während der jährlichen Feierstunde beim Hauptkreistreffen der Johannisburger im Goldsaal der Westfalenhallen in Dortmund, die er seit seiner Wahl zum Kreisvertreter im September 2003 in der Nachfolge von Gerhard Wippich innehatte. Nach verantwortungsvollen und arbeitsreichen sechs Jahren ging dieses Amt auf Manfred Solenski über.

In seine Amtszeit fiel die Fertigstellung des ehemaligen deutschen Stadtfriedhofs (heute Friedenspark) in Johannisburg [Pisz] mit der Einweihung der dortigen Kapelle, ebenso die 300-Jahr-Feier seines Heimatortes Kreuzofen am 22. Juli 2006. Eine gern ausgeübte Tätigkeit waren die Ehrungen mit der Verleihung der silbernen Ehrenspange an Personen, die sich um die Kreisgemeinschaft verdient gemacht haben. In Trauer dagegen erfolgten die Nachrufe beziehungsweise Ansprachen am Grabe etlicher Kreisangehöriger. Beides bestritt Willie Reck mit angemessener Sachlichkeit und menschlicher Wärme.

Ein besonderes Ereignis war jeweils die Veranstaltung zur Vorstellung des von Ulf Wöbcke verfassten Buches „Johannisburg in Preußen“. Im Kreishaus Schleswig an Kreispräsident Schröder und Landrat von Gerlach, in München dem bayerischen Ministerpräsidenten Beckstein und dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen von Gottberg sowie in Johannisburg an dortige Repräsentanten und mit der Geschichte der Stadt Betraute überreicht, konnte er zusammen mit dem Verfasser auf die kleine Kreisstadt im Süden des ehemaligen Ostpreußen aufmerksam machen, ihr und ihrer Bewohner Schicksal aufzeigen und ihr so in der Erinnerung der Menschen ihren Platz in der Geschichte bewahren.

In Ansprachen, schriftlichen Berichten und Gesprächen war stets Willie Recks Liebe zur angestammten Heimat, seinen Landsleuten „zu Hause“ wie im neuen Umkreis, seine Liebe zur heimatlichen Sprache, ihrem Humor und Witz sowie seine allgemeine Menschenliebe spürbar. Neben den bereits erfolgten Auszeichnungen und Ehrungen danken wir Willie Reck für die Zeit, die er der Kreisgemeinschaft gegeben hat, auch für die Geselligkeit, die er mit uns geteilt hat.

Ihm und seiner ebenso geschätzten Ehefrau Ingrid wünschen wir noch viele gesunde und glückliche gemeinsame Jahre.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Telefon (04231) 15589, Bürozeiten: dienstags von 13 bis 15 Uhr, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Helfer gesucht

Wer möchte bei der Archivierung helfen? Die Kreisgemeinschaft sucht dringend einen ehrenamtlichen Helfer für die Einarbeitung der Schriftstücke und anderen Archivalien, die in den letzten Jahren zum bisherigen Bestand des Kreis-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

archivs hinzugekommen sind. Das Archiv ist im Rahmen eines Computerprogramms in digitalisierter Form erstellt. Die Arbeit erfordert einen PC mit dem Betriebssystem von (mindestens) Windows 7. Der ideale Arbeitsplatz befindet sich in unserem Dienstzimmer in der Landkreisverwaltung Verden, wo ein solches Gerät steht. Die Tätigkeit ist jedoch auch an jedem anderen Ort mit entsprechender Ausrüstung denkbar. Für die notwendige Anleitung wird gesorgt. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Die Tätigkeit ist – nach Einarbeitung – technisch einfach und bietet andererseits interessante Einblicke in die Geschichte und Landeskunde Ostpreußens. Interessenten-Meldungen oder Rückfragen bitte an Christine Bilke-Krause, Telefon (0172) 62 66 398, E-Mail: C.bilke-krause@gmx.net.

Kreistreffen, Teil II

Hier der zweite Teil des Berichtes von Martin Lehmann über das Kreistreffen in Verden:

Am Sonnabendnachmittag und Abend versammelten sich die Mitglieder der Kreisgemeinschaft im großen Saal des Niedersachsenhofs zu ihrem eigentlichen Treffen. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Teilnehmer angereist. Sie tauschten nicht nur Erinnerungen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit aus – dafür sind in unseren Reihen schon zu viele Lücken entstanden, und viele Teilnehmer sind weit jünger –, sondern reflektierten auch gemeinsame Reisen in die Heimat und die landsmannschaftliche Arbeit. Auch wurde wieder kräftig politisiert. Der Kreis der Besucher ist inzwischen zu einer großen Familie zusammengewachsen.

Da nur ein halber Tag zur Verfügung stand und dennoch auch Kultur geboten werden sollte, war das Programm konzentriert: Am frühen Nachmittag war Gelegenheit, bei Kaffee und fast heimischem Blechkuchen Informationen auf Bezirksbeziehungsweise Ortsebene auszutauschen. Elfi Hoppe unterhielt uns mit ostpreußische Kurzgeschichten und Schwänken. Dann gab Luise Wolfram (Verfasserin des Buchs „Störche kennen keine Grenzen“) kurz die Geschichte Ostpreußens wieder und informierte mit ausgezeichneten Fotos über den russischen Teil und die Lage der dortigen evangelisch-lutherischen Kirche. Nach einer Stärkung mit Königsberger Klopsen wurden noch zwei Filme aus der Vorkriegszeit über das Brauchtum in Ostpreußen gezeigt. Dazwischen lockerte die Big Band des Verdener Gymnasiums am Wall die Stimmung auf. Der Abend war mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied eingeleitet worden. Wie gewohnt wurden im Vorraum Ostpreußenliteratur, Neuerscheinungen und viel Antiquarisches, sowie Marzipan von Schwermer, Bärenfang und andere Spirituosen angeboten.

Am Sonntagvormittag wurde in der traditionellen Feierstunde der Toten gedacht. Die Kreisvertreterin wies auf das Erbe und die Aufgabe hin, die uns unsere Vorgänger übertragen haben. Das Geistliche Wort sprach die Verdener Superintendentin Elke Schölper. Im Grußwort des Landrats Peter Bohlmann klang die Flüchtlingssituation im Landkreis Verden vor 70 Jahren an. Von den Einwohnern des Landkreises Verden seien in der Nachkriegszeit 30 Prozent Vertriebene gewesen. Diese Tatsache erklärt sicher auch das Verständnis der Bevölkerung und der Verwaltungen von Landkreis und Stadt Verden für unser Anliegen und die nun schon jahrzehntelange Unterstützung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau und stimmt uns auch für die kommenden Jahre zuversichtlich. Die Feierstunde wurde musikalisch umrahmt vom Posaunenchor Dörverden-Stedorf. Zum Abschluss legten, wie in der vergangenen Jahren, die Kreisgemeinschaft und die Partnerkommunen ihre Kränze am Mahnmal für den deutschen Osten im Bürgerpark nieder. Für die Hin- und Rückfahrt stand ein Shuttle-Bus zur Verfügung.

Nach dem Mittagessen endete die Begegnung allmählich. Die am weitesten entfernt wohnten, verabschiedeten sich zuerst – „bis zum nächsten Mal!“, und einigen Vorstandsmitgliedern blieb noch die Arbeit des Aufräumens und Abrechnens. Ihnen, die zuerst gekommen und zuletzt gefahren sind, ebenso Carola Schäfer, Frau Geiß und nicht zuletzt auch Dörte Lübkemann, der zuständigen Abteilungsleiterin der Landkreisverwaltung, gebührt unser aller besonderer Dank für ein gelungenes Treffen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Königin-Luisen-Schule/Oberlyzeum zu Tilsit

Unser Schultreffen 2015 fand am 8. und 9. Juni in Bad Bevensen im Hotel „Berlin“ statt. Anreisetag war für die meisten der 7. Juni, sodass es da schon ein erstes Zusammentreffen mit Kaffee und Kuchen gab. Der erste Vormittag begann mit der Ehrung der Verstorbenen. Weiter ging es mit „Agnes Miegel“. Ich berichtete, dass man erst kürzlich das Denkmal der Dichterin aus dem Bad Nenndorfer Kurpark entfernt hatte, weil sie Mitglied der NSDAP gewesen war. Dazu las ich einen Artikel aus der *PAZ* vor mit der Überschrift „Das hat sie nicht verdient“. Dem konnten wir nur zustimmen, da wir das Hitler-Regime noch selbst erlebt haben und wissen, dass nicht jeder das System von Anfang an durchschauen konnte und dass man in einer irgendwie herausragenden Position sich einem Beitritt zur Partei kaum entziehen konnte, ohne sich in ernsthafte Gefahr zu bringen. Anschließend gab ich einen kurzen Abriss des Lebenslaufes unserer „Mutter Ostpreußens“ und las einige ihrer Gedichte vor.

Am zweiten Vormittag beschäftigte uns der Fluchtbericht einer Luisenschülerin, die aus gesundheitlichen Gründen selbst nicht an unserem Treffen teilnehmen konnte. Sie war im Spätherbst 1944 mit Mutter und Verwandten in einem Treck aus dem Memelland geflüchtet. Nach einer längeren Ruhepause bei Verwandten im Kreis Heiligenbeil wurde Anfang Februar 1945 das Frische Haff überquert, als das Eis bereits zu tauen anfing. Über Danzig gelangte der Treck dann durch Hinterpommern und Swinemünde bis zum schon in Schleswig-Holstein gelegenen Schalsee, wo die Pferde schließlich zusammenbrachen. Als das anfänglich von Engländern besetzte Gebiet am Schalsee infolge einer Grenzkorrektur Teil der russischen Besatzungszone werden sollte, konnte die Familie sich noch nach Schleswig-Holstein umsiedeln lassen.

Am Nachmittag machten wir eine Kaffeefahrt zu einer nahegelegenen Obstscheune, wo es außer gutem Kuchen auch einen großen Obstmarkt mit Obstschnäpsen und hübschen Reiseandenken gab. Für den zweiten Nachmittag nahmen wir uns eine größere Fahrt mit Taxis vor zum „Arboretum“ bei Melzingen, das wir vor sechs Jahren schon kennengelernt hatten, als es noch bequem mit dem damals täglich verkehrenden „Entdeckerbus“ zu erreichen war. Dieser Garten ist das Lebenswerk von Christa Winnings, die nach dem zweiten Weltkrieg als Flüchtling in diese Gegend gekommen war. Zunächst als Nutzgarten angelegt, dessen Produkte auf dem Uelzener Wochenmarkt verkauft wurden, machte sie später einen Erinnerungsgarten daraus, für den sie Samen aus dem elterlichen Park in der Mark Brandenburg mitbrachte. Ab 1968 kamen dann Samen und Sämlinge von zahlreichen Weltreisen dazu, sodass ein Sammlergarten entstand.

Als wir 2009 zum ersten Mal dort waren, hatten wir Frau Winnings noch im Rollstuhl durch den Garten fahren sehen, und einige von hatten ein kurzes Gespräch mit ihr gehabt. Inzwischen ist sie verstorben; doch ihr Garten bleibt durch eine gemeinnützige Stiftung erhalten. Uns interessierte natürlich auch das Gartenkaffee mit hausgebackenen Kuchen. Eine nette Bedienung machte dann an einer besonders schönen Stelle des Gartens das diesjährige Gruppenfoto von uns. Unser Luisenschultreffen 2016 ist für den 6. und 7. Juni geplant. Anreise je nach Entfernung bereits am 5. Juni. *Vera Jawtusch geb. Pilch, Vorsitzende*



Preußisch Eylau: Am Mahnmal für den deutschen Osten im Verdener Bürgerpark legten die Teilnehmer des Kreistreffens Kränze nieder Bild: privat

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

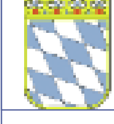
Landesgruppe – Sonnabend, 31. Oktober, 14,30 Uhr, Großer Saal Haus der Heimat: Herbstfest der LM Westpreußen. Alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen.

Buchen – Sonnabend, 7. November, 14 Uhr, Pfarrscheune neben der Kirche, Hainstedt: „Herbst-Dankes-Fest“ mit Gänsebraten und Tombola. Bürgermeister Klaus-Dieter Brunotte aus Bad Mergentheim wird über den Deutschen Orden erzählen.

Reutlingen – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Jubiläumsfeier „65 Jahre Landsmannschaft Ost-/Westpreußen“ mit großem Programm. Alle Mitglieder und ihre Angehörigen sind herzlich eingeladen. Anmeldungen unter Telefon (07121) 52541.

Ulm/Neu Ulm – Sonntag, 15. November, 10.30 Uhr, Donauschwabenufer, Stadtmauer unter dem Saumarkt: Gedenkstunde mit Kranzniederlegung zum Volkstrauertag.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 11. November, 14 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Der Leitspruch „Die tausendfältigen inneren und äußeren Bedrohungen würdig zu bestehen, das ist die Leistung eines tapferen Herzens“ soll das Thema an diesem Nachmittag mit Lesungen und persönlichen Kommentaren sein.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 31. Oktober, 9.30 Uhr, Tagungsraum, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen: Landeskulturtagung. Auf dem Programm steht unter anderem eine Lesung des ostpreußischen Literaten Arno Surminski. Gleichzeitig kann eine Ausstellung aus Anlass seines 80. Geburtstages besichtigt werden. Weitere Programmpunkte sind unter anderem „Das Wiedererstehen ostpreußischer Schlösser – das Beispiel Eichmedien“ – ein Vortrag von Christian von Redecker aus Neu Gülzow, sowie „Unbeschwerte Zeit!? – Jugendjahre auf ostpreußischen Gütern und Schlössern“ – eine Projektpräsentation von Gabriela Czarkowska-Kusajda aus Allenstein.

Da Aufgrund des Auftrittes von Arno Surminski mit einem hohen Besucherandrang zu rechnen ist, bitten die Veranstalter um rechtzeitige Anmeldung bis spätestens Montag, 26. Oktober. Weitere Informationen: Jürgen Danowski, Telefon (0981) 4884949, E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de.

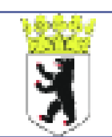
Ansbach – Sonnabend, 14. November, 14.30 Uhr, Orangerie: Gedenken zum Volkstrauertag. Anschließend gemütliches Beisammensein.

Bamberg – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit dem Vortrag: „Die Rolle der Deutschen in den baltischen Staaten“.

Kitzingen – Sonntag, 1. November, Neuer Friedhof: Kranzniederlegung zu Allerheiligen am Kreuz der Heimat.

Landshut – Dienstag, 3. November: Gedenken der verstorbenen Landsleute. Um 11.45 Uhr am Achdorfer Friedhof, um 12.30 am Nord-Friedhof und um 13.30 Uhr am Hauptfriedhof. Anschließend gemeinsames Treffen im Café „Blaue Stunde“. – Dienstag, 17. November, 14 Uhr, Gasthof Zur Insel: Gemeinsames Treffen

München – Sonnabend, 7. November, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, , Am Lilienberg 5, 81669 München: Kaffeetafel. Anschließend Filmvorführung „Die Samlandbahn – Königsberg – Rauschen – Cranz“. – Freitag, 13. November, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Zusammenkunft der Frauengruppe.



BERLIN

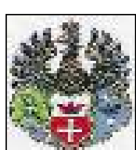
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



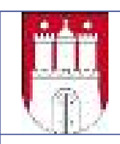
Rastenburg – Sonntag, 8. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 11. November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Totengedenken. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



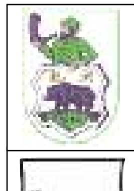
Königsberg – Freitag, 20 November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortange Telefon 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

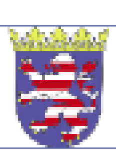
KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Frauengruppe – Sonnabend, 7. November, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: Kathrinchen- und Pfefferkuchenstand. Danach: Café Bernstein.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Nach einem gelungenen Erntedankfest am 17. Oktober 2015 laden wir zu unserem Treffen am 14. November recht herzlich ein. Wir treffen uns wie gewohnt um 15 Uhr im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt-Kranichstein. Bei Kaffee, Kuchen und „Plachandern“ wollen wir den Nachmittag verbringen. Außerdem zeigen wir an diesem Nachmittag den Zeitzeugen-Film über Ruth Geede „Aus dem leben einer Ostpreußin“. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme an dieser Veranstaltung und wünschen allen Kranken eine gute Genesung. *Christian Keller*

Wiesbaden – Dienstag, 10. November, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Quiznachmittag der Frauengruppe. – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Vortrag zum Thema „Deutsche in der Slowakei“. Aus dem Inhalt: Seit mehr als 800 Jahre leben deutsche Siedler auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Dieter Schetat berichtet mit Bildern über die Hauptsiedlungsgebiete Preßburg und Umgebung, die deutschen Sprachinseln in der Zips sowie das Hauerland. Außerdem sehen Sie Bilder von der Hohen Tatra.

Bringen Sie bitte auch Gäste zu der Veranstaltung mit. – Sonntag, 15. November: Volkstrauertag. Den Beginn der Südfriedhof-Gedenkstunde bitte der Presse entnehmen. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden einen Kranz nieder.

Wetzlar – „Von Siegen nach Kaliningrad und dann nach Königsberg und Ostpreußen“ – so lautet das Thema eines Vortrages bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen – Kreisgruppe Wetzlar am Montag, 9. November, um 19 Uhr. Dazu spricht der Historiker Dr. Peter Wörster (Marburg) im Restaurant „Grillstuben“ (Stoppelberger Hohl 128). „Autobiografische Streifzüge eines Siegerländers am Ende seines Arbeitslebens“, hat Wörster seinen Vortrag untertitelt. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 31. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48–49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): Große Herbsttreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute mit Angehörigen und Interessenten von nah und fern sehr herzlich eingeladen. Themen sind Erntedank auf Ostpreußisch und das 20. Landestreffen in Schwerin, aber auch die aktuelle Flüchtlingslage. Festlich umrahmt wird der Tag vom Posaunenchor Bansin/Usedom. Aus Königsberg kommt das Folklore-Ensemble „Russisches Lied“, das geistliche Choräle, deutsche, russische und ostpreußische Volkslieder vortragen wird. Der Shanty-Chor „De Klaashahns“ aus Rostock-Warnemünde hat ebenfalls ein buntes Programm vorbereitet. Für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze ist, wie immer, gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

Zum Herbsttreffen startet zugleich die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen 2015“. Wie jedes Jahr zum 2. Advent geht von Anklam aus ein Hilfstransport zu den deutschen Vereinen im Memelland, das heute zu Litauen gehört. Päckchen im Wert von 10 bis 15 Euro können im Volkshaus abgeben werden. Die Ostpreußen reichen den Menschen, die heute in ihrer Heimat leben, die Hand. Wann kann dies symbolischer sein als gerade zu Weihnachten?



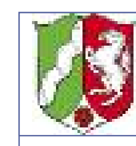
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen.

Rinteln – Donnerstag, 12. November: Im Anschluss an den Vortrag im Oktober „... bis zum Trakehner“ wird bei diesem Monatstreffen Joachim Berg einen Film über „Trakehner“ zeigen. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de.

Im Zusammenhang mit dieser aktuellen Veranstaltung wird auch auf die Webseite www.myheimat.de/2690961 verwiesen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 31. Oktober, 10 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Tagung zum Thema „70 Jahre CDU – Christdemokratie und historischer deutscher Osten: Positionen und Profile“ – Montag, 2. November, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Das schlesische Zeitschriftenwesen in der BRD nach 1945 und die Zeitschrift „Schlesier“ – Vortrag von Wolfgang Kessler. – Mittwoch, 4, November, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 5. November, 17 Uhr, Foyer des Eichendorff-Saales: Eröffnung der Ausstellung „Schloss Lekow – Renaissance eines Gutes in Pommern“. Die Ausstellung läuft bis zum 18. Dezember. – Donnerstag, 5. November, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 6. November, 19 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: „Von Träumern und Visionären – Zum 100. Todestag von Alexander Skrijabins“ – Klavierkonzert mit Mariko Sudo. Sonnabend, 7. November, 18 Uhr, Restaurant Akropolis, Immermannstraße 40: traditionelles Gänseessen. Anmeldungen bei Telefon (0211) 682318. – Dienstag, 10. November, 8,45 Uhr: Tagesexkursion nach Münster. Freitag, 13. November, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Dienstag, 17. November, 19.30 Uhr, Maxhaus, Schulstraße 11: Podiumsdiskussion zum Thema „Außenpolitik und Versöhnung – 50. Jahrestag des Briefwechsels zwischen polnischen deutschen Bischöfen“. – Mittwoch, 18. November, 15 Uhr, Eichendorff-Saal: „Lernt polnisch“.

Essen – Freitag, 20. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Die aktuelle Situation in der Bundesrepublik und bei den Vertriebenen.

Ennepetal – Sonntag, 15. November, 11.30 Uhr. Friedhof in Ennepetal-Voerde: Volkstrauertag.

Neuss – Sonntag, 15. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Teilnahme an der Feierstunde zum Volkstrauertag.

Wesel – Sonnabend, 14. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Kulturabend (27. Preußische Tafelrunde). „Der Traum der Menschheit: Der Flug zum Mond“ heißt der Vortrag des Kulturreferent Paul Sobotta. Traditionell werden Schnittchen, belegt mit geräucherter Gänsebrust, dazu Tee mit Rum oder Zitrone angeboten. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich dazu eingeladen. Anmeldungen bis zum 31, Oktober bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

Witten – Montag, 16. November, 14.30 Uhr, Versammlungsraum Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Alltag in Ostpreußen“ – Film aus den 30ger Jahren.

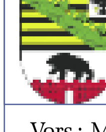


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Montag, 9. November, 12 Uhr, Gaststätte Schillerstube, Kapellengasse, Ludwigshafen-Oggersheim: Gänseessen mit anschließendem Kaffeetrinken.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 7. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Heimatnachmittag mit einem Bildervortrag von Johann Jotzo über Osterbesuch in Ostpreußen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 9. November, 14 Uhr, Krötenhof, Wasserstadt 50: Gedenken aller Kriegsopfer.

Magdeburg – Dienstag, 3. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 6. November, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 8. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Volkstrauertag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Edmund Ferner zeigt einen Lichtbildervortrag über seine abenteuerliche Reise mit Fehmaranern, die vom Pazifik zum Atlantik, von Chile mit dem Auto über die Anden nach Argentinien und dann weiter nach Rio fährte. Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 15. November, 15 Uhr: Gänseverspielen.

Mit opulentem Nonstop-Programm

Beim 20. Landestreffen in Schwerin füllten über 2000 Besucher die Kongresshalle bis auf den letzten Platz

Es war ein rauschendes Jubiläumsfest – das 20. Landestreffen der Ostpreußen am 26. September. Mit über 2000 Besuchern war die Sport- und Kongresshalle Schwerin bis auf den letzten Platz gefüllt. Hochkarätige Gäste gaben sich die Ehre, so der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Deividas Matulionis, die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und der Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, sowie etliche Vertreter ostpreußischer Kreisgemeinschaften. Busse kamen nicht nur aus Anklam, Greifswald und Neubrandenburg, sondern auch aus Iserlohn, Hamburg und Reutlingen. Etwa 300 Besucher waren erstmals dabei. Denn die Landesgruppe der Ostpreußen hatte zum Jubiläum ein opulentes Nonstop-Programm vorbereitet: 130 Landsleute brachten musikalische Grüße direkt aus der Heimat mit. Das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern umrahmte diesen Tag, der den Ostpreußen und Gästen von nah und fern viel zu geben hatte.

Organisiert wurde die Großveranstaltung vom Landesvorsitzenden der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Schukat, mit einem 40-köpfigen ehrenamtlichen Helferkreis. Seit 1996 finden diese Landestreffen jährlich wechselnd auch in Rostock und Neubrandenburg statt. Die große Sport- und Kongresshalle Schwerin war bereits tags zuvor von fleißigen Händen mit leuchtenden Sonnenblumen und den Schildern der 40 ostpreußischen Heimatkreise festlich ausgeschmückt worden. Emotionaler Höhepunkt war der feierliche Einzug aller ostpreußischen Heimatfahnen in die Halle, begleitet vom Landespolizeiorchester unter den Klängen von „Preußens Gloria“. Vielen Landsleuten war es eine Ehre, ihre jeweilige Heimatfahne tragen zu dürfen. Es folgte die Andacht von Pfarrer Oswald Wutzke, der selber aus Wolhynien stammt und nach der Wende erster Kultusminister von Mecklenburg-Vorpommern wurde.



Ersang sich besonders viel Beifall: Der russische Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen Bilder (3): Schülke

Nach dem ergreifenden Totengedenken an das Kriegsende, Flucht und Vertreibung vor 70 Jahren hatte das Landespolizeiorchester eigens die litauische Nationalhymne einstudiert. Damit wurde als höchster Ehrengast der litauische Botschafter begrüßt. Deividas Matulionis erinnerte in seiner Ansprache an die über 500-jährige friedliche Nachbarschaft Litauens zu Ostpreußen, die seinem Land viel gegeben hat. „Das haben wir nicht vergessen“, so der Botschafter. Sodann stellte er das Buch des Jahres 2012 in Litauen, „Mein Name ist Maryte“ über die ostpreußischen Wolfskinder vor. Der Botschafter überreichte dem Landesvorsitzenden ein Exemplar und signierte jedes Buch, das auf dem Büchertisch in der Vorhalle zu kaufen war. Manfred Schukat entgegnete: „Und wir Ostpreußen werden Litauen nicht vergessen, was es für die Wolfskinder getan hat!“

Das Ostpreußenlied zum Finale

Ebenfalls großen Applaus bekam Justizministerin Uta-Maria Kuder, als sie dem Landesvorsitzenden einen Förderbescheid von 12500 Euro für die völkerverbindende Arbeit der Landsmannschaft in Mecklenburg-Vorpommern überreichte. In ihrer Ansprache zog die Ministerin Parallelen zum heutigen Flüchtlingsproblem, worauf Schukat entgegnete: „Wir Ostpreußen wären nach 1945 zu Fuß zurück nach Hause gegangen, wenn man uns nur gelassen hätte. Die Ursachen von Flucht und Vertreibung müssen in den Herkunftsländern gelöst werden.“ Als darauf der Bundessprecher der Ostpreußen, Stephan Grigat, mit dem Ostpreußenlied begrüßt wurde, sangen die Besucher stehend mit. In seinem Grußwort betonte der Sprecher: „Ostpreußen lebt – das ist auch heute und hier wieder zu sehen!“ Weitere Grußworte entboten Magdalena Piklaps für die Deutschen im Memelland, Barbara Ru ewicz für die Landsleute in Ermland und Masuren, Landwirt Paul Gollan, der noch bei Bischofsburg seinen elterlichen Hof bewirtschaftet, sowie Jochen Zauner für den Bund Junges Ostpreußen und Karsten Richter, Landesgeschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der gemeinsam gesungenen dritten Strophe des Deutschlandliedes endete die würdige Feierstunde.

In der Vorhalle waren nicht nur die Stände mit Bärenfang, Heimatbüchern und Bernstein dicht umlagert – regen Zuspruch fanden auch die Ausstellungen des Ostpreußischen Kulturzentrums Ellingen sowie der Kriegsgräberfürsorge, die vor Ort fünf Soldatenschicksale aufklären konnte.

Das nun folgende Kulturprogramm war so gefüllt, dass sogar die Mittags- und Kaffeepausen durchgemacht werden mussten. Die schwierige minutiöse Moderation meisterte in bewährter Weise Heimatsänger Bernstein. Aus der Heimat begeisterten die Chöre Heydekrug, Memel, Heilsberg, Peitschendorf und Lötzen sowie das Hermann-Sudermann-Gymnasium Memel. Aus Mecklenburg-Vorpommern sorgten das Kinder- und Jugendensemble „Richard Wossidlo“ Ribnitz-Damgarten sowie der Shanty-Chor „De Klaashahns“ für Stimmung. In einer schier endlosen Polonaise zogen die Besucher Runde um Runde durch den Saal. Besonders viel Beifall erntete der russische Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen, der mit zwei Konzerten zum Landestreffen seine Deutschlandtournee beendete. So war um 17 Uhr noch lange nicht Schluss – die meisten Besucher blieben bis zum großen Finale. Dazu kamen alle Mitwirkenden noch einmal auf die Bühne und stimmten gemeinsam das Ostpreußenlied an. Der Landesvorsitzende dankte der fleißigen Helferschar am Einlass, der Kasse und den Ständen sowie den vielen kleinen und großen Spendern, so dass dieses Jubiläum eine „schwarze Null“ schreibt.

Manfred Schukat lud alle herzlich zum 21. Landestreffen der Ostpreußen in MV am 8. Oktober 2016 in das Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg ein – „solange Gott uns dazu die Kraft und Gesundheit schenkt.“

Friedhelm Schülke



Die Kongresshalle: 40 Helfer hatten das Treffen vorbereitet



Veranstalter Manfred F. Schukat (r.) mit den Ehrengästen (v.l.): Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft, Uta-Maria Kuder, mecklenburgische Justizministerin und Deividas Matulionis, litauischer Botschafter

Sudoku

	5			1			6	
8			2		6			3
1		4				2		7
5		3				8		6
			3		8			
9		6				7		1
6		7				9		2
4			9		3			8
	9			7			1	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

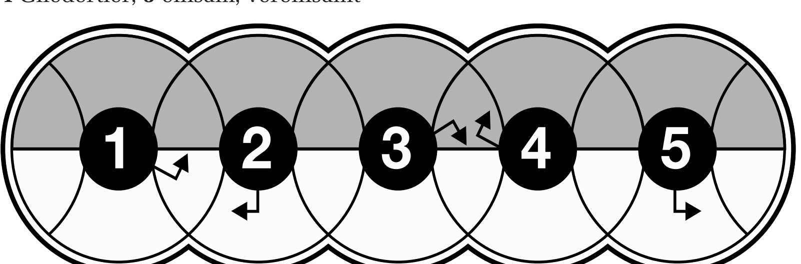
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Ballsportarten.

1 Heilbad
2 Nachrichtenüberbringer b. Militär
3 zu etwas taugen, passen (sich ...)
4 willkommen, erwünscht
5 Dotter
6 ein Planet

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Tragödie.

1 Belag für Laufbahnen, **2** etwas Fließendes zum Stillstand bringen, **3** Almhirt, **4** Gliedertier, **5** einsam, vereinsamt



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Kurort, 2. Melder, 3. eignen, 4. genehm, 5. Eigelb, 6. Saturn – Kegeln, Tennis

Kreiskette: 1. Tartan, 2. stauen, 3. Senner, 4. Spinne, 5. allein – Trauerspiel

Sudoku:

3	5	2	8	1	7	4	6	9
8	7	9	2	6	5	1	4	3
1	6	4	3	9	5	2	8	7
5	4	3	7	1	9	8	2	6
7	2	1	3	6	8	5	9	4
2	9	8	6	4	5	3	7	1
6	3	7	1	8	5	9	4	2
4	1	5	9	3	2	6	7	8
2	9	8	6	7	4	3	1	5

Kein Groll bei »echten« Ostpreußen

Heimatklänge, fortschrittliches Flair und ein lebendiges Königsberg erlebte der Autor im nördlichen Ostpreußen

Am Sonnabend, den 9. September, startete im westfälischen Versmold ein Bus mit 34 Teilnehmern einschließlich unseres Reiseleiters Louis Ferdinand Schwarz – zwei weitere stiegen noch in Potsdam zu. Das Reiseziel: Eine Woche Land und Leute im nördlichen Ostpreußen, nunmehr Region Kaliningrad und russische Enklave an der Ostsee, kennenlernen. Der älteste Teilnehmer war 80 Jahre alt, der jüngste ein Student aus Paris gerade erst 21 Jahre jung.

Die Nachtfahrt gestaltete sich aufgrund der angemessenen Pausen weniger strapaziös als befürchtet, wobei auch die Rot- und Weißweinflaschen eines mitreisenden Winzers aus Eimsheim sicherlich eine gewisse Rolle spielten. Am nächsten Tag erreichten wir Elbing und konnten uns in einem Hotelrestaurant einem reichlichen Frühstück widmen. Dies war allerdings so gut wie überflüssig, denn bei dem anschließenden Besuch der Gesellschaft der deutschen Minderheiten in Elbing wurden wir noch einmal fürstlich bewirtet. Mehr als ein halbes Dutzend Damen machten uns zudem mit den Aufgaben ihrer Gesellschaft vertraut: Deutschkurse geben und die Pflege des Brauchtums gehören unter anderem dazu.

Gumbinnen – ein aufgeräumter Ort

Nach dem Übertritt der polnisch-russischen Grenze erreichten wir über Königsberg unser Hotel Rauschen in Rauschen [Swetlogorsk]. Es war und ist ein beliebter Badeort an der Ostsee und wird heute besonders von Russen frequentiert. Der Bade- und Kurbetrieb ist auch unter russischer Flagge angenehm und entspannt.

Am nächsten Tag, den 11. September, lernten wir auf einer Fahrt in den östlichen Teil des nördlichen Ostpreußens viele Orte und Liegenschaften kennen. In Trakehnen konnten wir keine Pferde, sondern nur noch Gebäude besichtigen. Pferdezucht und Dressurübungen wurden uns im Rahmen einer Führung in Georgenburg bei Insterburg nahegebracht. Die kleine deutsche Schule in Trakehnen erfreute uns trotz der Schulferien mit diversen Darbietungen: Lieder, Tänzen, Gesangsoli und Trachtenauftritte. Die Trachten waren von den engagierten Damen selbst geschneidert.



Aufführung in der deutschen Schule in Trakehnen: Die Trachten schneidert man selbst. Bilder (3): Hentschel:

Gumbinnen, ein aufgeräumter Ort mit einer freundlichen Ausstrahlung, ist ein Zentrum für die Produktion von Wellpappe, Holz, und Software für Receiver. Internationale und St. Petersburger Investoren geben dem 28000 Seelen Ort ein fortschrittliches Flair.

Der Besuch von Pillau (Baltist) brachte Erkenntnisse zur Entwicklung der Region: Laut Victor Koschelew, einen pensionierten Bürgermeister der Stadt, hat die russische Armee ihre Dominanz zurückgenommen. Etliche Kasernen wurden an Zivilorganisationen zurückgegeben.

Die Eindrücke von Königsberg sammelten wir an einem ganzen Tag mit einer Busrundfahrt durch die Stadt, auch durch erhaltene früher und heute gepflegte Wohnquartiere im kaum zerstörten Randbereich der Stadt. Eine Bootsfahrt durch den Hafen, ein Orgelkonzert im Königsberger Dom, ein Gang durch die Stadt und eine Freiluft-Vorlesung am Kantdenkmal über den Philosophen und die Universität rundeten das Bild ab. Das Andenken an Kant, Markgraf Albrecht und noch vorhandene deutsche Kulturreste spielen neuerdings wieder eine gewisse Rolle. Kaliningrad ist eine lebendige Stadt aber ganz klar auch eine russische Stadt.





Oben: In Königsberg stand eine Bootsfahrt durch den Hafen auf dem Programm. Unten: Malerisches am Wegesrand bei einem der Ausflüge in die Region

Für die Landschaften, durch die wir gefahren sind, gilt ähnliches. Im Ostpreußenlied heißt es „Über Ackerbreiten streicht der Vogelflug“. Außer von den intakten Feldern um Gumbinnen haben wir fast ausschließlich Steppe und Wälder – allerdings keine dunklen Wälder – gesehen. Auch die Landschaft – weitgehend ohne Dörfer und Gehöfte – hat somit eine russische Prägung. Sie ist aber auch die Stadt der russischen Konföderation, die Mitteleuropa und seinen Einflüssen am nächsten liegt. Neben anderen Faktoren wie dem unverkennbaren Aufschwung der Region in den letzten zehn Jahren führt dies zu einer Zuwanderung aus Russland.

Etwas war bereits bei der Anreise auffallend: Auch bei den mitgefahrenen „echten“ Ostpreußen gab es keinen Groll oder gar Hass auf die Russen. Ganz im Gegenteil: Trotz der Kritik im Detail – ausgeräumte Landschaft, vernachlässigte Landwirtschaft – gab es eine grundsätzlich positive Einstellung zu Russen. Auch die aktuellen Wirtschaftssanktionen des Westens gegenüber Russland wurden recht einmütig kritisiert.

Unser Führer Eugen, der uns all die Tage abholte und bis zur Grenze begleitet hat, ist Russe, Germanist, Hobbyhistoriker und vom Wesen her Philosoph; also ganz der Typ des gebildeten Russen, der in der Welt so geschätzt und geliebt wird. Seine profunde Detailkenntnis über die ostpreußische Geschichte haben wir genauso bewundert wie seine Fähigkeit, auch widrige Umstände mit Humor und relativierenden Lebenserkenntnissen zu begegnen. Seine geistreichen Kommentierungen haben wir nach Überquerung der Grenze nach Polen vermisst.

Dort fühlten wir uns dann fast wieder wie daheim. Die Felder waren bestellt oder gerade abgeerntet, die Städte ohne ausgeprägte Hochhausviertel und die Menschen im Verhalten vertrauter. Sind die EU und Mitteleuropa etwa schon stärker zusammengewachsen als wir es bisher wahrgenommen haben? Anscheinend mussten wir erst in Russlands aufstrebende Region Kaliningrad reisen, um es zu bemerken.

Josef Bernhard Hentschel.

Fernweh, Heimweh oder einfach Reiselust bekommen? Vom 6. bis 14. August 2016 wird Louis Ferdinand Schwarz eine ganz ähnliche Reise veranstalten.

Gipfel des Verbrechens

James Bond macht im Kino erneut die Alpen unsicher – Schon 1969 wurde ein 007-Film auf dem Schweizer Schilthorn gedreht

Am 5. November wird Daniel Craig in den Kinos als Agent 007 Verbrecher zur Strecke bringen. Das neue James-Bond-Abenteuer „Spectre“ spielt zum Teil in den Tiroler Alpen. Schon 1969 löschte im Bond-Thriller „Im Geheimdienst Ihrer Majestät“ ein gewisser George Lazenby als 007 eine ebenfalls „Spectre“ genannte Verbrecherorganisation auf einem Berg aus – damals in der Schweiz.

Die Verfolgungsszenen bei den halsbrecherischen Skiabfahrten sind legendär. Mit dem Geschick eines Ski-Slalomkönigs entkommt Bond einigen Verbrechern, die mit Sturmgewehren hinter ihm her sind. Spektakulär ist die Szene, als einer von ihnen in eine Schneefräse gerät, die daraufhin blutigen Schnee ausspeit. Selbst eine Lawine kann 007 nicht aufhalten, und zuletzt gibt es sogar noch eine wilde Verfolgungsjagd in einem Bobkanal.

Gedreht wurden diese Szenen 1969 am Schilthorn, einem am Lauterbrunnental im Berner Oberland gelegenen Berg, der für den Film als Double fungiert für den fiktiven „Piz Gloria“, wie der Berg in Ian Flemings Romanvorlage heißt. Im Roman ist dieser Berg die Festung der Verbrecherorganisation Spectre (auf Deutsch etwa: Schreckgespenst) des Schurken Blofeld, der dort eine Handvoll hübscher junger Frauen manipuliert, welche auf ein Funksignal hin zur biologischen Kriegsführung weltweit als Todesengel eingesetzt werden sollen.





Doppelter Bond: George-Lazenby-Figur (l.) auf der Aussichtsterrasse des Schilthorns und Daniel Craig in den Tiroler Ötztaler Alpen im neuen „Bond“-Film (r.). Unten: „007“-Cappuccino im Schilthorn-Restaurant

Bilder: tws (2), Sony Pictures 2015

Frauen sind natürlich immer ein klarer Fall für Bond. Nicht ganz klar war, welcher Berg die „Ehre“ haben würde, als Gipfel des Verbrechens zu dienen. Im Auftrag der James-Bond-Macher suchte der deutsche Produktionsleiter Hubert Fröhlich im Jahr 1968 nach einem geeigneten Drehort. Er hatte zunächst die Jungfrau-Region im Blick, als er ein Foto vom benachbarten Schilthorn sah, zu dessen damals noch unfertigen Gipfelrestaurant eine Seilbahn führte. Das war eine ideale Kulisse, zumal sich das Gipfelgebäude noch ganz nach Geschmack des 007-Teams ausschmücken ließ. Mit dem Seilbahnbetrieb einigte man sich rasch: Das heimische Unternehmen sorgte für den Transport, und die Filmproduktion durfte dafür den Rohbau ganz nach ihren Bedürfnissen einrichten.

Die Sommer- und Wintergäste des Schilthorns profitieren bis heute von diesem Deal. Die Landefläche, die man für die Hubschrauber baute, mit denen die schwere Filmausrüstung eingeflogen wurde, dient jetzt als Aussichtsplattform. Und im Panoramarestaurant, das sich in knapp 3000 Metern Höhe in 45 Minuten um die eigene Achse dreht, ist noch das originale Filminterieur der 60er Jahre zu sehen wie zum Beispiel die aus goldfarbenen Ringen bestehenden Trennwände.

Vor zwei Jahren wurde im Untergeschoss des derzeit für Sanierungsarbeiten eingerüsteten Gipfelgebäudes außerdem die „Bond World 007“ eingerichtet, ein interaktives Museum rund um den Film. Dort können nun sogar Kinder einen virtuellen Helikopterflug unternehmen oder sich wie James Bond in einen Bobschlitten setzen und vor einem Monitor hinter Blofeld herrasen.

Daneben werden kleine Filmgeheimnisse verraten. Weder der Australier George Lazenby, der mit „Im Geheimdienst Ihrer Majestät“ seinen ersten und letzten Bond-Film drehte, noch die aus „Schirm, Charme und Melone“ bekannte Britin Diana Rigg, die das Bond-Girl Tracy mimt, noch der US-„Kojak“ Telly Savalas als Blofeld konnten Ski fahren. Sie wurden von damals bekannten alpinen Rennassen gedoubelt. Das war Männersache. Für Rigg stand im Schnee nicht etwa eine Stuntfrau auf den Skiern, sondern ein extrem schlanker Mann. Und der ehemalige Skirennfahrer Willy Bogner aus München sorgte für spektakuläre Actionaufnahmen, indem er als Kameramann auf Skiern rückwärts vor den Schauspielern herfuhr.



Steiler Weg nach oben: Von Lauterbrunnen aus führte für 007 der Weg zum Schilthorn Bild: tws

Dass man mit den Dreharbeiten am Ende über zwei Wochen in Verzug war, lag nicht nur am schlechten Wetter, sondern auch daran, dass sich Regisseur Peter Hunt jedes Mal mit dem Hubschrauber in das Dorf Mürren fliegen ließ, um dort im Hotel sein kleines Geschäft zu verrichten – so jedenfalls die Legende.

Vielleicht gefiel ihm aber auch der 400-Seelen-Ort am Fuße des Schilthorns so gut. Das autofreie Dorf, das von Lauterbrunnen aus nur mit einer Bergbahn und danach per Zug zu erreichen ist, verdankte dem Bond-Film sogar einen falschen 14 Meter hohen Kirchturm. In einem Alpendorf gehöre so etwas einfach hin, meinten die Produzenten.

Mürren war zu dem Zeitpunkt der Dreharbeiten längst kein unbekanntes Alpennest mehr. Hier stünde die Wiege des alpinen Skisports, behaupten die Bewohner. Tatsächlich haben hier vor über 100 Jahren englische Gäste die ersten Skirennen veranstaltet. Seit 1928 findet das „Inferno-Rennen“ statt. Die 15 Kilometer lange „Abfahrt“, die aber auch einige Bergaufpassagen enthält, gilt als längstes alpines Amateurrennen der Welt.

Überhaupt hat der Ort, von dem man eine prächtige Sicht auf die Jungfrau hat, seit jeher Extremsportler angelockt. Zuerst riskierten die Bobfahrer Kopf und Kragen. Doch die Bobbahn wurde schon 1937 stillgelegt und nur noch für den Bond-Film reaktiviert. Im August kommen die ganz harten Sportler zum Inferno-Triathlon. Sie starten zum Schwimmen im eiskalten Thunersee, schwingen sich dann für 127 Kilometer aufs Rad, um danach von unterhalb Mürrens aus die letzten 25 Kilometer und 2175 Höhenmeter zum Schilthorn hochzulaufen.

Die ganz Verwegenen nehmen den umgekehrten Weg: Sie fliegen herunter. Seit einiger Zeit ist der Ort zum Paradies der „Basejumper“ geworden. Es sind todesmutige Leute, die im freien Fall den über 700 Meter hohen senkrechten Felshang, auf dem Mürren liegt, ins Lauterbrunnental herabstürzen und ihren Fall als Vogelmensch mit einem Flügelanzug steuern, ehe sie kurz vor der Landung einen Fallschirm öffnen.

Leider hat es dabei schon viele tödliche Abstürze gegeben. Eines der ersten „Opfer“ ist im alten Bond-Film zu sehen. Erst schüttelt der Ski fahrende 007 seine Verfolger durch diverse Tricks ab. Einer knallt nach einem Skisprung unsanft in den Schnee, ein anderer macht Bekanntschaft mit einem Baum. Und zuletzt schlägt Bond aus der Deckung heraus einem Schurken kurz vor dem Abgrund einen Ski in die Beine, sodass dieser im freien Fall in die Tiefe segelt. Ohne Flügelanzug und Fallschirm taumelt er nach unten. Eine Trickaufnahme? Nein, ganz real, verrät die „Bond World 007“: Man warf einfach eine Puppe die Felswand herab und filmte sie von unten. *Harald Tews*

Infos zum Schilthorn Piz Gloria: www.schilthorn.ch. Hotel- und Wintersport-Auskünfte unter info@muerren.ch

Spektakel in Grün, Rot, Gold

Indian Summer in North Carolina – Der Herbst zählt in dem US-Bundesstaat auch wegen der bunten Wälder zur schönsten Jahreszeit

An der Ostküste der USA halten viele den Herbst für die schönste Jahreszeit. Dann ist „Indian Summer“. Die bunten Wälder der Blue Ridge Mountains in den Appalachen sowie das Piedmont mit seiner Apfel- und Weinernte zur windigen Küste hin sind dann begehrte Ziele für Touristen auch aus Europa. Besonders North Carolina verzaubert im Herbst seine Besucher mit einem atemberaubenden Naturschauspiel.

Wenn sich der Tag dem Ende neigt und die Sonne hinter dem 1500 Meter hohen Whiteside Mountain in North Carolina am südlichen Ausläufer der Appalachen verschwindet, dann sorgen die rauen Felsen für ein einzigartiges Naturschauspiel. Was mit einem kleinen Schatten über dem bunten Herbstwald beginnt, wächst bald zu einem majestätischen „Bären“ heran. Der einem Bären ähnelnde Schatten ist nur kurze Zeit bis Anfang November zu sehen und zeigt sich ab 17.30 Uhr. Der „Whiteside Mountain Bär“ ist definitiv einer von North Carolinas berühmtesten „Schattenbewohnern“. Wer ihn zu Gesicht bekommen will muss pünktlich sein, denn nach einer halben Stunde ist das Spektakel schon wieder vorbei.

Die Atmosphäre der Herbstlandschaft kann man bei einem Ausritt im Great Smoky Mountains National Park kaum besser einfangen. Begleitet vom Hufgetrappel der Pferde und dem frischen Herbstwind im Gesicht geht es durch bunte Wälder, stille Täler, vorbei an beeindruckenden Wasserfällen und über gurgelnde Bachläufe. Nicht umsonst liegt das Glück der Erde auf dem Rükken der Pferde, aber auch auf Kutschfahrten durch die verträumte Landschaft lässt sich der Nationalpark entdecken. Geführte Touren mit erfahrenen Parkführern und Kutschfahrten gehören zum Angebot verschiedener Reitställe im Nationalpark.

Der Herbst ist auch die perfekte Jahreszeit zum Paddeln, Rudern und Raften. Selbst wenn Luft und Wasser abkühlen, gibt es in North Carolina noch viele attraktive Freiluft-Angebote. An der Küste laden ruhige Flüsse zum entspannten Wassersport ein. Es ist eine gute Gelegenheit, bei angenehmen Temperaturen den Kopf frei zu bekommen und den Alltag hinter sich zu lassen. Action und Abenteuer finden dagegen ambitionierte Sportler auf den Gewässern im Great Smoky Mountains National Park. Auch die charmante Stadt Asheville ist bekannt für Wildwasserrafting und Freiluftabenteuer jeglicher Art.



Der Wald „brennt“: Herbst in North Carolina Bild: Bill Russ/VisitNC.com

Strand und Wassersport an North Carolinas wunderschönen Sandstränden kann man sogar jetzt noch genießen. Der Sommertrubel ist vorbei, aber das Wasser ist immer noch angenehm warm. Es ist die perfekte Zeit zum Surfen und Segeln. Milde Temperaturen laden zum Strandspaziergang und Muschelnsammeln ein, und bei 300 Meilen Küste findet jeder seinen persönlichen Lieblingsstrand. Auf den Outer Banks, den Inseln vor der Küste North Carolinas, kann man übrigens wilde Mustangs beobachten. Die sogenannten Wild Horse Adventure Tours werden von erfahrenen Touristenführern begleitet und führen in Allradfahrzeugen sogar durch Dünen und Sand.

Herbstzeit ist auch Erntezeit. Die schönsten und leckersten Früchte findet man im Piedmont. Die Region zwischen den Appalachen-Bergen und der Küste ist, abseits der Metropolen Charlotte und Raleigh, geprägt von unzähligen Obstbäumen und Rebstöcken, deren Früchte sich im Herbst den letzten Sonnenstrahlen entgegenrecken. Doch das Piedmont bietet nicht nur etwas fürs Auge, sondern vor allem für den Gaumen. Eine Weinprobe auf einem der zahlreichen Weingüter gehört zum Pflichtprogramm jeder Herbstreise. Zur Erntezeit öffnen einige Farmen ihre Tore für Besucher. Maislabyrinthe, Bauernmärkte, Kürbisernte und Äpfelpflücken locken viele Besucher.

Die sogenannte Zipline ist definitiv North Carolinas spannungsgeladendstes Fortbewegungsmittel. Dabei kann man sich an einem Seil befestigt mehrere hundert Meter weit über Täler gleiten lassen. Der US-Staat hat die meisten Ziplines an der Ostküste. In Kersey Valley ist sogar eine der längsten Ziplines der Welt beheimatet. Am Blowing Rock bietet sich dem ambitionierten Seilgleiter ein unglaublicher Ausblick über die Bergwelt. Und in Fayetteville kommen sowohl Wagemutige, die im rasenden Tempo dem Ziel entgegenfliegen, als auch Familien mit Kindern voll auf ihre Kosten. Hier kann man sogar über einen Wasserfall oder im Dunkeln gleiten. Besonders im Herbst, wenn die Landschaft mit all ihren Farben die perfekte Kulisse bietet, lohnt sich eine Ziplining-Tour durch North Carolina. *tws*

Deutschsprachige Informationen im Internet: www.visitnc.com



Glücklose Genies

22 Erfinder-Porträts

Es sind Szenen wie diese, die Armin Strohmeyrs Biografiensammlung „Verkannte Pioniere“ so lesenswert macht: Richard Trevithick (1771–1833), ewiger Konkurrent des Dampfmaschinen-Erfinders James Watt, möchte die Erfolgsfahrt seiner mit einem Hochdruckdampfkessel betriebenen Dampfkutsche „Puffing Devil“ wiederholen. Aber, so Strohmeyr: „Eine weitere Vorführung des ‘Puffing Devil’ scheitert kläglich – aus Unachtsamkeit: Trevithick und sein Kompagnon Andrew Vivian unterbrechen die Fahrt und kehren in ein Gasthaus ein, ohne freilich das Feuer im Ofen gelöscht zu haben. Der Wasserkessel beginnt zu glühen und setzt die hölzerne Karosserie in Brand; der ‚Teufel‘ endet in einem Flammeninferno.“

Diese Missgeschicke scheinen symptomatisch für die von geistigen Höhenflügen und stetem Scheitern geprägten Lebensläufe von glücklosen Technik-Pionieren wie Hippolyte Bayard (Fotografie), Karl Drais (Fahrrad) oder Johann Philipp Rais (Telefon). Autor Strohmeyr weiß sie gekonnt darzustellen. Als Verfasser vielbeachteter Biografien wie die der ersten deutschen Berufsschriftstellerin Sophie von La Roche kann der promovierte Germanist, Theaterschreiber und preisgekrönte Buchautor Strohmeyr als Spezialist für gut erzählte Vitae durchgehen – kein Wunder also, dass auch dieses 300-seitige Werk mehrfach prämiert wurde.

Doch wie genau schafft es Strohmeyr seine 22 zumeist tragischen Helden (darunter drei Frauen) aus dem 18. bis 20. Jahrhundert auf jeweils nur 10 bis 16 Seiten so lebendig daher kommen zu lassen? Inhaltlich: mit – jeweils hervorragend recherchierten – wissenschaftlichen Fakten sowie persönlichen Wendepunkten im Leben der Protagonisten. Erzählerisch: im Duktus eines dramatischen Spannungsbogens, der den Leser unmittelbar am Aufstieg und Fall des Protagonisten teilhaben lässt. Ein Handlungsbogen, gespickt mit atmosphärischen Szenen, Zitaten von Familienmitgliedern, Freunden und Widersachern, der die Individualität jedes Pioniers aufleben lässt.

Der Teufel endet im Flammeninferno

Obwohl jeder Lebenslauf höchst individuell ist, ziehen sich doch bestimmte Themen wie ein roter Faden durch die einzelnen Schicksale: das lebenslange Streben nach Anerkennung, der Behördenkampf, die Suche nach Geldgebern, der Konkurrenz- und Patentkrieg. So hatte der Pionier der Elektrotechnik Nikola Tesla (1856–1943), der zeitlebens 700 Patente (!) anmeldete, stets das Nachsehen gegenüber dem gewieften Vermarkter Thomas Alva Edison (1847–1931).

Behördenkampf und Patentkrieg

Geldprobleme verschlugen auch Dampfkessel-Entwickler Richard Trevithick, dessen Temperament und Spontaneität seinem Genie zudem immer im Wege standen, bis nach Südamerika, wo er auf einer Bootsfahrt fast sein Leben verlor: Nach einem Streit mit dem Fahrer warf dieser ihn von Bord. Ein Offizier in der Nähe rettete den Schiffbrüchigen. Hier hatte er Glück – im Gegensatz zu seiner Erfindung. *Uta Gellert*

***Armin Strohmeyr: „Verkannte Pioniere – Abenteurer. Erfinder. Visionäre“**, Styria-Verlagsgruppe, Wien 2015, broschiert, 304 Seiten, 18,90 Euro*

Entlarvte Öko-Lügen

Grünes Denken dominiert die Politik. Oft gründet es auf Heuchelei und Hirngespinsten



In Helldeutschland sollte man besser schon in Pension sein, bevor man ein fundamentalkritisches Buch zum herrschenden Zeitgeist veröffentlicht. Horst Demmler, 26 Jahre lang Professor für Volkswirtschaftslehre an der Justus-Liebig Universität Gießen, ist einer dieser Pensionäre, die nun ihrem Unmut Luft machen. Er liefert in „Wider den grünen Wahn“ mit kühler, wissenschaftlicher Präzision eine Analyse, was fatal falsch läuft in unserer Gesellschaft, seit die Grünen den Zeitgeist und damit die Politik dominieren.

Im ersten Kapitel erinnert Demmler daran, dass die Grünen das Erbe der 68er angetreten haben. Diese Kinder der NS-Generation hatten in ihrem Bekenntnis zur deutschen Schuld ein Mittel zur moralischen Selbstüberhöhung gefunden. Sie lernten von den 68ern, im Hochgefühl ihrer moralischen Überlegenheit „die Rolle des Wächters und Warners, wie auch die des jederzeit sprungbereiten Anklägers zu übernehmen“. Ihre allzeit verfügbare moralische Entrüstung dient dazu, Andersdenkende zu verteufeln, sie „in die Sümpfe der moralischen Diskreditierung zu treiben und aus der Gemeinschaft der Gutmenschen und Anständigen auszuschließen“. – So wird der aggressive Moralist zum Inquisitor. Demmler erinnert in diesem Zusammenhang auch an den Fall des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger, der durch einen inszenierten moralischen Entrüstungssturm zum Rücktritt gezwungen wurde.

Obwohl die apokalyptischen Szenarien, denen die Grünen ihren Aufstieg verdanken, sich allesamt als Hirngespinste erwiesen haben, was der Autor ebenso überzeugend wie lückenlos nachweist, haben sie die Politik maßgeblich beeinflusst. Zwar bleib es weitgehend folgenlos, dass die Grünen in ihrem Wahlprogramm Kabel-und Satellitenfernsehen, Breitband ISDN, die Digitalisierung des Fernsprechnetzes und vieles mehr ablehnten, aber die Anwendung der Gentechnik für wichtige medizinische Zwecke konnte 15 Jahre lang erfolgreich behindert werden, nachdem der damalige hessische Umweltminister Fischer 1984 Hoechst eine Versuchsanlage zur Herstellung von Insulin mittels Bakterien verweigert hat. Deutschland verlor für lange Zeit den Anschluss an die internationale Spitzenforschung.

Überaus erfolgreich waren die Grünen in der Klimapolitik. Hier machten sie mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz Geschichte. Seither werden die „Erneuerbaren“ ausgebaut, koste es, was es wolle. Als Umweltminister ließ Trittin 2004 noch verkünden, dass „die Förderung Erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund eine Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis“. Inzwischen kostet es einen solchen Haushalt jeden Tag im Jahr eine Kugel Eis, und ein Ende dieser Kostenspirale ist nicht abzusehen. Offen bleibt darüber hinaus die Frage, ob die ausufernde deutsche Förderung – im Kern ein gigantisches Umverteilungsprogramm von unten (den Verbrauchern), nach oben (der Ökolobby) – überhaupt zum Ziel führt.

Zweifler am grünen Zeitgeist werden allerdings rüde attackiert: Im Jahr 2013 gab das Umweltbundesamt eine Broschüre mit dem Titel: „Und sie erwärmt sich doch“ heraus. Das war der Versuch, eine wissenschaftliche Kontroverse von Amts wegen zu entscheiden. Gleichzeitig wird in dieser Broschüre Rufmord an Wissenschaftlern und Journalisten begangen, deren Ansichten das Amt für falsch hält. In dieser Broschüre wurde den Dissidenten unterstellt, nicht die entsprechende Fachausbildung zu haben, um sich kompetent äußern zu können. Als die Namen der anfangs anonymen Autoren der Broschüre bekannt wurden, stellte sich heraus, dass keiner von ihnen eine solche Fachausbildung hatte.

Von den vielen Themen, die Demmler behandelt, seien hier nur noch drei erwähnt. Er stellt im vierten Kapitel den „Dioxin-Skandal“ der EHEC-Katastrophe gegenüber. Zur Erinnerung: Ende 2010 wurde bekannt, dass dioxinbelastetes Futterfett, das von einem Produzenten von Biodiesel stammte, in Hühner- und Schweinefutter gelangt war. Von 89 Eiern eines betroffenen Hofes wiesen acht einen erhöhten Dioxingehalt auf. Bei einer anderen Untersuchung von 163 Proben fanden sich bei drei Eiern und zwei Hühnerfleischproben erhöhte Dioxinwerte. Selbst wenn Verbraucher wochenlang nur solche belasteten Eier gegessen hätten, wären keine gesundheitlichen Schäden aufgetreten. Aber der Volkszorn wurde angeheizt. Die Grünen forderten das Ende der konventionellen Landwirtschaft und härteste Strafen für „Lebensmittelvergifter“. Infolge der Empörungswelle schloss die damalige Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner zeitweilig 5000 landwirtschaftliche Betriebe und verursachte damit einen Schaden von mehr als 100 Millionen Euro.

53 Tote durch einen Bio-Landwirt

Ganz anders war die Reaktion auf die Vergiftungen durch EHEC-Bakterien. Nur wenige Wochen nach dem von der grünen Empörungsmaschinerie kreierten „Dioxinskandal“ erkrankten in Deutschland 3842 Menschen. 53 von ihnen starben. Es war der bislang größte weltweit beschriebene Fall einer Massenerkrankung durch Enterohämorrhagische Escherichia coli (EHEC). Von Skandal oder Lebensmittelvergiftern war aber weder in den Medien noch von der Politik die Rede. Obwohl es bald Hinweise auf kontaminierte Bio-Sprossen gab, wurde dieser Spur vom Robert-Koch-Institut lange nicht nachgegangen.

Als endlich klar war, dass der Verursacher ein Bio-Gartenbaubetrieb der ersten Stunde war, wurde in der offiziellen Stellungnahme jeder Hinweis auf Bio vermieden. Es war nur von einem Gartenbaubetrieb die Rede. Erst im Juni 2011, fast ein halbes Jahr später, wurde der Bevölkerung empfohlen, bis auf Weiteres Sprossen und Keimlinge nicht roh zu verzehren. Selbstverständlich gab es keine vorsorglichen Sperrungen von BIO-Betrieben.

Ein besonders bitteres Kapitel ist das von grünen Lobbyisten durchgesetzte DDT-Verbot, das die westlichen Länder dann weltweit verhängten, teils mittels ökonomischer Erpressung, obwohl DDT das beste Mittel zur Bekämpfung der Malaria ist, die nach wie vor Millionen Todesopfer fordert. Erst 2006, nach 25 Jahren und geschätzten 50 Millionen vermeidbaren Todesopfern, hat die WHO ihren Kurs geändert und den Einsatz von DDT zur Bekämpfung von Malaria gebilligt. In Madagaskar sanken nach Wiederaufnahme des DDT-Einsatzes die Todesfälle um 90 Prozent!

Ähnlich rücksichtslos gegenüber den Ärmsten der Welt verhält sich der Kampf gegen die Gentechnik. Mehr als zwei Milliarden Menschen leben von Reis, dem es an Vitamin A fehlt. Dieser Vitamin-A-Mangel führt bei Kindern häufig zu Blindheit. Um dem abzuhelfen, entwickelten die Forscher Ingo Potrikus und Peter Beyer den mit Vitamin A angereicherten „Goldenen Reis“. Die an der Weiterentwicklung beteiligten Konzerne verzichteten auf Drängen von Potrikus und Beyer auf Lizenzgebühren, sodass der Reis kostengünstig an Kleinbauern weiter gegeben werden konnte. Sehr zum Missfallen der Grünen, die ihren Kampf gegen die grüne Gentechnik bedroht sehen. Sie hetzen gegen das augenlicht-rettende Nahrungsmittel:

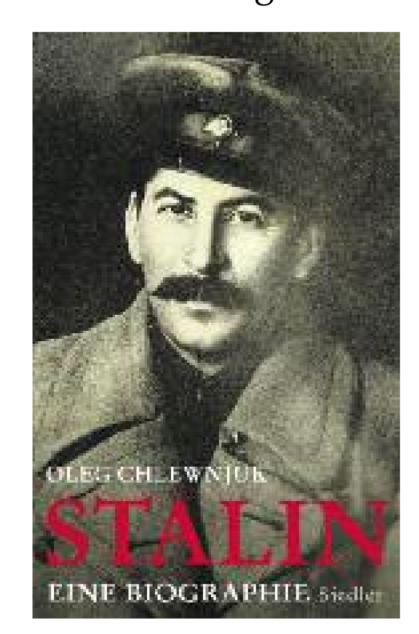
„Goldener Reis und andere Versuche, Hunger mittels Gentechnik zu beseitigen, schaffen unkalkulierbare ökologische Gefahren. Zudem ist es menschenverachtend, ein spezielles Nahrungsmittel für Arme zu entwickeln, angereichert wie optimales Viehfutter. Goldener Reis oder Frolic im Zehn-Kilo-Sack. Wo ist da der Unterschied?“

Das schreibt Jürgen Trittin in seinem Buch „Welt um Welt“ auf Seite 149. Die grüne Denke entlarvt sich selbst am gründlichsten. *Vera Lengsfeld*

***Horst Demmler: „Wider den grünen Wahn. Eine Abrechnung“**, Monsenstein und Vannerdat, Münster 2015, broschiert, 410 Seiten, 20,40 Euro*

Gesungenes Russisch, schmutzige Lieder

Hochgelobt wird die Stalin-Biografie des Historikers Oleg Chlewnjuk – Aber sind die positiven Kritiken wirklich berechtigt?



Mehr als zwei Jahrzehnte“ habe er Stalin „studiert“, sagt der Historiker Oleg Chlewnjuk (56). Der Autor der neuen Stalin-Biografie ist leitender Mitarbeiter des Staatsarchivs der Russischen Föderation in Moskau. Der Siedler-Verlag nennt ihn einen der führenden Stalinismus-Experten der Gegenwart und führt überschwängliche Kritiker-Urteile zum vorliegenden Buch auf: „Eine stilistisch glänzende Biografie“, schreibt die Berliner Zeitung. Der Rezensent im „Tagesspiegel“ schwärmt: „Braucht es diese neue Biografie? Durchaus, wenn es um eine flüssig geschriebene, im besten Sinne lesbare Darstellung geht.“

Lesbar und flüssig geschrieben mag Chlewnjuks Werk sein, aber ob es das Buch wirklich braucht, sei dahingestellt. Viel Neues bringt es nicht, sieht man von komischen Details ab: Der Georgier Stalin lernte erst mit sieben Jahren Russisch, das er nie akzentfrei sprach, aber in weichem Tenor sang, Lenin konnte sich Stalins Familiennamen Dschugaschwili partout nicht merken und bei Stalins Gelagen brillierte Chefideologe Schdanow mit „schmutzigen Liedchen“.

Interessant ist Chlewnjuks Einstieg in Stalins Anfänge: Seine Eltern waren nicht arm, sein Vater nicht grausam. Er hat fast zehn Jahre auf Priesterseminaren verbracht und später den Marxismus dogmatisch als weltlich-wahre „Religion“ aufgefasst.

Nach der Revolution 1917, dem „demütigenden Frieden“ mit Deutschland und einem verheerenden Bürgerkrieg hatten sich Lenins Bolschewisten als neue Machthaber etabliert. Stalin erwies sich als unfähiger „Maulheld“, der 1920 den Krieg gegen Polen verlor. Mit Lenin hatte er sich so überworfen, dass der ihm „den Krieg erklärte“, aber im Januar 1924 starb, bevor er konkrete Schritte einleiten konnte. Jetzt war Stalin am Zug. Die kollektive Führung baute er bald zur Einmannherrschaft aus.

Ab 1927 häuften sich Stalins Fehler – falsche Investitionen schufen eine ineffiziente Industrie und entzogen der Landwirtschaft die Mittel. Hungersnöte forderten 1931/32 sieben Millionen Opfer. Sündenböcke wurden schnell ausgemacht: hunderttausende „Saboteure“ mussten sterben.

„Stalin war misstrauisch bis zum Wahnsinn“ und ließ seine Geheimpolizei so blindwütig gegen vermutete „Feinde“ vorgehen, dass der Terror verheerend auf Armee und Industrie wirkte. Er sah den Westen mit Hitler unter einer Decke und wollte dieses Komplott durch den Vertrag mit Deutschland im August 1939 stoppen, worauf beide im September Polen angriffen, was den Zweiten Weltkrieg auslöste. Die Komplizenschaft endete am 22. Juni 1941, als Hitler die Sowjetunion angriff. Deren Rüstung war schlecht, die Wirtschaft steckte in der Krise, die Armee war durch Terror „geköpft“. Das erklärt die enormen Anfangsverluste, für die Stalin die Militärs verantwortlich machte. Ihn rettete das Leih- und Pachtgesetz der USA, die ab Ende 1941 Fahrzeuge, Fernmeldetechnik und Nahrungsmittel im Wert von elf Milliarden Dollar lieferten. Am Ende triumphierte der kommunistische Diktator über den nationalsozialistischen.

Misstrauisch bis zum Wahnsinn

Die Nachkriegszeit begann mit einer Währungsreform, die ein Raub an den Russen war, und einer erneuten Hungersnot 1946/47, wieder mit ungezählten Opfern. Ab 1948/49 besserte sich die Lage, zumal die Sowjetunion das besetzte, unterjochte Osteuropa ausbeutete. Nur an Titos Jugoslawien biss sie sich die Zähne aus: Der Stalin-Tito-Konflikt ab 1947 war der Anfang vom Ende des Stalinismus. Stalin selber starb unter bezeichnenden Umständen. Am 1. März 1953 hatte er einen Gehirnschlag erlitten, aber keiner seiner 335 Sicherheitsleute traute sich in sein verschlossenes Zimmer. Als man ihn später fast bewegungslos und „eingenässt“ fand, war nichts mehr zu machen, da sein Leibarzt Winogradow im Gulag inhaftiert war und andere Ärzte nicht vorgelassen wurden. Am 5. März wurde er offiziell für tot erklärt.

So kann Chlewnjuk das schillernde Leben und Sterben eines Tyrannen und Menschenschlächters vor dem Leser ausbreiten. Komisch muten allerdings die Fehler im Buch an: So konnte Lenin Stalin nicht 1922 in Gorki „treffen“, da die Stadt bis 1932 Nischny Nowgorod hieß. *Wolf Oschlies*

***Oleg Chlewnjuk: „Stalin – Eine Biographie“**, Siedler-Verlag, München 2015, gebunden, 592 Seiten, 29,99 Euro*



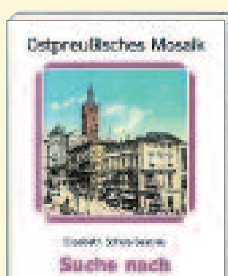
Kettenanhänger mit Sonne aus Bernstein mit Lederhalsband
Lederband
ca. 45 cm Länge
Nr. P A0902 39,90 €



Herbst
Wenn die Tage kürzer werden und das Laub in den buntesten Farben fällt, hält der Herbst allmählich Einzug. Begleitet werden die wirbelnden Blätter von lyrischen Meisterwerken. Günter Berg hat die schönsten, etwa von Goethe, Fontane, Hebbel, Rilke und anderen zusammengestellt und lässt mit diesem hinreißend aquarellierten Geschenkbuch den Herbst intensiver leuchten. 64 Seiten
Nr. P A0507 Gebunden 8,99 €

Winter – Ein Poesiealbum (Hrsg.: Günter Berg)
Wärmende Worte großer Dichter vertreiben die Kälte, wenn es draußen stürmt und schneit. Mit diesem Album verschenkt man Behaglichkeit, wie sie von einem flackernden Kaminfeuer ausgeht – nicht nur an Weihnachten. Die romantisch illustrierten Wintergedichte, zusammengetragen von Günter Berg, entlocken dieser Jahreszeit ihren besonderen Zauber. 64 Seiten
Nr. P A0556 Gebunden 8,99 €





Aventurin-Set
Der bekannte Edelstein Aventurin zu einem filigranen Set bestehend aus Ohrhänger und Kettenanhänger verarbeitet.
Nr. P A0905 59,90 €



Richard Dübell
Der Jahrhundertsturm
Roman
Alvin von Briest ist ein echter Preuße. Er fühlt sich den alten Traditionen seines Heimatlandes verpflichtet, auch wenn es ihm nicht immer leicht fällt. Auf Rat seines Freundes Otto von Bismarck entscheidet er sich sogar für eine Militärlaufbahn. Ganz anders sein Freund Paul Baermann. Paul stammt aus dem Münchner Bürgertum und ist ein Mann des Fortschritts. Seine einzige Liebe gilt der Eisenbahn. Bis er in Paris Louise Ferrand kennenlernt, die ihn mit ihrer Schönheit verzaubert. Doch Louise ist schon einem anderen versprochen – seinem besten Freund. Sie heiratet Alvin von Briest, der sie vor Hunger und Tod gerettet hat. Ihr Herz aber gehört Paul. Während in Berlin Barrikaden gebaut werden, die Industrialisierung ihren Lauf nimmt und sich Deutschland schließlich unter Bismarck eint, müssen Alvin, Paul und Louise in einem Jahrhundert der Gegensätze ihren Weg finden. 1056 Seiten
Nr. P A0892 Taschenbuch 9,99 €



Dale Carnegie
Freu dich des Lebens!
Die Kunst beliebt, erfolgreich und glücklich zu werden
Gebunden
224 Seiten
Nr. P A0894 10,00 €

Dieses Buch hilft Ihnen – sich das Sorgen abzugewöhnen, ehe es Sie zugrunde richtet – zu einer Lebenseinstellung zu gelangen, die Ihnen Frieden und Glück bringt – mit der Kritik anderer fertig zu werden – die eigenen Geldsorgen zu verringern – Ihr Leben positiv zu verändern und es zeigt Ihnen – wie Sie Freunde gewinnen – wie Sie auf neuen Wegen zu neuen Zielen gelangen – wie Sie beliebt werden – wie Sie Streit vermeiden – wie Sie im Beruf erfolgreicher werden – wie Sie zum Aufsehen erlangen – wie Sie ein guter Redner und brillanter Gesellschafter werden. Dale Carnegie wurde 1888 in Maryville (Missouri) geboren. Er wuchs in einfachen Verhältnissen auf der väterlichen Farm auf – was ihn sehr belastete und dazu führte, dass er schon in jungen Jahren alles auf eine Karte setzte.



Dale Carnegie
Sorge dich nicht Lebe!
Die Kunst zu einem von Ängsten und Aufregungen befreiten Leben zu finden
Gebunden. 416 Seiten
Nr. P A0895 12,00 €

In diesem Buch greift Dale Carnegie eines der wichtigsten Themen unserer Zeit auf – die alltäglichen Ängste und Sorgen, die uns an der Entfaltung unserer Möglichkeiten hindern und die es uns so schwer machen, einfach glücklich zu sein und den Tag mit Selbstvertrauen und Zuversicht zu beginnen. Die Grundsätze für ein unbesorgteres Leben, die Dale Carnegie hier aufstellt, sind anregend, für jeden Menschen nachvollziehbar und sie lassen sich wirklich in die Praxis umsetzen. Dieses Buch hilft Ihnen sich das Sorgen abzugewöhnen, ehe es einen zugrunde richtet und zu einer Lebenseinstellung zu gelangen, die Frieden und Glück bringt. Außerdem hilft es mit, mit der Kritik anderer fertig zu werden und geistig und körperlich auf der Höhe zu bleiben.

Elisabeth Schulz-Semrau
Suche nach Karalautschi
Report einer Kindheit in Königsberg
Gebunden mit Schutzumschlag. 221 Seiten
Nr. P 1076 9,95 €

Elisabeth Schulz-Semrau wurde am 14. Juli 1931 als Tochter eines Beamten, der bei ihrer Geburt fast 60 Jahre alt war, geboren. Ihre Mutter starb 1947 an einer schweren Krankheit. In Königsberg besuchte sie vier Jahre eine konfessionelle Grundschule und drei Jahre das Lyzeum, bis sie mit ihren Eltern 1945 nach Tangermünde in der Altmark flüchten musste. In ihrem Werk „Suche nach Karalautschi" beschreibt Sie Ihre Kindheit in Königsberg. Die Autorin verstarb am 10. September 2015. Aus dem Inhalt: Die Plätze meiner Kindheit, die mir wichtig waren, finde ich in keinem Buch als Sehenswürdigkeit angepriesen. Dass ich mich des Königsberger Schlosses ziemlich genau erinnere, hat damit zu tun, dass mein Vater jeden nur möglichen Mittwoch ins Blutgericht zum Stammtisch ging …

Hans-Dietrich Genscher
Meine Sicht der Dinge
Der Mann, der immer dabei war. Vier Jahrzehnte Politik für Deutschland Worum geht es? Als er 1992 zurücktrat, war er Europas dienstältester Außenminister. Er gehörte den Kabinetten Brandt, Schmidt und Kohl an. Hans-Dietrich Genscher ist politisches Urgestein der Bundesrepublik. Mehr als drei Jahrzehnte lang hat er die Geschicke des Landes maßgeblich mitbestimmt, nicht zuletzt die außenpolitische Absicherung der Deutschen Einheit. Neben Helmut Schmidt ist er heute der erfahrenste Staatsmann unseres Landes. Im Gespräch mit Hans-Dieter Heumann nimmt er zu aktuellen Fragen der Weltpolitik Stellung und blickt auf Schlüsselszenen seiner politischen Karriere zurück. Was ist besonders? Ein sehr politisches, zugleich sehr persönliches Buch. Genscher stellt „seine Sicht der Dinge" dar, die sich in Vielem von den Darstellungen seiner politischen Weggefährten – von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl – unterscheidet. 192 Seiten
Nr. P A0920 Gebunden mit Schutzumschlag 22,00 €



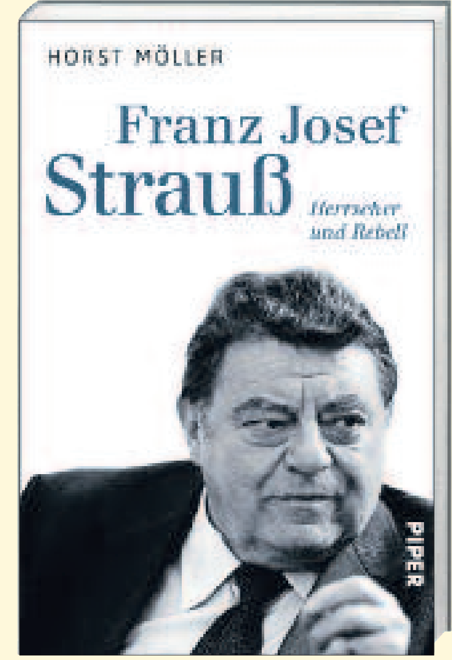
Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2016
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535494 Kalender 14,95 €



Kalender Elche 2016
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535467 Kalender 9,95 €



Tania Kambouri
Deutschland im Blaulicht
Notruf einer Polizistin
Tania Kambouri hatte genug. Wieder einer dieser Einsätze, bei denen ihr kein Respekt entgegengebracht, sondern sie stattdessen wüst beschimpft und beleidigt wurde. Der türkischstämmige Mann, der die Polizei um Hilfe gerufen hatte, war empört: Was wollte diese „Bullenschlampe" von ihm? Warum kam eine Frau – und kein Mann – zum Einsatzort? Vorkommnisse dieser Art erleben Polizisten im Einsatz immer öfter. Als Polizistin und Frau griechischer Abstammung ist Tania Kambouri den Angriffen auf der Straße besonders häufig ausgesetzt. Jetzt setzt sie sich zur Wehr: „Ich will den Finger in die Wunde legen, auch wenn mir bewusst ist, wie explosiv das Thema ist" Tania Kambouri wurde 1983 als Kind einer griechischstämmigen Familie in Bochum geboren. Als Polizeikommissarin fährt sie heute dort auch Streife.
224 Seiten
Nr. P A0892 Taschenbuch 14,99 €



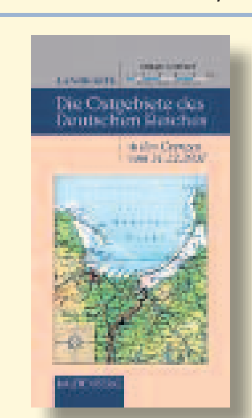
Horst Möller
Franz Josef Strauß
Herrscher und Rebell
Er wurde verehrt und geliebt, gehasst und bekämpft – nur gleichgültig ließ Franz Josef Strauß niemanden. Unzweifelhaft ist er einer der Politiker, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geprägt haben. Horst Möller legt hier die erste große Biografie vor, die aus bislang unausgewerteten Archiven und Quellen gearbeitet ist. Über vierzig Jahre lang war deutsche Politik ohne FJS nicht denkbar. Als Generalsekretär der CSU, als „Atomminister", als Verteidigungsminister, der die Bundeswehr aufbaute und über die Spiegel-Affäre stürzte, als Finanzminister, als Opponent von Willy Brandt und dessen sozialliberaler Koalition, als Bayerischer Ministerpräsident und zugleich Partner und Gegner von Helmut Kohl … Möller setzt das Bild eines Mannes aus vielen Facetten zusammen – so bunt, vielfältig und widersprüchlich, wie der Mensch und Politiker Strauß war. 832 Seiten
Nr. P A0891 Gebunden mit Schutzumschlag 39,99 €



Florian Illies
1913
Der Sommer des Jahrhunderts
Die Geschichte eines ungeheuren Jahres – der internationale Bestseller jetzt im handlichen Taschenformat!
Florian Illies entfaltet virtuos ein historisches Panorama des Jahres, in dem unsere Gegenwart begann: 1913. In Literatur, Kunst und Musik werden die Extreme ausgereizt, als gäbe es kein Morgen. Zwischen Paris und Moskau, zwischen London, Berlin und Venedig begegnen wir zahllosen Künstlern, deren Schaffen unsere Welt auf Dauer prägte. Man kokst, trinkt, ätzt, hasst, schreibt, malt, zieht sich gegenseitig an und stößt sich ab, liebt und verflucht sich. Es ist ein Jahr, in dem alles möglich scheint. Und doch wohnt dem gleißenden Anfang das Ahnen des Verfalls inne. Florian Illies lässt dieses Jahr, einen Moment höchster Blüte und zugleich ein erstes Flackern des Untergangs, in einem grandiosen Panorama lebendig werden. 320 Seiten
Nr. P A0892 Taschenbuch 12,00 €



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2016
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußens Häfen und Schiffe".
Format 50 x 35 cm
Nr. P A0884
22,60 €



Die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 Karte 9,95 €



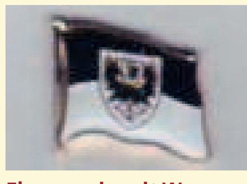
Flaggenpin mit Wappen Pommern (ca. 20 mm)
Nr. P 9953 2,50 €



Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 2,50 €



Flaggenpin Königsberg (ca. 20 mm)
Nr. P 9949 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €

MELDUNGEN



Laschet beklagt Umschwung

Berlin – Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Armin Laschet ist erschrocken über den abrupten Stimmungswandel der Deutschen zur Asylflut. In wenigen Wochen habe sich die Wahrnehmung der Zuwanderungspolitik radikal verdunkelt: „Wie konnte das so schnell umschlagen?“, fragte Merkels Parteivize bei „Phoenix“. Die Euro-Krise sei dagegen „eine Kleinigkeit“ gewesen. In Umfragen rutscht die Union immer weiter ab. *H.H.*

Österreicher bewaffnen sich

Wien – Österreichische Privatpersonen kaufen derzeit deutlich mehr Waffen als früher. Wie das Online-Magazin „Metropolico“ unter Verweis auf österreichische Medien meldet, wurden in der Acht-Millionen-Republik seit Jahresbeginn 70000 Waffen mehr verkauft als im Vorjahreszeitraum. Grund sei vor allem Furcht vor Immigranten. Schrotflinten, die in Österreich ohne Waffenbesitzkarte erworben werden können, seien praktisch ausverkauft. *H.H.*

ZUR PERSON

Marionette des Parteichefs?

Seit den Parlamentswahlen vor einer Woche ist Polen fest in konservativer Hand. Nachdem schon im Mai Andrzej Duda den liberalen Bronislaw Komorowski als Staatspräsident abgelöst hatte, schaffte jetzt **Beata Szydło** als Frontfrau der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) einen Erdrutschsieg. Mit 37 Prozent der Stimmen hat die 52-jährige Politikerin es allem Anschein nach erreicht, zum ersten Mal seit dem Ende des Sozialismus in Polen einer Partei zur absoluten Mehrheit verholfen zu haben.

Ob aber die in Auschwitz geborene Szydło auch Ministerpräsidentin wird, steht auf einem anderen Blatt. Das liegt in der Hand von Jarosław Kaczynski, dem Strippenzieher und Parteichef der PiS. Schon 2006 hatte er einem Strohmann zur Macht verholfen, um ihn kurz danach abzusetzen.

Szydło sieht das ganz pragmatisch: Sie sei Mannschaftsspielerin, sagt sie. Heißt: Nur die Partei zählt, nicht die Person. Anders als die noch amtierende Ministerpräsidentin Ewa Kopacz von der Bürgerplattform PO gilt die frühere Bürgermeisterin von Brzeszcze als bodenständig, aber auch als schmallippig und unnahbar. Im Frühjahr organisierte die Mutter zweier Kinder, die erst seit 2005 Mitglied der PiS ist und damals auf Anhieb ins Parlament gewählt wurde, Dudas erfolgreichen Wahlkampf für das Präsidentenamt. Zum Dank ernannte Kaczynski die Ethnografin zur Ministerpräsidentenkandidatin.



Im Wahlkampf vermied sie nationalistische und anti-deutsche Töne. Die Gegnerin einer laxen Einwanderungspolitik profitierte ebenso von der Flüchtlingskrise wie von einer Abhöraffäre der PO und davon, dass das Rentenalter auf 67 erhöht wurde. Das will sie rückgängig machen – wenn sie es denn darf und nicht als Marionette Kaczynskis bald fallen gelassen wird. *Harald Tews*



DDR? Können wir auch!

Wieso »Klimaschutz« plötzlich keine Rolle mehr spielt, wie Gewerkschafter das Feuern lernen, und warum wir lieber die Klappe halten / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Soviel haben wir ja schon gelernt: Einer der wichtigsten Gründe, warum jetzt Millionen ihre Heimat verlassen, ist der „Klimawandel“. Der verwüstet nämlich einst fruchtbares Land oder setzt Inseln und Küsten unter Wasser. Deshalb müssten die Leute eben weg.

Schuld an dem Wetterverbrechen sind, wer sonst, wir natürlich. Weil wir das Klima zerstören. Deshalb müssen wir noch viel mehr Geld dafür ausgeben, unsere Häuser besser zu dämmen und überhaupt weniger Energie zu verbrauchen, sonst kämen nämlich noch mehr Flüchtlinge. Neben der „Ausbeutung der Dritten Welt“ durch den deutschen Durchschnitts-Steuerzahler ist der Klimawandel das neue große Instrument zur Einprägung von Schuldgefühlen und Zahlungsbereitschaft.

Öffentlich wagt niemand zu widersprechen. Zweifeln tun wir daran nur zuhause im Geheimen. Da kommen uns die bohrenden Nachtgedanken, die einen vor drei Uhr morgens nicht einnicken lassen: In welcher Hinsicht sind die Bewohner des afghanischen Hochlandes vom steigenden Meeresspiegel bedroht? Warum sind unter den Klimaflüchtlingen denn keine von den angeblich absaufenden Südsee-Atollen, die doch besonders betroffen sein sollen?

Überhaupt: Bei der letzten knackigen Eiszeit waren die Wüsten, ob aus Sand, Eis oder Gestein, viel größer als heute, das lehrt die Erdgeschichte. Wieso müssen die Leute flüchten, wenn infolge von Erwärmung das urbare Land global immer mehr wird statt weniger?

Wie gesagt, solche Fragen stellen wir nur nachts unter der Bettdecke. Nach dem Frühstücks-Ei ist die Klimawelt wieder in Ordnung und wir singen im Takt: Unser sei die Schuld am Klimawandel und damit am Schicksal der Flüchtlinge.

Es sei denn, sie fliehen vor Krieg, dann waren es „unsere“ Waffen. Und wenn deutsche Waffen in dem Krieg gar nicht zum Einsatz kamen? Jetzt werden Sie mal nicht kleinkariert.

Als wir neulich wieder so richtig im Schwung waren mit dem Nachsingen der Klimahymne, blieb uns jedoch schlagartig die erderwärmte Luft weg wegen einer Nachricht, die wir so ganz nebenbei aus dem Frühstücksfernsehen empfingen: Um schneller Wohnungen für Asylbewerber bauen zu können, sollen massig Klima-Auflagen „ausgesetzt“ werden. Weil das Bauen sonst zu teuer würde und zu lange dauerte.

Haben wir das richtig verstanden? Wir produzieren zusätzliche Fluchtursachen, um mit den Fluchtfolgen besser zurechtzukommen? Das ist ja, als würden wir in den „Herkunftsländern“ Häuser abreißen, um Steine zu gewinnen zum Bau von Unterkünften für die Menschen, die aus den Ländern nur fliehen mussten, weil wir ihr Haus dort abgerissen haben.

> IG-Metall-Chef Hofmann assistiert Unternehmensbossen gern beim Rauswurf unliebsamer Kollegen

Wir leben in aufregenden Zeiten. Oder in verlogenen: Vielleicht war das mit dem „Klimaschutz“ ja alles gelogen, nur um uns das Geld aus der Tasche zu locken. Wenn „Klimaschutz“ Lüge war, kann man ihn ja auch fallen lassen, sobald man etwas Besseres gefunden hat.

Konkret: Wenn die Bauwirtschaft mit dem Bau von billigen, kaum isolierten Massenquartieren ebenso viel Geld verdienen kann wie bislang mit der Errichtung von „klimaneutralen“ Hightech-Bunkern – wozu dann der Aufwand?

Glücklicherweise macht sich in dem Asylgetöse kaum einer Gedanken über solch pikante Einzelheiten. Dennoch schwindet die Zustimmung der Deutschen zur Zuwanderungspolitik von Woche zu Woche weiter.

Da war es für Kanzlerin Merkel eine willkommene Erholung, als sie auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall endlich mal wieder mit herzlichem Beifall bedacht wurde für ihr „Wir schaffen das!“ und die obergrenzenlose Zuwanderung. Die Delegierten hielten begeistert Schilder hoch mit der Aufschrift „Refugees Welcome“.

Merkel bedankte sich voller Rührung bei den Gewerkschaftern, meldet die Tagespresse. Und die IG Metall redet nicht bloß, sie handelt auch. Der frisch gewählte neue Gewerkschaftsboss Jörg Hofmann fordert, dass Arbeiter und Angestellte, die „rassistische und fremdenfeindliche Kommentare im Netz veröffentlichen“, umgehend zu feuern seien: „Wer hetzt, der fliegt. Das muss jedem klar sein.“

Bei solcher Meinungszucht fühlt sich manch einer an die DDR erinnert. Gelernte DDR-Bürger sind da differenzierter. Die *PAZ*-Autorin und DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld erinnert sich: „Während man sich im DDR-Original ein Berufsverbot durch längere hartnäckige Opposition redlich verdienen musste, genügt in Helldeutschland ein falscher Satz auf Twitter und man ist seinen Moderatoren-Job beim Radio los. Ein als falsch angesehener Ratschlag in einer Kolumne reicht aus, um gefeuert zu werden.“

Was für Moderatoren und Kolumnisten galt, soll nun auch den einfachen Metall-Arbeiter treffen: ein falsches Wort? Raus! Die Unternehmen könnten bei solchen Entlassungen mit der Billigung seiner Gewerkschaft rechnen, verspricht Hofmann.

Eine Gewerkschaft, die den Unternehmensbossen bei der Existenzvernichtung politisch auffällig gewordener Mitarbeiter assistiert – eine erstaunliche Wendung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Was „Hetze“ ist, liegt im Auge des Betrachters. Die „Bild“-Zeitung hat ja neulich gut 40 Leute öffentlich mit Namen und Bild an den „Pranger der Schande“ gestellt wegen ihrer „Hetze“. Dabei war auch einer, der bei „Facebook“ schrieb: „Wenn einem Muslim in seinem Gastland etwas nicht gefällt, kann er wieder gehen, und jeder ist zufrieden.“

Damit kann der Schreiber nur einen radikalen Moslem gemeint haben, die anderen finden es bekanntlich schwer in Ordnung, dass bei uns eine freiheitlich-demokratische Ordnung herrscht, weshalb es ihnen bei uns gefällt. Nur einem radikalen Moslem gefällt es nicht, dass Frauen bei uns nicht als „unrein“, als Menschen minderen Ranges gelten oder dass hier unsere Gesetze zählen und nicht die Scharia. Wer so einem empfiehlt, wieder dahin zurückzukehren, wo die Welt nach den Scharia-Regeln sortiert ist, der ist laut „Bild“ ein „Hetzer“. Sollte sich Herr Hofmann dieser Wertung anschließen, möchten wir dem „Facebook“-Schreiber wünschen, dass er kein Metall-Arbeiter ist.

Am schlimmsten sind die Ossis, weil sie keine Demokratie gelernt haben und vor allem viel zu wenig Kontakt zu Multikulti hatten, wissen mittlerweile alle, die es wissen. Mitten in diese Eintracht pöbelt sich ärgerlicherweise eine Emnid-Umfrage: Was meinen Sie, welche Auswirkung wird der Flüchtlingszuzug wohl für den inneren Frieden in Deutschland haben , wollte Emnid wissen.

Insgesamt antworteten 68 Prozent der Befragten, um den inneren Frieden werde es wegen der Asylflut "schlechter" bestellt sein als bisher. Klar, die meisten sind mit den Flüchtlingen ja auch noch nie in Kontakt gekommen, daher die Vorurteile. Oder? Leider nicht ganz: Bei jenen, welche bereits Kontakt mit Flüchtlingen hatten, waren sogar 77 Prozent der Meinung, der Zustrom werde sich "schlecht" auswirken auf den inneren Frieden.

Du grüne Neune! Was machen wir da jetzt? Hier hilft nur noch: Einschüchtern! Wenn die Leute so aus dem Ruder laufen, muss man sie zum Schweigen bringen.

Das gelingt auch ganz gut. Das Allensbach-Institut hat die Deutschen gefragt, wie sie persönlich zur Asylpolitik stehen und was ihr persönliches Umfeld meint. Das Ergebnis verblüfft: Während die meisten sich selbst eher neutral bis positiv äußerten, beschrieben sie ihr „Umfeld“ als deutlich kritischer. Bei einer repräsentativen Umfrage müssten befragte Person und "Umfeld" etwa gleich liegen, denn jeder gehört ja auch zum "Umfeld" der anderen. Befund: Die Leute sagen ihre wahre Meinung nur noch im privaten Kreis. Öffentlich gefragt spulen sie dagegen die Regierungslinie herunter. Das riecht dann doch wieder ziemlich nach DDR.

MEINUNGEN

***Gert R. Polli**, Gründer und ehemaliger Chef des österreichischen Verfassungsschutzes, fällt im „Compact“-Magazin (November-Ausgabe) ein **vernichtendes Urteil über die Politiker** angesichts steigender **Terrorgefahr** in Europa infolge der unkontrollierten **Asylflut**:*

„Die Politik … hat die Dimension der Gefährdung durch die gesellschaftlichen Veränderungen, die auf uns zukommen werden, schlichtweg über viele Jahre negiert … Die Politik hat sich von den Bedürfnissen der Bevölkerung und vom Thema Sicherheit schon seit Langem verabschiedet. Es geht den Politikern kaum noch um den Bürger und um dessen Schutz, sondern es geht ihnen hauptsächlich um ihr eigenes Überleben.“

*Österreichs Innenministerin **Johanna Mikl-Leitner** fordert laut „Kronen-Zeitung“ (22. Oktober) das, was bisher als **tabu** galt:*

„Wenn es nicht gelingt, die europäischen Außengrenzen zu sichern, werden wir der Lage nicht mehr Herr. Wir müssen an einer Festung Europa bauen.“

*Unter der Überschrift „Deutscher Blitzkrieg gegen Deutschland“ prophezeit **Beshad Miller** im Internet-Magazin „Metropolico“ (25. Oktober, früher „Blunews“), dass es den Verantwortlichen noch leidtun dürfte, die **Deutschen** seit dem Zweiten Weltkrieg mit der **Nazikeule** zu **Feinden ihrer selbst** erzogen zu haben:*

„Dieser neue deutsche Imperativ richtet sich nicht mehr gegen einen äußeren Feind, sondern gegen das eigene Volk. Und das mit beispielloser Konsequenz, Geschwindigkeit und gewohnt deutscher Gründlichkeit. Deutschland führt einen Blitzkrieg gegen sich selbst … Viele haben lange Profit aus der deutschen Psychologie der Niederlage gezogen. Jetzt dürfen sie zusehen, wie sie sich der Schwerkraft des von ihnen mit zu verantwortenden schwarzen Lochs Deutschland entziehen, das mitten in Europa alles in den Abgrund zu reißen droht.“

*Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) will den **illegalen Grenzübertritt** „entkriminalisieren“. **Berthold Kohler** nennt das in der FAZ (27. Oktober) **Kapitulation**:*

„Deutschland sendet weiter Kapitulationserklärungen hinaus in die Welt. Die jüngste stammt vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. Er fordert wegen Überlastung der Polizei die Entkriminalisierung des illegalen Grenzübertritts. Das kann man, wie so manche andere Einlassung von höherer Stelle, Pragmatismus nennen. Tatsächlich wäre aber auch das ein weiterer Akt der Selbstaufgabe der Staatsmacht.“

*Der Dresdner Politikwissenschaftler **Werner J. Patzelt** geißelt im „Tagesspiegel“ (25. Oktober) die einseitig **negative Berichterstattung zu Pegida**:*

„Fakten werden oft so ausgewählt, aneinandergereiht und sprachlich umkleidet, dass der Leser, Hörer oder Zuschauer zum Urteil geleitet wird: Pegida ist schlecht, Pegidianer sind dumm und gemein, die Gegner von Pegida stehen für das Gute – und auf deren Seite sollte jeder stehen. Etwa wird von Pegidianern so gut wie immer ‚gebrüllt‘, während Gegendemonstranten ‚rufen‘.“